

#6

autonomes
Blättchen
bildet Banden



„Wenn einer mit Vergnügen in Reih und Glied zu einer Musik marschieren kann, dann verachte ich ihn schon; ... er hat sein grosses Gehirn nur aus Irrtum bekommen, da für ihn das Rückenmark völlig genügen würde.

Diesen Schandfleck der Zivilisation sollte man so schnell wie möglich zum Verschwinden bringen.

Heldentum auf Kommando, sinnlose Gewalttat und leidige Vaterländerei, wie glühend hasse ich sie, wie gemein und verächtlich erscheint mir der Krieg; ich möchte mich lieber in Stücke schlagen lassen, als mich an einem so elenden Tun beteiligen!

Töten im Krieg ist nach meiner Auffassung nicht besser als gewöhnlicher Mord. „

Albert Einstein

Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Für die antimilitaristische Antirepressionsarbeit in Hannover könnt ihr weiterhin die Soligruppe auf folgendes Konto spenden:

Rote Hilfe e.V. / Konto-Nr.: 0010 808 858 / BLZ: 760 100 85

Stichwort: Biwak 09

Impressum:

autonomes Blättchen Nr. 6 - Mai 2011

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail: autonomes-blaettchen@riseup.net

PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarismus.blogsport.de

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1,
30167 Hannover

Einsendeschluss für 7. Ausgabe:

30.07.2011

Im Internet zu Gast bei:

antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:

Uwe Binias,
Waterloostr. 9,
Hannover

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Inhaltsverzeichnis

Seite 2:	Vorwort
Seite 3:	UJZ Korn Erweiterung
Seite 3:	Doku: Rassistische Polizeigewalt. Fight Back!
Seite 3:	Verstoß gegen Versammlungsgesetz - Blutbad bei Fliegerhorstfreunden
Seite 3:	Hausfriedensbruchverfahren wegen Militär in der Kirche
Seite 4:	3 x Sommerbiwak 2011: AMAK, autonome Gruppe, xyz1
Seite 9:	Zensus 2011
Seite 10:	Weg mit den Beugehaftandrohungen gegen zwei ehemalige Militante aus der RAF!
Seite 12:	Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen
Seite 13:	Atomstaat stilllegen! Castor 2011
Seite 15:	Energieriesen zu Fall bringen!
Seite 16:	An alle, die mit uns geschottert haben ... an die, die zukünftig schottern ...und einiges mehr wollen.
Seite 20:	Wollen wir Facebook-Freunde werden?
Seite 23:	Sven, Stefan, Tim müssen warten
Seite 23:	Kurzbericht 30.04.11 Bremen
Seite 23:	Skandalschulschiff „Gorch Fock“ zurück im Kieler Hafen
Seite 24:	Flora-Demo 30.04.2011
Seite 24:	Bundeswehrkonzert Oldenburg
Seite 24:	Rostock: 7 Bundeswehr-Autos abgefackelt
Seite 24:	Autonomer Kongress
Seite 26:	Fliegerhorst Wunstorf
Seite 28:	Geheime Infos aus dem BKA
Seite 33:	Der Krieg den alle lieben
Seite 39:	Crashkurs Finanzkrise
Seite 45:	Solidarität mit dem Kampf der Gefangenen in Pöschwies
Seite 47:	Nazischmierereien Wunstorf
Seite 47:	Deutschland totalverweigern!
Seite 47:	Doku: Frauenkampftag - Scheiben an der Uni kaputt
Seite 48:	Hannover 96 vereinnahmt Fans für die Bundeswehr
Seite 48:	Buchläden Berlin: Verfahren wegen Interim
Seite 49:	Kampagne: Der Krieg beginnt hier

Vorwort

Moin,
ihr haltet hier die echt klasse Nummer Sechs des Autonomen Blättchens in den Händen. In dieser Ausgabe versuchen wir uns, unter anderem, an etwas Enthüllungsjournalismus. Uns wurde eine Studie des BKA zugespielt, die mit „Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch“ gekennzeichnet ist. Wir haben uns natürlich nicht lumpen lassen, sondern die Studie ausgewertet und stellen sie euch hier in zusammengefasster Form zur Verfügung. In dieser Studie werten die Bullen aus wie eine sich verändernde Rechtslage ihre Ermittlungs- und Überwachungspraxis - nicht nur aber auch - gegen Linke beeinflusst und wo dabei Schwierigkeiten auftreten.

In dieser Ausgabe findet ihr außerdem das Papier „An Alle, die mit uns geschottert haben ... An Alle, die zukünftig schottern ... und einiges mehr wollen.“, verfasst von der IL. Die IL hat in diesem Papier eine Auswertung der Kampagne „Castor schottern 2010“ vorgenommen. Wir haben uns nach internen Auseinandersetzungen entschlossen, den Text rein zu nehmen, auch wenn wir als Redaktion zum Teil starke Kritik an der IL und besonders an ihrem Verhalten während und vor der Aktion Castor schottern haben. Wir drucken ihn dennoch ab um Allen aus dem Autonomen Spektrum, die mit der IL geschottert haben und denen, die es bewusst nicht getan haben, zu ermöglichen die Position der IL nach zu vollziehen, zu diskutieren und zu kritisieren. Wir denken, dass das Autonome Blättchen die Aufgabe hat, politische Diskussionen, die für linksradikale Aktivist_innen relevant sind, öffentlich zu machen. Wir bieten allen linksradikalen Akteur_innen dafür einen Raum. Und die IL ist, egal wohin sie sich zukünftig entwickeln mag, zur Zeit ein Teil der radikalen Linken.

Wir haben aber noch einiges mehr für euch parat. Schaut einfach selbst. Die Special Forces der U.S. Army geben an, sie hätten Osama bin Laden abgeknallt und seine Leiche ins Meer geschmissen. Für uns weder ein Grund zur Freude noch zur Trauer. Was uns daran allerdings stört, ist die Vehemenz und Entschlossenheit mit der Vertreter_innen des „Rechtsstaats“

sich über diese extralegale Tötung freuen und Obama und seinen Cowboys Glückwünsche dafür übermitteln.

Wenn sich Merkel also darüber freut, dass Bin Laden ohne Prozess abgeknallt wird, dann kann das unserer Ansicht nach nur bedeuten, dass sie sich für die Zukunft wünscht, dass auch die deutsche Mordtruppe „Top-Terroristen“ oder wen auch sonst immer ohne Prozess außerhalb von Kriegsgebieten abknallen können soll. Passend dazu hat die Welt am 29. September 1977 geschrieben: „Ein Staat der seine Terroristen hinrichtet, kann nicht mehr genötigt werden, sie nach Südjemen auszufliegen. Auch scheidet ein exekutierter Verbrecher künftig als Attentäter aus.“ Wer mehr Auseinandersetzung oder Informationen zu diesem Thema sucht, dem sei „Die Rote Hilfe“ Nummer Eins aus dem Jahr 2011 empfohlen.

Die Bundeswehr hat den Termin des Sommerbiwaks in Hannover vor einigen Wochen bestätigt und auch das, mit Blick auf den Afghanistan-Krieg, mehr als zynische Motto „Orient und Okzident“ bekannt gegeben. Auch wir finden die Beziehung zwischen Orient und Okzident und die Bezugnahme auf Kämpfe in der Arabischen Welt und in Nordafrika spannend und haben deswegen den Text „Den Krieg den Alle lieben“ nochmal rein genommen, auch wenn er schon an anderen Orten veröffentlicht wurde. Gerade auch weil wir denken, dass er einen wichtigen Beitrag zu einer Positionierung leistet. Auch gegen dieses 38. Sommerbiwak wird in Hannover wieder Protest und Widerstand organisiert werden. Also kommt am 8. Juli zu den Protesten gegen das Biwak der Bundeswehr.

See you on the Barricades!

P.S. Wir freuen uns nach wie vor über zugeschickte Texte, Spenden und (auch vegane) Schokolade. Spenden gut verpackt an die Postadresse



UJZ Kornstraße einigt sich mit Stadt auf Kaufpreis

Monatelang hatte das UJZ mit der Stadt um den Kaufpreis für das Gebäude Kornstraße 32 gerungen. Zwar steht der konkrete Kauf mit der Unterzeichnung des Kaufvertrages noch bevor, die größte Hürde scheint jedoch überwunden. Die NutzerInnen des Zentrums beginnen jedenfalls mit den Planungen für den Umbau.

Mitte April wurde sich von den NutzerInnen in einem Workshop auf eine konkrete Raumnutzung und die dafür notwendigen Baumaßnahmen geeinigt.

Die eigentliche Arbeit fängt erst an! Denn das UJZ plant, die Umbaumaßnahmen weitestgehend in Eigenarbeit und Selbsthilfe zu leisten. Finanziert wird das Projekt durch monatliche Spenden der „5 Euro für die Korn“ Kampagne, aber auch durch einmalige Beiträge. Darüber hinaus ist geplant, zusätzliche Mittel bei Stiftungen und aus Fördertöpfen zu gewinnen.

Das UJZ Kornstr. freut sich über jede finanzielle Unterstützung und jede helfende Hand. Zu tun gibt es genug.

www.ujz-korn.de

Dokumentation Rassistische Polizeigewalt - Fight Back!

Erneut (rassistische) Polizeigewalt der Herschelwache in Hannover öffentlich geworden.

Seit längerer Zeit werden immer wieder Fälle von Polizeigewalt auf der Herschelwache (PK Mitte) in Hannover öffentlich gemacht. In der letzten Woche berichtete die HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung) über einen rassistisch motivierten Übergriff mehrerer nicht im Dienst befindlicher Beamter in der Hannoveraner Innenstadt und auf der Herschelwache.

In den Medien werden diese Übergriffe meist als Ausnahme und Skandal gehandelt, doch die häufig rassistisch motivierte Polizeigewalt ist Teil der beschissenen Normalität.

Um diese Normalität kenntlich zu machen haben wir eine Polizeiwache in Herrenhausen(H), in der Nacht zum 11.04.2011 mit Farbe beworfen.

Gegen den rassistischen Normalzustand!
Herschelwache dichtmachen!

Polizei abschaffen!

Fight Back!

Verstoß gegen das Versammlungsgesetz

Blutbad bei Konzert des Freundeskreises Fliegerhorst Wunstorf

Verfahren vor dem Neustädter Amtsgericht wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Dem Beschuldigten wurde vorgeworfen, Leiter der nicht angemeldeten Versammlung gewesen zu sein.

Dafür konnten die Zeugen der Staatsanwaltschaft (Bullen und der Chef der mitveranstaltenden Feuerwehr) aber keinerlei Beweise erbringen. Ein Bulle sagte sogar sinngemäß: „Wir haben uns willkürlich den gegriffen, der am nächsten an unserem Auto stand. Der stand da halt.“

Einstellung ohne Auflagen, die Kosten trägt die Staatskasse.

Hausfriedensbruch in der Neustädter Kirche

Der erste Prozess hat bereits am 2. März vor dem Jugendgericht Hannover stattgefunden. Drei AntimilitaristInnen waren angeklagt, Hausfriedensbruch in der Neustädter Stadt- und Hofkirche begangen zu haben.

Das Verfahren wurde aufgrund der unklaren Rechtslage, (wer aus dem Kirchenvorstand kann überhaupt einen Strafantrag stellen) gegen das Ableisten von 8 Sozialstunden, eingestellt. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Mittlerweile hat das Amtsgericht die Einstellung der Verfahren gegen 9 weitere, volljährige AntimilitaristInnen, angeboten. 75 Euro sollen dafür an amnesty international gezahlt werden.



Keine Feier mit der 1. Panzerdivision! Kein Frieden mit der Bundeswehr!

Am 8. Juli 2011 soll das 38. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision stattfinden, um die Verbundenheit mit der Bundeswehr zu demonstrieren. Orient und Okzident lautet diesmal der Titel dieses Festes – Ein unglaublicher Zynismus angesichts des Kriegseinsatzes in Afghanistan. Das wird den hannoverschen Oberbürgermeister nicht daran hindern auch in seinem diesjährigen Grußwort zum Sommerbiwak zu erklären, dies sei eine ausgezeichnete Möglichkeit die Beziehungen zwischen Wirtschaft, Militär und Politik zu pflegen. Und er hat ja recht: hier kommt zusammen, was zusammen gehört. Genau deshalb gehört das Sommerbiwak abgeschafft. Seit drei Jahren ist die Stadt Hannover Mitveranstalterin des ‚Sommerbiwaks‘. Damit verklärt auch sie, was im offiziellen Jargon „hochintensive, multinationale, vernetzte Operationen“ genannt wird, im Klartext jedoch Krieg ist. Seit 2 Jahrzehnten wird die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgebaut. Für diese Bundeswehr und ihre internationalen Kriegseinsätze hat Hannover eine enorme Bedeutung.

Der Krieg beginnt hier!

Die 1. Panzerdivision Hannover organisiert als Leitdivision die Auslandseinsätze des Heeres und ist mit über 5.000 SoldatInnen an der Besatzung des Kosovos und Afghanistans beteiligt. Der Fliegerhorst Wunstorf wird gerade zum zentralen Standort des Lufttransportgeschwaders ausgebaut und wird zukünftig der wichtigste Umschlagplatz für Kriegsgerät, Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr sein. Die seit 2009 in Hannover angesiedelte Feldjägerschule trainiert in- und ausländische Militärs und Polizeikräfte zur Bekämpfung von oppositionellen Bewegungen.

Dieses Jahr gehen sie baden!

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Militärs, die durch Events wie dem Sommerbiwak demonstriert werden soll, bekommt nach der Aussetzung der Wehrpflicht zusätzliche Bedeutung. So dient die Abschaffung der Wehrpflicht zwar der Effizienzsteigerung, doch birgt sie auch die Gefahr, dass mangelnde Zustimmung zur globalen Kriegsführung in Personalmangel mündet. Akzeptanzbeschaffung in Fernsehen, Internet und Bild, durch Feiern und Feste, Tage der offenen Türen und Biwaks, Rekrutierung bei Bildungsmessen, im Arbeitsamt und in den Schulen – dies alles benötigt die Bundeswehr um Krieg führen zu können.

Damit dies gründlich misslingt, wollen wir ihnen die gesellschaftliche Verankerung, die sich in Patenschaften, Festen und dem Sommerbiwak manifestiert, nehmen. Damit dies gründlich misslingt, tragen wir Protest auf die Messen, in die Schulen und die Veranstaltungen der Bundeswehr.

Damit dies gründlich misslingt, leisten wir seit 6 Jahren Widerstand gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision. In dieser Zeit ist es uns gelungen das Biwak zu einem umstrittenen Thema in der Stadtgesellschaft zu machen, über 1.000 Gäste zu vertreiben und die Panzerfreunde und Freundinnen immer weiter zurück zu drängen.

Das Sommerbiwak am 8. Juli 2011 ist für uns der Anlass, diejenigen, die von Krieg und Ausbeutung profitieren, mit sichtbarem und hörbarem Protest und Widerstand zu konfrontieren und ihnen die Akzeptanz zu entziehen. Sagt mit uns als antimilitaristischer Bewegung deutlich ‚Nein!‘ zu öffentlichen Auftritten und Feiern der Bundeswehr. Denn sie feiern, damit sie Krieg führen können!



**Schluss mit dem Sommerbiwak
und der Patenschaft Hannovers
mit der 1. Panzerdivision!**

Bundeswehr abschaffen!

Die 1. Panzerdivision

Ihren Divisionssitz hat die Erste in der Kurt Schuhmacher Kaserne in Hannover. Als „die“ Eingreifdivision des deutschen Heeres ist sie mit mehr als 19.000 SoldatInnen vor allem in Niedersachsen und Nord-Rhein Westfalen stationiert. Sie war und ist an allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr beteiligt und in diesem Jahr Leitdivision in Afghanistan. Aber weder diese besondere Rolle der Ersten noch die Unterstützung, die ihr durch die Patenschaft der Stadt Hannover zuwächst können verhindern, dass ihr eventuell das Schicksal der Auflösung blüht.

Eine Option der geplanten „Militärreform“ sieht die komplette Auflösung der „Divisionsebene“ und die direkte Unterstellung der Kampfbrigaden unter das Heeresführungszentrum in Potsdam vor. Nicht dass diese Verschlankung der Hierarchien irgend etwas besser machen würde, zeigt sie uns dennoch konkret, warum das Militär den sog. „Rückzug aus der Fläche“ fürchtet. In Hannover wäre die über Jahrzehnte gewachsene Verankerung des Militärs in der Gesellschaft perdu: Keine Empfänge mehr mit der Patenstadt. Kein Militärkonzert mehr mit der Kirche und auch kein Sommerbiwak mehr in Hannovers Stadtpark.

Die Feldjägerschule

Als im Jahr 2009 die Feldjägerschule der Bundeswehr in die ehemalige Heeresoffiziersschule, die Emmich-Cambrai-Kaserne einzog, rief ihr der Oberbürgermeister Hannovers Stefan Weil zu: „Machen sie sich breit in dieser Stadt.“ Doch was soll sich da in Hannover breit machen? Bislang kennt man sie so: Feldjäger bringen die eigenen SoldatInnen zur Raison und fangen DeserteurInnen ein. Doch längst geht es um mehr. Im Ausbildungsplan geht es um die Niederschlagung von Demonstrationen. Dass in Deutschland bislang aus historischer Erfahrung der Einsatz des Militärs im Innern grundgesetzlich untersagt ist, wird durch die Feldjäger aus verschiedenen Richtungen untergraben. Auf lokaler Ebene sind die Feldjäger längst in „Sicherheitspartnerschaften“ eingebunden. Auf europäischer Ebene vertreten die Feldjäger die BRD, wenn sich die militärischen Aufstandsbekämpfungstruppen, wie Carabinieri und Guardia Civil treffen.

Der Fliegerhorst Wunstorf

Vor den Toren Hannovers liegt der Fliegerhorst Wunstorf, auf dem eines der letzten zwei verbliebenen Lufttransportgeschwader stationiert ist. Für mehr als 300 Millionen Euro wird aktuell der Flughafen ausgebaut, um dann mehr als 30 Flugzeuge des neuen Airbus A400 M zu stationieren. Weltweite Interventionskriege ohne Lufttransporte sind undenkbar. Deshalb entsteht in Wunstorf ein Drehkreuz für internationale Einsätze, deshalb sorgt

u.a. diese Staffel für den Nachschub in Afghanistan und war in der Vergangenheit in Albanien, Usbekistan, Somalia und im Kongo im Einsatz. Weitgehend unbeachtet blieb bislang, dass das Lufttransportgeschwader auch Aufgaben im Innern übernimmt und damit erneut in Konflikt mit der Verfassung gerät. Bekannt wurde eine so genannte „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen der Stadt Wunstorf, der Polizei und der Fliegerhorstkommandantur. Angesichts wachsenden Sozialabbaus und damit einhergehender Armut will man sich, so ist dem Vertrag zu entnehmen, auf zunehmendes „Norm verletzendes Verhalten“ einstellen. Die Fliegerhorstsicherungsstaffel wurde bei Objektschutzübungen zur Verstärkung der Polizei und des Grenzschutzes sowie bei der Überwachung von Castortransporten eingesetzt.

Globales Krisenmanagement und neokoloniale Kriege

Die Folgen der Kolonialisierung begründen bis heute die ungleiche Verteilung von Macht und Reichtum sowie die damit verknüpften Ausbeutungsverhältnisse zwischen globalem Norden und Süden. So versuchen die Staaten des globalen Nordens mit wirtschaftlichen aber auch militärischen Mitteln ihre aus dem Kolonialismus resultierenden Privilegien abzusichern. Für die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft ist es nötig, „freie Handelswege“ und „sichere EU-Außengrenzen“ in Staatenbündnissen durchzusetzen. Trotzdem stehen die Staaten auch innerhalb dieser Bündnisse weiterhin in Konkurrenz zueinander und versuchen ihren jeweiligen Einfluss auszubauen. Deshalb werden einmal Staatenbündnisse wie EU und NATO als Wertegemeinschaften beschworen und ein andermal Alleingänge gestartet. Deshalb werden einmal Diktatoren hofiert und mit Waffen beliefert und ein andermal „Demokratie exportiert“. Deshalb wird einmal gemeinsam in Afghanistan Krieg geführt und sich ein andermal über den Umgang mit den Aufständen in den arabischen Ländern zerstritten.



Der Krieg in Afghanistan

Seit mittlerweile zehn Jahren versucht die NATO die Kontrolle über Afghanistan herzustellen.

Dieser Krieg, der angeblich die Frauen befreien und die Demokratie exportieren sollte, wird zur Nagelprobe für die NATO-Staaten. Es geht um die Frage ob militärische Überlegenheit ausreicht um in einem Land dauerhaft und stabil eine abhängige Regierung zu etablieren und sich so den Zugriff auf eine geostrategisch wichtige Region zu sichern.

Um das Scheitern dieser neokolonialen Kriegsstrategie abzuwenden, werden noch mehr SoldatInnen geschickt und immer mehr zivile Opfer in Kauf genommen, wird sich mit Warlords verbündet und die Einbindung von zivilen Hilfs- und Aufbauorganisationen in militärische Strategien erzwungen.

Die 1. Panzerdivision organisiert als Leitdivision der Bundeswehr die Eskalation des Krieges und ist somit verantwortlich für Perspektivlosigkeit, Verstümmelung und Mord.

...und was der Krieg mit Geschlechterrollen zu tun hat.

Die westlichen -Staaten - nicht zuletzt die Bundesregierung, versuchen den Kriegseinsatz in Afghanistan immer wieder mit der ‚Hilfe für entrechtete Frauen‘ dort zu legitimieren. Auch wenn die Lage von Frauen in Afghanistan abhängig beispielsweise von Familienstand, Alter und Zugang zu Ressourcen individuell sehr unterschiedlich sein kann:

Die Situation der Frauen in Afghanistan ist heute schlechter denn je zuvor !

> Afghanistan hat eine der höchsten Müttersterblichkeitsraten der Welt.

> Es werden mehr Mädchenschulen zerstört als neu errichtet.

> Die Vernichtung der Existenzgrundlagen von Frauen und der Verlust familiärer Zusammenhänge, beispielsweise durch Verwitwung, führt häufig zu Betteln und Prostitution als einziger Überlebensebene.

> Zu den Freiern gehören vor allem Männer aller Armeen, privater Sicherheitsdienste und internationaler Hilfsorganisationen .

> Der Übergang zu sexueller Gewalt ist fließend.

> Frauen, die sich politisch und sozial engagieren, leben unter ständigen Drohungen und Gewaltangriffen.

> Entlarvend ist, dass sich der Westen auf ein Regime stützt, das im April 2009 ein extrem frauenfeindliches Familiengesetz erlassen hat. Darin wird die Abhängigkeit der Frauen in rechtlichen, beruflichen, schulischen und nicht zuletzt sexuellen Belangen ihres Lebens von Entscheidungen ihrer männlichen Familienangehörigen juristisch festgeschrieben.

In allen Armeen der Welt herrscht ein rigides Männlichkeitsbild vor, basierend auf Brutalität und Dominanz. Daran ändert auch der steigende Soldatinnenanteil nichts. Einheiten wie das US-militärische „Female Engagement Team“ mit 50 Soldatinnen werden gezielt eingesetzt, um Akzeptanz für den Kriegseinsatz zu schaffen. Die ‚sozialen Tugenden‘ von Frauen werden für dieses Kalkül genutzt.

Krieg hat noch nie der Frauenbefreiung gedient.

Für die Stärkung von lokalen Frauenstrukturen und von eigenständigen ökonomischen Grundlagen für Frauen!

Gegen den ‚Opferstatus‘ von Frauen als Objekt von ‚Hilfe‘ oder ‚Befreiung‘ mit militärischer Gewalt!

Sofortiger Abzug aller Truppen aus Afghanistan!

Arabische Aufstände

Die Aufstände in den arabischen Staaten haben die Regierungen der EU- und NATO-Staaten auf dem falschen Fuß erwischt. Denn die politische und praktische Initiative lag bei den Menschen, die sich auf den Plätzen und Straßen versammelten.

Die Despoten, die die regionale Bevölkerung unterdrückten, das Grenzregime der EU durchsetzten und Flüchtlinge in die Wüste schickten, die den Zugriff auf Rohstoffe und freie Handelswege garantierten, sie wurden hinweggefegt oder wackeln zumindest.

Kämpfe um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte begannen nicht nur ohne die Militärs des „freien Westens“, sondern entfalteten sich sogar trotz deren Unterstützung für die Diktaturen. Waffenlieferungen und Milliarden von Euros von EU und NATO für die arabischen Diktaturen und nun die angebliche Unterstützung für die Revolten, sind zwei Seiten der selben Medaille. In dem Moment in dem Gaddafi keine Stabilität mehr garantieren konnte, setzten EU und NATO auf neue Partner, die Flüchtlingsabwehr, sowie Zugang zu Rohstoffen und Märkten garantieren sollen. Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wie in jedem Krieg nicht mehr als medial inszenierte Heuchelei. Mit dem Angriff in Libyen versuchen NATO und EU Verhältnisse herzustellen in denen die Zukunft Libyens nicht nur auf den Straßen Bengazis und Tripolis, sondern auch in Londoner und Berliner Konferenzsälen verhandelt wird.

Solidarität mit den arabischen Aufständen!

Gegen Waffenexporte, Diktatur und jeden Krieg!

Bundeswehr und NATO abschaffen!

**Antimilitaristischer Aktionskreis
Region Hannover (AMAK)**

Vom versauten Fest zum feierlichen Desaster

Am 8. Juli ist es also wieder soweit. Zum 38. Mal schmeißen sich diejenigen, die von den deutschen Kriegen profitieren, in Schale um mit den Soldaten der 1. Panzerdivision das Sommerbiwak zu feiern. Wir wollen hier nicht viele Worte verlieren über dieses abstoßende Ritual der Verbundenheit der selbst erklärten Eliten und dem Militär, über die Patenschaft mit der Stadt Hannover, der Rolle der 1. Panzerdivision als Leitdivision der Bundeswehr in Afghanistan und dem besonders widerliche Motto des diesjährigen Biwaks: „Orient und Okzident“. Feststeht Stadtpark und HCC werden heraus geputzt für den Besuch von einigen Tausend, die eigentlich alle auf die Fresse verdient haben.

Genauso wie der Tag des Biwaks nicht der Tag ist an dem wir Reden schwingen und ein Interesse an Kundgebungen haben, ist dies nicht die Stelle an der wir die Welt oder auch nur den deutschen Militarismus erklären. Stattdessen wollen wir am Tag des Biwaks Angriffe auf die Militärs, ihre Freunde und Freundinnen organisieren und eine unversöhnliche Konfrontation mit dem Militär und seinen Helfeshelfern und Helferinnen sichtbar machen. Deshalb wollen wir an dieser Stelle über den Widerstand gegen Bundeswehr und Militarisation reden. Seit sechs Jahren erfreut sich das Biwak nämlich auch zunehmender Beliebtheit bei Antimilitaristinnen. Dieses Event ist durch seine Größe und seinen Festcharakter ein relativ leichtes Ziel für antimilitaristische Störungen und militante Angriffe, eben weil es durch massivere Sicherheitsmaßnahmen seinen festlichen Charakter verlieren würde. Es ist der antimilitaristischen Bewegung in Hannover immer wieder gelungen sich Formen des Widerstands einfallen zu lassen, die massiv störten und in den Ablauf des Festes eingriffen. Das ein oder andere Mal gingen Scheiben bei Sponsoren, Parteien oder den Bullen kaputt, gab es Brandanschläge und wurden Gäste nicht nur bepöbelt sondern auch blockiert oder beworfen und ihnen das Laufen in Ausgehshosen gelehrt. Immer mehr hatten daraufhin keinen Bock mehr auf das Fest in der Festung – in den letzten 2 Jahren musste die 1. Panzerdivision den Verlust von 1.000 Gästen hinnehmen. Deshalb hat sie nun die Eventagentur ausgetauscht. Die invite GmbH kündigt auf



ihrer Homepage an, mit 7.000 Gästen, das bisher größte Biwak feiern zu wollen.

Doch da haben wir auch ein Wörtchen mit zureden – und wir haben uns vorgenommen es mehr als je zuvor krachen zu lassen und das Fest für die VeranstalterInnen und BesucherInnen zum Desaster zu machen. Uns geht es darum eine chaotische, für die Bullen unübersichtliche Situation herzustellen. Die Kundgebung am Theodor-Heuss-Platz ist für uns eine Bezugspunkt, ein Ort an dem sich Leute sammeln können, pöbeln und auch mal das ein oder andere Farbeiwerfen, aber nicht der Ort an dem wir darüber hinaus sinnvoll handeln können.

Deshalb wurden schon letztes Jahr 2 Demos ins Zooviertel und entlang des Stadtparks organisiert.

Dieses Jahr wollen wir genau daran anknüpfen. Mehr Bewegung heißt weniger Kontrolle. Wenn wir uns aus dem Gitterkäfig am Theodor Heuss Platz raus bewegen, bewegen wir uns automatisch auf den Wegen, die die anreisenden Gäste benutzen. Deshalb ist es sinnvoll zahlreich zu diesen Demos zu gehen – nicht nur als geschlossener Block sondern breit gestreut um dadurch Räume zu öffnen.

Kommt am 08. Juli nach Hannover!

Dem Militaristenpack das Fest zur Hölle machen!

Sommerbiwak angreifen!

autonome Gruppe

aktuelle Infos :

antimilitarismus.blogspot.de



Sommerbiwak 2011? Auf's Maul!

Jetzt ist es offiziell raus: das 38. Sommerfest der Bundeswehr im hannoverschen Stadtpark findet am 8. Juli statt.

Zwischenzeitlich hatte es ja Hoffnung gegeben, dass es dieses Jahr ausfallen könnte. Schließlich hatte der Chef der 1. Panzerdivision, Herr Kneipp, schon vor Monaten verkündet, dass es kein Fest gäbe, wenn SoldatInnen seiner Einheit kurz vorher in Afghanistan sterben würden. Nun wurde das Risiko wohl als zu gering eingestuft, als dass man sich das Feiern versagen konnte.

Dass die Internetpräsenz des Sommerbiwaks zwischenzeitlich nicht erreichbar war, hatte, wie sich jetzt herausgestellt hat, andere Gründe. Das Mörderfest wird von einer anderen Eventagentur organisiert als bisher. Verantwortlich für das nette Ambiente ist nun die „invite gehry tower gmbh“. Die hat ihren Sitz im sogenannten Gehry Tower am Steintor und ist von der Üstra (den hannoverschen Verkehrsbetrieben) gegründet worden – mittlerweile ist sie eigenständig. Wer die Gesellschafter sind, bleibt noch herauszubekommen...

Die erste Großleistung von invite ist das diesjährige Motto des Bundeswehrfestes: „Orient & Okzident“. Was bleibt einem da noch zu sagen? Ekel-erregende Scheiße! Die 1. Panzerdivision, die Veranstalterin des Sommerbiwaks, führt gerade als deutsche Leitdivision in Afghanistan Krieg, im Orient. Das ist doch ein vorzüglicher Anlass, dem Motto entsprechend Sekt schlürfend in orientalischem Ambiente die Helden im fernen Wüstenstaub zu feiern. Sicher werden reizende und halbnackte Bauchtänzerinnen den Herren Generälen den Abend versüßen und lächelnd frische Feigen reichen. Uns kommt die Galle hoch.

Die Einteilung der Welt in 4 Weltgegenden, von denen Orient und Okzident derer zwei sind, geht übrigens auf die alten Römer zurück. Die sind ja bis heute dafür bekannt, dass sie sehr fleißig im Namen der Freiheit humanitäre Einsätze in anderen Weltgegenden durchgeführt haben. Vielleicht hätte man statt der abgefackelten VIP-Lounge ein kleines Colosseum im Stadtpark rekonstruieren sollen; samt Menschenopfer und Kriegsspektakel. Das korrespondierte sicher am ehesten mit den abgeschmackten Fantasien kriegsfreudiger Eventmanager_innen – denen man in die Fresse kotzen sollte.

Wir rufen dazu auf, diesem Dreck ein Ende zu bereiten. Wir wissen, dass der antimilitaristische Widerstand, nicht nur in Hannover, etwas ins Stocken geraten ist. Auch die Mobilisierungsfähigkeit zu der etablierten Kundgebung und den Demos hat scheinbar eine Grenze erreicht. Niemals jedoch können wir mit unserem Widerstand diejenigen so direkt treffen, die derzeit die deutsche Führungstruppe im Afghanistankrieg stellen. Den Schweinen ihr Sommerfest in die Tonne zu treten, könnte dieses Jahr also ein bundesweit zu registrierendes Signal des Widerstandes werden. Diese Chance gilt es, nicht zu verpassen.

Wir glauben, dass es dringend an der Zeit ist, sich zu überlegen, welchen Beitrag Jede/r leisten kann, um dieses Biwak zum Desaster zu machen. Und sei er auch noch so klein. Neue Ideen des Protestes, der Sabotage, des Vermiesens sollten bedenkenlos ausprobiert werden. Wir haben nichts zu verlieren. Die Stagnation des erst sechsjährigen Widerstandes gegen das Biwak könnte seinen frühen Tod bedeuten. Oder zumindest seine Erstarrung in ritualisierten Formen. Ähnliches hatte lange Zeit die erfolglosen Versuche der Antifa gekennzeichnet, Nazi-Aufmärsche zu stören. Aber auch antimilitaristische Mobilisierungen, wie gegen das große Gelöbnis in Berlin, konnten sich einer solchen Entwicklung nicht entziehen.

Neue Aktionen für die Kundgebung, Vorfeldaktionen, „Angriffe“ auf Biwakgäste, was auch immer – es sollte gelingen, die deutsche Kriegspolitik wenigstens einmal im Jahr lokal auf die politische Bühne zu heben und ihr unseren Widerstand entgegen zu setzen. Erst aber, wenn das keine Floskel ist, sondern gelebter Antagonismus zu den herrschenden Zumutungen, werden wir ein Schritttchen weiter kommen. Wer davon in Ruhe gelassen werden möchte, wählt die Ruhe des Friedhofs und die Konformität mit den mörderischen Verhältnissen, mit Rassismus und Patriarchat, mit Kapitalismus und Umweltzerstörung. Der /die steht auf

der anderen Seite. Da gibt es nichts zu beschönigen. Es ist uns nicht wichtig, ob die Aktivitäten friedlich oder aggressiv, zaghaft oder militant, legal oder illegal sind. Wichtig ist allein, dass mit ihnen das Propagandaspektakel des Militärs denunziert und angegriffen wird. Dazu rufen wir auf.

Ohne wenn und aber: Sommerbiwak angreifen! Sie feiern, damit sie Kriege führen können!



xyz1

Zensus 2011

Rede auf der "Recht Auf Stadt Demo" in Hamburg, 30.04.11

„Am 9. Mai ist Stichtag für das, was sich Zensus 2011 nennt – es ist die erste allgemeine Volkszählung in der BRD seit über 20 Jahren ist. Gezählt werden dabei nicht nur Personen; es soll auch eine Kompletterfassung aller Wohnungen geben. Vorgabe ist eine Richtlinie der EU, an der die BRD entscheidend mitgewirkt hat – der Zensus in Deutschland geht allerdings über diese Richtlinie noch deutlich hinaus. Anders als bei der Volkszählung 1987 sollen diesmal primär bereits existierende Daten aus Meldebehörden, Arbeitsämtern, und anderen behördlichen Datenquellen zusammengeführt werden. Eine direkte Befragung, ein direkter Kontakt soll möglichst vermieden werden, so der Gedanke und die Lehre aus 1987. Kontakt produziert Widerstand, besser die Daten hinter dem Rücken der Leute einsammeln. Da dies jedoch der erste Zensus dieser Art ist, so wird eine Befragung nicht ausbleiben. Befragt werden sollen 10 Prozent der Bevölkerung – zufällig werden Adressen ausgesucht und dann alle gezählt, die in dem betreffenden Haus wohnen, bis die 10% zustande gekommen sind. Gezählt werden auch sogenannte Sonderbereiche – Knäste, Studiwohnheime, Altenheime, psychiatrische Anstalten, und so weiter – und diese zu 100%. Hier werden alle erfasst, inklusive der Tatsache, das sich die Gezählte gerade in einem solche Sonderbereich befindet – der Stigmatisierung sind so Tür und Tor geöffnet. Ist eine Person nicht in der Lage über sich selbst Auskunft zu geben, dann sind Mitbewohner, Aufsichtspersonal, Erziehungsrechtigte verpflichtet, diese Auskunft zu geben. VolkszählerInnen in freier Wildbahn sind aufgefordert, NachbarInnen zur Denunziation anzuhalten. Ausserdem werden alle Wohnungen gezählt, ein solches Register gibt es noch nicht. Pro Wohnung werden dabei nicht nur Größe und Ausstattung erfasst, sondern auch bis zu 2 Personen – vermutlich die Namen aus den Mietverträgen.

Und so werden es unter dem Strich ca 30% der Bevölkerung sein, die befragt werden – trotz der Erfahrung aus 1987. Hintergrund ist die Vermutung, dass in den Zahlen aus den Datenbanken der Behörden ein Fehler von ca. 10%

steckt – Doppelzählungen, Karteteileichen, Zahlendreher, und so weiter. Das Befragen soll diese Ungenauigkeiten beseitigen. Aufgebaut wird dabei ein Datenschatz, der schon fast zwangsläufig zu Begehrlichkeiten führen wird. Brisant in diesem Zusammenhang ist, dass die erhobenen Daten erst nach 4 Jahren anonymisiert werden – soviel Zeit wollen sich die StatistikerInnen lassen, um die Fehler in den Zahlen zu bereinigen. Dass BehördenmitarbeiterInnen und AmtsträgerInnen Laptops in Taxi und Bahn „verlieren“, ist kein neues Phänomen, dass selbst Schweizer Banken ihre Kundendaten nicht geheim halten können, schafft ein mulmiges Gefühl bezüglich der Sicherheit bei den Statistischen Ämtern.

Eine zentrale Annahme der BefürworterInnen ist zu sagen, Politik und Verwaltung seien schlecht und ineffektiv, weil sie mit den falschen Zahlen operieren. Nun – nehmen wir uns ein Beispiel: Die Hamburger Wohnungsnot. Das Immobilien Unternehmen Engel und Völkers hat in einer Studie festgestellt, das in Hamburg 90.000 Wohnungen fehlen. Die SPD hat im Wahlkampf getönt, 6000 Wohnungen pro Jahr bauen zu wollen, nach der Wahl redet Ole Scholz nur noch von 1000 Wohnungen, um gleich am nächsten Tag von der SAGA korrigiert zu werden: maximal 500 Wohnungen seien pro Jahr drin und das auch erst in ein paar Jahren.

Fazit: Dass es in Hamburg viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt liegt nicht an fehlenden oder falsche Zahlen. Es liegt daran, dass der Wohnungsmarkt eben ein Markt ist, an dem das Dach über dem Kopf eine schnöde Ware ist, die am Markt ordentlich Gewinn bringen soll.

Ein häufig gehörter Einwand, ist die fatalistische Einschätzung „Die haben doch schon alle Daten! Die Volkszählung ist übel, aber das Kind bereits in den Brunnen gefallen“. Nun – das stimmt so pauschal nicht. Daten sind zwar da, aber verteilt über viele Behörden und ein einzelne Ämter. In unterschiedlichsten Formaten, unterschiedlich alt, unterschiedlich genau und unterschiedlich vollständig. Daten nur irgendwie zu haben und Daten zen-

tral auswerten zu können, damit arbeiten zu können sind zwei völlig unterschiedliche Paar Schuhe. Und um das letztere geht es bei der Volkszählung 2011 – Widerstand lohnt sich also.



Was an der Volkszählung wirklich übel ist, ist die Geisteshaltung aus der so ein Projekt Zensus 2011 entspringt. Menschen werden gesehen wie Objekte, die sich zu zählen lassen haben. Es ist ein technokratisches Gesellschaftsverständnis, welches hinter dem Zensus steht, welches der sozialen Realität distanziert bis feindlich gegenübersteht, welches in einer Nichtteilnahme nur sabotierende Subjektivität erkennen kann, für die sie nur die Antwort „Zwangs- und Bußgeld“ parat hat.

Warum gibt es keine freiwillige Erhebung? Hinter dem Zensus verbirgt sich ein Gewaltverhältnis zwischen denjenigen, die zählen und denjenigen denen durch die Zählung der Objektstatus zugeschrieben wird – in diesem Szenario gibt es keine Freiwilligkeit. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die das Datenmaterial in Wert setzen wollen, die sich vom Herrschaftswissen Vorteile bei Kontrolle und Absicherung der Verhältnisse versprechen. Den anderen werden die Daten demnächst als Totschlagsargument um die Ohren gehauen – warum Beteiligung und Mitsprache, wenn doch eh schon alles bekannt scheint. Der technokratische Gesellschaftsentwurf der BefürworterInnen ist nicht unser. Es ist die Arroganz der Macht, die uns zur Auskunft zwingt, um damit ihre Vision der gesellschaftlichen Verhältnisse festzuschreiben.

Wie schon gesagt: Am 9ten Mai ist Stichtag des Zensus, unmittelbar danach schwärmen die ZählerInnen aus. In der Woche vorher – also ab dem 2ten Mai – sind sie ebenfalls unterwegs und verteilen sogenannte Terminkarten, also Ankündigungen, wann sie zum Interview vorbeikommen wollen und ihr gefälligst zuhause sein sollt. Lasst sie auflaufen, seid nicht zuhause, verschönert Klingelschild und Briefkasten. Wenn sie vor der Tür stehen, nicht in die Wohnung lassen – darauf dürfen sie auch nicht bestehen. Verursacht Arbeit und Aufwand – schon jetzt gibt es in einigen Regionen zu wenig, die freiwillig zählen wollen. Wenn es dann aufwändiger als geschätzt wird, dann wird es im Apparat gehörig knirschen. Reizt also alle Fristen aus, handelt erst, wenn es nicht anders geht. Überlegt Euch, euch auf ein Zwangsgeld einzulassen. Noch wird so getan, als ob es zum Zensus eine überwiegende Zustimmung gibt – diese Illusion wird spätestens dann zusammenbrechen, wenn tausendfach Zwangsgelder androht und bezahlt werden.

Aktive Nichtteilnahme ist angesagt, Denunziation keine Option, den ZählerInnen wird nicht geholfen!. Bildet solidarische Strukturen, die diejenigen unterstützen, die von Zwangs-, Bußgeld oder andersartiger Repression betroffen sind. Niemand darf alleine im Regen stehen.

So wie der Zensus angelegt ist, soll er still und heimlich hinter dem Rücken der Gezählten ablaufen – diese Ruhe ist aber überhaupt nicht angebracht. Lärm schlagen und Aufmerksamkeit schaffen ist also der erste Schritt.

Kein Friede dem Überwachungsstaat!
Danke"

der Internetseite zensus11.nadir.org entnommen



Weg mit den Beugehaft- androhungen gegen zwei ehemalige Militante aus der RAF!

Seit dem 30. September 2010 läuft in Stuttgart der medial groß inszenierte Prozess gegen das frühere RAF-Mitglied Verena Becker. Hintergrund des Verfahrens ist die Erschießung des damaligen Generalbundesanwalt Buback im April 1977 durch das RAF-Kommando „Ulrike Meinhof“.

Buback, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, war in seiner Funktion direkt verantwortlich für die Verschärfung der Isolationshaftbedingungen und den Tod von vier Gefangenen aus der RAF: Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof. Vorgeladen und im Verena Becker-Prozess als Zeugen aussagen sollten die 11 früheren RAF-Mitglieder: Günter Sonnenberg, Stefan Wisniewski, Rolf Heißler, Waltraud Liewald, Knut Folkerts, Brigitte Mohnhaupt, Sieglinde Hofmann, Rolf Clemens Wagner,

Irmgard Möller, Siegfried Haag und Roland Mayer.

Bisher wurde den als Zeugen und Zeuginnen vorgeladenen ehemaligen Militanten aus der RAF das Aussageverweigerungsrecht nach §55 StPO zugesprochen. Bei Siegfried Haag und Roland Mayer wurde das Aussageverweigerungsrecht jedoch nicht anerkannt. Die beiden waren seit November 1976 bereits inhaftiert und sollen – so die Argumentation des Senats und der Bundesanwaltschaft – sich somit durch Aussagen nicht selbst belasten können. Infolge dessen wurde gegen sie durch den Senat 6 Monate Beugehaft und eine Geldstrafe von 300 Euro verhängt. Da sie gegen die Anordnung Beschwerde einlegten, ist die Vollstreckung bis zur Überprüfung durch den Bundesgerichtshof (BGH) ausgesetzt und die beiden befinden sich noch auf freiem Fuß. Voraussichtlich innerhalb der nächsten Wochen entscheidet der BGH dann darüber ob die Beugehaft gegen Siegfried Haag und Roland Mayer vollstreckt wird.

Revolutionäre Geschichte verteidigen ...

Der momentan laufende Prozess gegen Verena Becker soll dazu dienen, ein weiteres Mal mit der Geschichte der RAF abzurechnen, indem diese diffamiert und letztlich entpolitisiert wird. Vor Gericht steht also nicht Verena Becker alleine, sondern auch die Geschichte und Politik der RAF und damit verbunden die revolutionären Kämpfe in der BRD und weltweit. Die RAF verstand sich als Befreiungsbewegung im Kontext mit den Kämpfen im Trikont und in den Metropolen. Sie stand für Aufrichtigkeit, Mut und Hoffnung, auch unter schwierigen Bedingungen zu agieren und war für viele Linke ein wichtiger Bezugspunkt. Daher müssen wir die RAF als Bestandteil unserer Geschichte – der Geschichte der revolutionären Linken – begreifen und verteidigen. Dass auch 33 Jahre nach der Aktion gegen Buback und 12 Jahre nach der Auflösung der RAF, noch immer seitens der Herrschenden versucht wird die Geschichte der RAF in ihrem Sinne umzudeuten, verdeutlicht wie wichtig es für den Staat ist auch den Teil der Geschichte für sich zu vereinnahmen.

Die Rote Hilfe e.V. ruft zu Spenden auf, wenn es zur Inhaftierung kommen sollte. Beugehaft bedeutet für die Betroffenen nicht nur Gefangenschaft, sondern auch der zurückgelassene Alltag muss organisiert, Wohnungen und die anwaltliche Vertretung müssen bezahlt werden.

Kontoinhaberin:
Rote Hilfe e.V.
Konto Nr.
191 100 462
Postbank Dortmund,
BLZ 440 100 46
Verwendungszweck:
Beugehaft

Damit wird auch deutlich welchen Sinn und Zweck die Vorladungen der Ehemaligen Militanten aus der RAF haben sollte: Sie sollten zu Staatszeugen werden und aktiv dabei helfen die eigene Geschichte zu verleugnen und im Sinne der Herrschenden endlich abzuschließen.

... Solidarität organisieren - Tag X
Siegfried Haag und Roland Mayer sollen als Militante aus der RAF „abgestraft“ werden, letztlich damit auch das Bild des „RAF-Schreckens“ aufrecht erhalten und mit dem bewaffneten Kampf abgerechnet werden. Da sie, wie auch andere ehemalige Militante oder AktivistInnen der revolutionären Linken, ProtagonistInnen linker Geschichte sind, ist es die Aufgabe von uns – als revolutionäre Linke – sie zu verteidigen und Angriffe gegen diese zurückzuschlagen. Daher rufen wir dazu auf, dass wenn der BGH die Beugehaft bestätigen sollte, am Wochenende nach der Entscheidung mit unterschiedlichsten Aktionen den Protest gegen diese Entscheidung auf die Straße zu bringen und sich mit Siegfried Haag und Roland Mayer solidarisch zu zeigen. Revolutionäre Geschichte aneignen und verteidigen!

Keine Beugehaft gegen Siegfried Haag und Roland Mayer!

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen

Ehemalige Gefangene aus der RAF erklärten in einem Papier, das „von Einigen, die zu unterschiedlichen Zeiten in der RAF waren“ im Mai 2010 veröffentlicht wurde: „Wenn von uns niemand Aussagen gemacht hat, dann nicht, weil es darüber eine besondere ‚Absprache‘ in der RAF gegeben hätte, sondern weil das für jeden Menschen mit politischem Bewusstsein selbstverständlich ist. Eine Sache der Würde, der Identität, der Seite, auf die wir uns gestellt haben.“ In dem Papier stellten sie abschließend fest: „Wir waren im Knast, weil wir hier den bewaffneten Kampf angefangen haben, und in den Prozessen ging es uns höchstens darum, Inhalt und Ziele unserer Politik zu vermitteln. Einer Politik des Angriffs in der Metropole, die ihre Praxis im Zusammenhang weltweiter Kämpfe um Befreiung vom Kapitalismus begriffen und bestimmt hat. Wenn es noch etwas zu sagen gibt, dann dazu.“



Infos : www.political-prisoners.net
www.nullaeinito.jimdo.com
beugehaft.blogspot.de

Rezension: Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen

Eine Antirepressions-Broschüre mit dem aussagekräftigen Titel „Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen“ ist dieser Tage als Buch erschienen. Geschrieben wurde es vom Bündnis für die Einstellung der §129a-Verfahren. Diese Gruppe hat über 3 Jahre zu den Berliner Verfahren wegen Mitgliedschaft in der militanten Gruppe (mg) und zu der versuchten Brandstiftung an Bundeswehr-LKW politische Solidarität geleistet.

Die Ermittlungen nach §129a, die kurzzeitige Inhaftierung des Sozialwissenschaftlers Dr. Andrej Holm 2007 und das Gerichtsverfahren gegen die drei Antimilitaristen Axel H., Florian L. und Oliver R. in Berlin-Moabit 2008/09 haben in den letzten 3 Jahren für viel Wirbel und Unterstützung gesorgt. Zahlreiche Prominente haben sich für die Einstellung der Ermittlungen eingesetzt. Aus der linken außerparlamentarischen Bewegung gab es zudem Aktivitäten unter dem Motto „Es gibt zu viele Bundeswehrfahrzeuge“ oder „Kriegsgerät interessiert uns brennend“ - zwei Parolen, die aus der Solidaritäts-Bewegung kamen und erst nach einiger Zeit vom Einstellungsbündnis aufgegriffen wurden, wie das Bündnis in seinem Nachbereitungstext selbstkritisch zugibt.

Die Broschüre ist in Buchform erschienen und zu einem erschwinglichen Preis über den linken Buchhandel erhältlich. Vom Charakter her ist das Buch aber eher eine Broschüre. Sie liest sich ausgesprochen gut, viele Ereignisse werden nochmals in Erinnerung gerufen, aber auch Neues erfahren die Leser: Beispielsweise die internen Auseinandersetzungen im Solidaritäts-Bündnis. Die Publikation wirft dadurch Fragen auf, mit denen Beschuldigte und ihre UnterstützerInnen konfrontiert sind: Was thematisiert man öffentlich? Alles, was in den Akten steht und damit dem Staat bekannt ist, oder greift man bewusst nur bestimmte Aspekte heraus, die eine breite Solidarität garantieren? Darf man als SolidaritätsarbeiterInnen nur das tun, was die Beschuldigten wollen oder muss man sich zu allen Vorwürfen ins Verhältnis setzen? Diese Fragen hat das Einstellungsbündnis beschäftigt. Darüber hat es nach eigenen Angaben lange debattiert. Nicht immer kam es - und das macht die Angelegenheit sympatisch - zu einer eindeutigen Antwort.

Gründliches Debattieren vor einer kollektiven Entscheidung und Meinungsäußerung scheint symptomatisch für das

Einstellungsbündnis gewesen zu sein.

Das Ergebnis kommt dann um so klarer, deutlicher und geballt: Die Soli-Gruppe behandelt die Themen Repression und Überwachung, Antirepressionsarbeit und Solidaritäts-Definitionen, außerdem viele interessante Details, die für politische AktivistInnen bedeutsam sind. Es geht um die Ermittlungsparagraphen 129 und 129a (Mitgliedschaft in einer kriminellen/terroristischen Vereinigung) und die Frage, wie man einen politischen Prozess führen kann. Es geht um die Situation im Gefängnis, die Verhältnisse sowohl in Untersuchungshaft als auch beim Haftantritt nach der rechtskräftigen Verurteilung. Es geht um linke Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um kritische Wissenschaft, um Gentrifizierung, sehr viel um Antimilitarismus, um die Legitimität von Sabotage an Kriegsgerät und um Militanz. Auch Aspekte aus der Militanzdebatte, die in den Jahren 2001 bis 2007 in der Szenezeitschrift „Interim“ geführt wurde, werden in der Broschüre vorgestellt und diskutiert: Die Konzepte der autonomen Gruppen bzw. militanten Gruppen; wechselt man seinen Gruppennamen oder gewährleistet man Namens-Kontinuität und Verbindlichkeit? In der Broschüre finden sich auch Ratschläge für politisch aktive Menschen - auch wenn in dem kurzen Kapitel „Ermittlungsmethoden“ für erfahrene GenossInnen nicht viel neues steht, aber zumindest Wichtiges kurz angesprochen wird: Erkennungsdienstliche Behandlung, DNA-Spuren, Überwachung, Methoden des Verfassungsschutzes, der Ermittler, der Staatsanwaltschaft und der Richter.

Die Broschüre ergänzt Ratgeber-Literatur wie das Antirepressionshandbuch „Durch die Wüste“ aus dem Unrast-Verlag und illustriert sie am konkreten Beispiel. „Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen“ reiht sich in zahlreiche Veröffentlichungen der letzten Jahrzehnte ein. Andere Nachbereitungsbroschüren, die vor 15-20 Jahren erschienen sind, finden sich heute nur noch in Infoläden und linken Archiven. Auf einige bezieht sich das Einstellungsbündnis. In den letzten Jahren ist keine derartige Nachbereitung mehr erschienen, weil es kaum §129a-Prozesse anlässlich militanter Aktionen aus der jüngsten Vergangenheit gab, zu denen kontinuierlich Solidarität organisiert wurde.



Ein Fazit des Einstellungsbündnisses:
„Der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ist schnell zusammengezimmert. Der Logik der Ermittlungsbehörden sind hierbei kaum Grenzen gesetzt. Das macht die Dimension deutlich: Die gesamte radikale Linke ist von den §129-Verfahren betroffen.“

Hinweis zur Broschüre:
<http://einstellung.so36.net/de/1815>
Verlag und Bestellung:
<http://www.edition-assemblage.de>

von **Chris Malberg**
der Internetseite einstellung.so36.net
entnommen



Atomstaat stilllegen! Castor 2011

weiträumig unkontrollierbar renitent

Im November soll es nach den Plänen der Bundesregierung einen weiteren Castortransport ins Wendland geben. Es wird der letzte Transport aus der Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague sein. In den vergangenen Jahren verlief die Fahrt des Atomzuges nicht störungsfrei: Hakenkrallen und Feuer sabotierten den Zugverkehr, an vielen Bahnhöfen entlang der Strecke versammelten sich zehntausende Menschen zu Blockaden und Kundgebungen oder ketteten sich an die Gleise. Dieser erfolgreiche, internationale Widerstand war möglich, obwohl der Zug regelmäßig von einer ganzen Armada von bewaffneten und gepanzerten Polizist_innen samt technischer Ausrüstung begleitet wird.

Spätestens ab der Grenze ins Wendland benehmen sich die Bullen wie eine Besatzungsarmee. Das Wendland ist jedes Jahr vollgestopft mit Cops und ihren PKW's, -LKW's, Räumpanzern, Wasserwerfern und anderem uniformierten Gerümpel. Den Leuten im Wendland geht das seit Jahren auf den Keks - ständige Kontrollen und Überwachung die schon zwei Monate vor dem eigentlichen Transport offensichtlich zunehmen. Nicht weiter verwunderlich die Parole, die eine Menge Plakate seit Jahren schmückt: „Besatzer_innen raus“. Genau daran wollen wir in diesem Jahr anknüpfen. 2010 haben bereits die Bauern und Bäuer_innen durch massive Straßenblockaden im Hinterland sehr erfolgreich den Raum des Widerstandes erweitert.



Ein autonomes Konzept, das auch zu früheren Zeiten von einigen praktiziert wurde. Die autonomen Treckergruppen haben es im vergangenen Jahr wieder mal deutlich gemacht: Besatzer_innen sind angreifbar. Sie sind abhängig davon, dass sie mit Essen und Getränken versorgt werden - denn in den Voküs des Widerstandes bekommen sie nichts. Sie sind angewiesen auf Dixie-Klos an der Strecke - denn wer will schon Besatzer_innen ins Haus und aufs Klo lassen? Und sie sind angewiesen auf Nachschub, wenn sie nach zehn oder mehr Stundenschichten mal eine Pause brauchen. Auch Besatzer_innen werden irgendwann müde vom stundenlangen Rumstehen, Blockierer_innen wegtragen und Verprügeln, kurz gesagt: erschöpft davon, den Handlangerjob für die Atomindustrie und ihre staatlichen Unterstützer_innen zu machen.

Die Räume des Widerstandes erweitern heißt für uns, diesen Nachschub zu blockieren und zu sabotieren. Das kann schon im Vorfeld beginnen - denn auch aus Deiner Stadt kommen Bullen ins Wendland. Vor Ort heißt ein solches Konzept - eingebettet in den gesamten Widerstand - selbstorganisiert und unberechenbar zu agieren. Aufhalten lassen sich Wagenkolonnen beispielsweise durch Materialblockaden und ohne Luft in den Reifen fährt es sich auch ganz schlecht. Und verlässt das Essen die Kantine nicht oder wird umverteilt, gibt es keine Versorgung. Die Möglichkeiten sind vielfältig, die Räume des Widerstandes groß. Militanz ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine Widerstandsform von vielen - allerdings eine, die besonders hohe Verantwortlichkeit braucht. Das Ziel ist, einen möglichst hohen, gezielten Sachschaden zu schaffen, ohne unbeteiligte zu gefährden, um so Freiräume für viele unterschiedliche Widerstandsformen zu schaffen und damit gemeinsam den Transport so schwierig wie möglich zu machen.

Deshalb rufen Autonome Gruppen in diesem Jahr zu „Sommerurlaub im Wendland“ auf. Die Autonome Kampagne „Atomstaat stilllegen! Castor 2011 - weiträumig unkontrollierbar renitent“ rät Bezugsgruppen, sich rechtzeitig, sorgfältig und bei schönstem Sonnenschein vor Ort kundig zu machen.

Egal, ob ihr das erste Mal Widerstand gegen den Castortransport leistet oder bereits seit Jahren mit eurer Bezugsgruppe dabei seid.

Wichtig ist, wir wollen unsere beste Seite einbringen: selbstorganisiert, unberechenbar und unversöhnlich. Damit wir in kleinen Gruppen erfolgreich agieren können, gibt es eine Karte, auf der die Infrastruktur verzeichnet ist, die der Staat und ihre Helfer_innen brauchen, um den Castortransport bis ins Atommülllager zu prügeln. Welche Strecke fahren die Nachschubkolonnen? Wie kommt das Essen an die Strecke? Wo sind die Kasernen, in denen sich die Bullen ausruhen? Wo stehen ihre Klos? Machen wir ihnen den Einsatz zur Hölle. (Extra Kasten: An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass Polizist_innen den Einsatz durchaus verweigern oder sich krankschreiben lassen können. Einst hat die Gewerkschaft der Polizei auf diese Möglichkeiten hingewiesen, schon allein wegen der radioaktiven Strahlenbelastung.) Aber zurück zum Konzept, mit dem wir das Rad nicht neu erfinden, aber wieder ins Rollen bringen. Ausgestattet mit besagter Karte geht's los. Am besten ist, ihr plant noch während der warmen Jahreszeit ein gemeinsames Wochenende. Die Erfahrungen vieler Autonomer und Anarchist_innen der vergangenen Jahre haben gezeigt: Vorbereitung tut Not – und ist auch sinnvoll. Ortskenntnisse sind wichtig und noch besser ist es, Vorbereitungen sind schon getroffen. Ansonsten ist die gemeine autonome Kleingruppe während der Aktionstage immer auf die Ideen anderer angewiesen und die passen vielleicht nicht zu den eigenen Aktionsvorstellungen. Und wenn es keine Angebote gibt, dann stehen eh nur alle stundenlang an der wärmenden Feuerzone rum, debattieren was getan werden könnte und oftmals tut sich dann nicht viel. Also kommt in die Puschen! Unberechenbar und dezentral zu agieren ist gegenüber dem konzentrierten Bullenaufgebot ein enormer Vorteil. Aber es birgt Risiken. Auch deshalb empfehlen wir allen, schaut euch die Wege, den Rückzug und die Umgebung genau und möglichst im Vorfeld an. Vieles ist möglich, erwischen lassen ist ärgerlich. Wir vertrauen dabei darauf, dass Selbstorganisation tatsächlich eine unserer Stärken ist. Wir wollen damit das Gesamtkonzept des Widerstandes im Wendland wieder mal mit eigenen autonomen Aktionen erweitern. Dabei geht es uns nicht darum, von der Schiene oder der Straße weg zu mobilisieren. Auch hier sind entschlossene Aktionen gefragt und werden von autonomer Seite her geplant und unterstützt. Nicht alle Bezugsgruppen werden die Möglichkeit oder die Muße haben, sich bereits im Sommer vorzubereiten, das wissen

Deshalb soll das Konzept auch für die Kurzentschlossenen anschlussfähig sein, auch hierbei soll euch die Karte unterstützen. Materialblockaden sind auch spontan möglich. Um sich mit den Spielregeln vertraut zu machen und sich warm zu laufen, gibt es seit Jahren auch die Rallye Monte Göhrde. Ein „wir erkunden die Waldwege an der Schienentransport-Strecke“ Hindernis-Parcours, der meist am Freitag der Aktionstage stattfindet. Teilnehmen kann jedermann, ob mit Trecker oder PKW, per Motorrad oder Fahrrad, zu Pferd oder auch zu Fuss. Hier können wir mit Mut zur Lücke den Bullen schon mal gehörig auf die Nerven gehen.

Atomstaat stilllegen – über den Transport hinaus

Auch wenn die Atomlobby durch den Super-GAU des AKW in Fukushima auf dem Rückzug scheint, die momentanen Phrasen des „Innehaltens“ und „Nachdenkens“ erinnern sehr an die Versprechungen vor 25 Jahren, nach dem Super-GAU in Tschernobyl, die gebetsmühlenartig so lange heruntergebetet wurden, bis die meisten Gemüter befriedet waren. Schon wenige Wochen – und noch inmitten des Super-GAU in Fukushima – schleichen sich die ewig gleichen Versuche der Atomkonzerne, den Widerstand als „emotional“ zu diskreditieren, wieder ein. Auch das ist ein alter Hut. Die vier Atomkonzerne in Deutschland und die Zulieferbetriebe wollen ihre Gelddruckmaschinen weiter laufen lassen und sie wollen weiter das Monopol auf die Stromversorgung haben. Alles soll so weiter gehen, wie seit Jahren mit den jeweiligen Regierungen ausgehandelt. Ein Deal zugunsten der Konzerne RWE, Vattenfall, EnBW und Eon – und das ohne jegliche Verantwortung oder Bedenken. Konzernvertreter Großmann & Co. ist nicht allein die Gefährdung von Menschenleben egal, auch strategisch wollen sie die Zeit nutzen, um ihre täglichen Millionengewinne auf andere Art und Weise zu sichern. Dezentrale Energieversorgung ist den Stromkonzernen der wirkliche Horror, denn damit verlieren sie Macht und Gewinne. Deshalb rufen wir auf, nicht nur den Castortransport im Blick zu haben, sondern auch im Vorfeld diesen Teil der kapitalistischen Warenströme zu sabotieren und damit unsere Unversöhnlichkeit mit dem System deutlich zu machen.



Das gilt auch für das momentan diskutierte Konzept der Energiewende. Der bürgerlich-grüne Staat wird darauf dringen, dass alles bleibt wie es ist – nur ökologischer. Es ist notwendig in diese Debatte einzugreifen und deutlich zu machen, dass das grundsätzliche Verhältnis von Ausbeutung Mensch und Natur begründet mit stetigem Wachstum das eigentliche Problem ist. Dieses ist kein Selbstzweck, es geht nicht um Wohlstand für alle, sondern um den Zugriff und die Ausbeutung von Ressourcen durch wenige. Und das nicht nur bei der Energieversorgung. Wir wollen dieses Verhältnis grundsätzlich angreifen. Überall. Und wir haben keine Angst, dass das Licht ausgeht.

Zugleich werden wir uns darauf einstellen müssen, wie nach dem sogenannten rot-grünen Atomkompromiss, dass diejenigen, die jetzt von parlamentarischer Seite aus versuchen, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, bis zum Herbst den ganz großen Kompromiss und damit die Befriedung des Konfliktes erreichen. 2001 hat das dazu geführt, dass der grüne Politiker Jürgen Trittin die Bewegung aufgefordert hat, nicht gegen den damaligen Castortransport zu protestieren. Einige sind dem gefolgt. Hoffen wir, dass diejenigen, die ihnen beim letzten Mal noch geglaubt haben, sich nicht wieder versarschen lassen. Verlassen können und wollen wir uns darauf nicht. Für uns gilt weiterhin, Atomausstieg bleibt Handarbeit, es gibt keinen Kompromiss mit dem Atomstaat.

Nach den Transporten aus La Hague werden weitere aus Sellafield nach Gorleben folgen. Atommülltransporte nach Ahaus und Lubmin werden stattfinden und immer wieder fahren Urantransporte durchs Land – letztere weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Der Wahnsinn im Namen des Kapitalismus wird also weitergehen. Stellen wir uns dem entgegen, machen wir dem Atomstaat den Garaus – im November gemeinsam mit den Menschen im Wendland und auf der gesamten Strecke. Machen wir den nächsten Castortransport auch politisch so teuer wie möglich, indem wir selbstorganisiert, international und gemeinsam agieren und viele andere durch unser Handeln ermutigen, aktiv Widerstand zu leisten. Unberechenbar und unversöhnlich.

zugesendet

Atomindustrie stilllegen! Energieriesen zu Fall bringen!

Wir rufen auf zu offensiven Aktionen gegen die vier großen Energieerzeuger RWE, E.on, EnBw, Vattenfall und die mit ihnen verflochtene Atomindustrie. Mit einer dezentralen Kampagne wollen wir den Atomkonzernen zu nahe treten und das menschenverachtende Atomgeschäft aktiv blockieren und sabotieren.

Normalbetrieb: Restrisiko mit Rendite

Greenwashing klingt nach einer harmlosen Werbestrategie. Doch wer trotz der ungezählten Toten nach Katastrophen wie Tschernobyl und Fukushima, wer trotz der ungelösten und unlösbaren Endlagerfrage für Atommüll, trotz des strahlenden „Normal“betriebs von Atomanlagen, der Urangewinnung und -anreicherung an dieser unverantwortbaren Technologie festhält, und sich dazu ein ökologisches Image andichtet, nutzt nicht bloß einen modernen Werbetrick – er handelt offen Menschen verachtend. Dabei tun RWE-Vorstand Grossmann und seine Kollegen von EnBw, E.on und Vattenfall natürlich genau das, was von ihnen erwartet wird: bedingungs- und hemmungslos die Rendite erhöhen.

Schon viel zu lange werden die Risiken und Kosten der Energiewirtschaft vergesellschaftet, während Profite privatisiert werden – es ist an der Zeit zu reagieren und diese gefährliche und unsoziale Energiepolitik mit allem Nachdruck zurückzuweisen. Energieerzeugung muss vollständig neu organisiert werden – regional, regenerativ und „rest“risikofrei. Dazu müssen wir die vier Energieriesen und die mit ihnen verstrickte Atomindustrie endgültig loswerden.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als diese Gesellschaft mit ihrer Form zu wirtschaften grundsätzlich in Frage zu stellen. Denn in einer Umgebung, wo der eintig entscheidende Maßstab die Höhe des Gewinns ist, werden Schäden für Mensch und Natur immer nur insoweit eine Rolle spielen, wie sie die Erträge schmälern. So wird es möglich, dass mit Atomkraft jeden Tag Geld verdient wird, obwohl sich diese

Technik gegen Menschen richtet. Es klingt vermessen, aber ohne Brüche mit den Regeln unserer heutigen Gesellschaft ist ein Ausstieg nicht zu haben!



Wir glauben, dass es hilfreich ist, Kommunen und Haushalte zum Stromanbieterwechsel zu animieren, aber nicht ausreichend. Die Aussichten eines reinen Verbraucher-Boykotts sind beschränkt: nur wenige Monate nach dem historischen Shell-Massenboykott 1995 hatte sich die Benzinnachfrage an den Tankstellen des Konzerns wieder vollständig normalisiert. Der Schaden am Image scheint hierbei von größerer Bedeutung zu sein, selbst wenn er schwieriger zu bemessen ist. Dazu müssen wir jedoch einen deutlich höheren Druck aufbauen.

Demonstrieren, Blockieren, Sabotieren – jetzt den Druck erhöhen!

Die Proteste und Tumulte im April bei der RWE-Hauptaktionärsversammlung in Essen waren ein guter Auftakt für eine offensive Kampagne gegen die vier großen Energieerzeuger und die Atomindustrie. Sie haben gezeigt, dass die Antiatom-Bewegung nach der Katastrophe in Fukushima nicht nur zu großen Kundgebungen und Demonstrationen zusammen kommen kann – wir können auch aktiv störend eingreifen. Das angekratzte Image lässt sich empfindlich beschmutzen.

Wir begrüßen die angekündigten Blockaden von Atomanlagen im Juni und September und die zu erwartenden massiven Blockade- und Sabotage-Aktionen beim nächsten Castor-Transport im November und möchten mit dieser dezentralen Kampagne parallel aufrufen zu einer Verstärkung des Drucks auch außerhalb zentraler Großmobilisierungen. In jeder Region befinden sich Kundenbüros der Großkonzerne, stehen die Banken, die sie mit den nötigen Krediten versorgen, fahren Züge der deutschen Bahn als Großkunde und Müll-Logistikert der AKW-Betreiber. Alltäglich und überall sind Aktionen möglich, die Atomenergieversorger und Atomindustrie gerade jetzt empfindlich treffen – seid kreativ!

anti-atomare Stolpersteine



An alle, die mit uns geschottert haben ... an die, die zukünftig schottern ... und einiges mehr wollen.

Eine Erklärung der Interventionistischen Linken (IL) zur Kampagne Castor Schottern und den Grundlagen künftiger interventionistischer Praxis.

Vorbemerkung.

Wir veröffentlichen dieses Papier unter dem Eindruck von Ereignissen, die vor allem eines zeigen: das gefällige Gerede der Herrschenden, man habe die Dinge „im Griff“, ist nichts als Gerede. Der einzig stabile Faktor der gegenwärtigen Weltverhältnisse ist ihre grundlegende Instabilität.

Natürlich ist hier zunächst der GAU von Fukushima zu nennen: Nach Tschernobyl geschieht zum zweiten Mal, worauf der weltweite Widerstand gegen Atomtechnologie, Atomstaat und Atomkapital immer schon verwiesen hat, was in Wahrheit auch alle anderen wussten, doch billigend, d.h. massenmörderisch und lebensvernichtend in Kauf nahmen. Die Reaktion der Verantwortlichen auf die vorhersehbare Katastrophe ist nicht nur nicht souverän – sie ist erbärmlich. Man hält sich an der Macht, weil man schon an der Macht ist und das auch künftig bleiben will. Politik reduziert sich auf Herrschaftssicherung, durchgesetzt durch alltägliche ökonomische Erpressung, systematisch betriebene Konfusion und den nicht erst letztendlichen Einsatz bürokratischer, polizeilicher und militärischer Gewalt. In der BRD folgen auf den GAU von Fukushima und die offen demonstrierte Ohnmacht und Hilflosigkeit einer Führungsmacht der Weltordnung im Stunden und -Tages-Takt das Drei-Monats-Moratorium, die größten Anti-AKW-Demonstrationen der Geschichte samt wahlpolitischen Konfusionen, abgehalfterter Politiker stammeln „Wir haben verstanden!“ und der RWE-Konzern – soweit die neueste Wende – reicht erstmal Klage ein: zur Sicherung des laufenden Geschäfts unter allen erdenklichen Umständen.

Nicht nur nennen, sondern begeistert begrüßen, wollen wir dann die Folge unerwarteter Erhebungen, in der die Massenbewegungen der nordafrikanischen und westasiatischen Städte binnen weniger Wochen jahrzehntelang herrschende autoritäre Regime gestürzt oder grundlegend geschwächt haben. Dabei setzten die Leute ihr Recht zur freien Versammlung auf den öffentlichen Plätzen auch gegen brutale Angriffe der staatlichen Gewaltapparate durch und griffen dazu schließlich auch zu den Waffen.

Nachdem EU und USA die stürzenden Regime zunächst halten wollten, nahmen sie den Aufstand gegen das Gaddafi-System - repressiv und korrupt seit Jahrzehnten und zuletzt hochgerüsteter Vorposten der menschenverachtenden europäischen Migrationsabwehr - zum Anlass, selbst militärisch zu intervenieren. Die Aktion ist der geradezu verzweifelte Versuch, die außer Kontrolle geratene Bewegung wieder in den Griff zu bekommen.

Nicht zu vergessen schließlich die Finanzkrise. Dass auch sie nach wie vor keineswegs „im Griff“ ist, belegt das Drängen des IWF zur völligen „Umschuldung“ Griechenlands, dem dann Irland und Portugal folgen sollen. Gleichzeitig trennt sich der weltweit größte Anleiheninvestor Pimco, der schon beim Zusammenbruch des Immobilienmarkts den Startschuss gab, auf einen Schlag von sämtlichen US-Staatsanleihen: und gibt als aktuellen Grund die staatlichen Sozialprogramme an.

Halten wir an dieser Stelle fest: das alles kann lange, lange noch so weiter gehen. Zugleich ist nicht ausgeschlossen, den Ausstieg aus der Atomtechnologie und eine tiefgreifende Umwälzung der Energiepolitik jetzt endlich durchsetzen zu können. Dazu brauchen wir, neben der Achtsamkeit für die plötzliche Beschleunigung der Krisen und der Offenheit für das Unerwartete, die Geduld, mit dem fortzufahren, was wir schon begonnen haben. Im Feld des Kampfes gegen Atomtechnologie, Atomstaat und Atomkapital war dies vor Fukushima schon die Kampagne Schottern 2010, die im kollektiven Gedächtnis linker Bewegungen der BRD zu Recht ihre Spuren hinterlassen hat. Der Auswertung der in ihr gemachten Erfahrung gilt der folgende Bericht, als Blick zurück und nach vorn.

Put your money where your mouth is
Castor Schottern war für uns, um das vor allem ändern festzuhalten, ein erholsamer Ausbruch aus dem Alltag linken Scheiterns. Zentrales Ziel der IL-Praxis im Allgemeinen und der IL-Beteiligung an der Kampagne Castor Schottern im Besonderen war und ist es, die Handlungsfähigkeit (nicht nur) der radikalen Linken zu erweitern. In der alltäglichen Praxis der verschiedenen linken Strömungen wird dieser nicht nur von uns erhobene formulierte Anspruch leider selten eingelöst: Allzu oft machen wir auf Aktionen (gar nicht erst zu sprechen von unserem Alltag) die Erfahrung der eigenen Machtlosigkeit. Aufrufe, dies und das zu besetzen, einzureißen oder abzuschaffen, enden vor polizeilichen Absperrgittern und der müßigen Erfahrung, dass „die Bullen wieder mal machen können was sie wollen!“

Aus diesem Leerlauf wollen wir raus, wollen uns selbst und anderen die Erfahrung ermöglichen, handlungsfähig und -mächtig zu sein. Dazu müssen wir zuerst aus den Erfahrungen lernen, die uns ohnmächtig zurück lassen: Wir können nicht (mehr) einfach ankündigen, dieses oder jenes „abschaffen“ oder auch nur „angreifen“ zu wollen und dann darauf spekulieren, dass das alles geheim und in kleinen Kreisen vorbereitet und umgesetzt wird. Uns geht es stets um öffentlich angekündigte und dann auch realisierte Massenaktionen. Diese strategische Entscheidung ist jedoch keine Absage an autonome Kleingruppenkonzepte. Im Gegenteil können Kleingruppenaktionen oft eine sinnvolle Ergänzung zu Massenaktionen sein, wie z.B. bei der Sperrung von Waldwegen im Wendland oder auch bei den Aktionen gegen den Naziaufmarsches in Dresden, der 2010 - und mit Abstrichen auch 2011 - durch eine gegenseitige Unterstützung von Massenblockierenden und flexiblen Kleingruppen verhindert wurde.

Initiiert von autonomen Genoss_innen, von der IL mitgetragen.

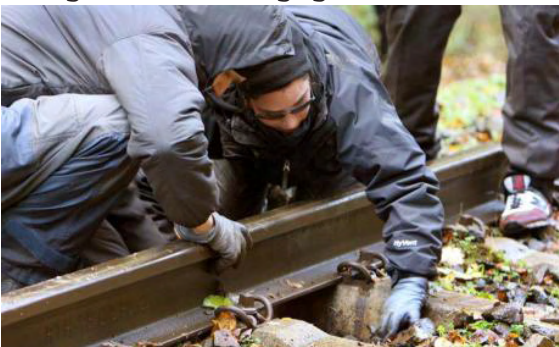
Castor Schottern war keine von der IL initiierte Aktion, sondern die Idee autonomer Zusammenhänge, die seit langem im Wendland aktiv sind und ihre Erfahrungen über Jahre hinweg stetig auswerten. Aus diesen Erfahrungen und in der Absicht, die eigene Aktion durch neue Bündnisse zu entwickeln, traten diese Zusammenhänge an uns heran. Insofern war Castor Schottern nur als Weiterentwicklung der Kampagne „Gemeinsam kommen wir zum Zug“, nur in der Stetigkeit organisierter linksradikaler und autonomer Beteiligung an der Anti-Atom-Bewegung und nur durch ihre einzigartige Verankerung in der GÖhrde und im Wendland-Protestspektrum möglich. Wir denken aber auch, dass die Kampagne ohne die Erfahrungen und Aktivitäten der IL nicht so gelaufen wäre, wie sie es ist.

Für unsere politische Praxis ist Selbstermächtigung in doppelter Hinsicht eine zentrale Kategorie. Wichtig ist uns erstens die Selbstermächtigung zur Aktion. Wir wollen gemeinsam mit vielen Menschen kämpfen, die nicht schon von vornherein wie wir denken und handeln. Notwendige Voraussetzung dafür sind Transparenz und Berechenbarkeit für alle, die sich an einer Kampagne oder einzelnen Aktionen beteiligen wollen. Um sich Kampagnen und Aktionen selbst aneignen zu können, müssen alle wissen, worauf sie sich einlassen. Es ist offensichtlich, dass das bei Castor Schottern weit über die Szenegrenzen hinweg gelungen ist. Dafür war das verbindliche Aktionsbild ebenso wichtig wie die Aktionstrainings und Info-Veranstaltungen.

Uns ist bewusst, dass öffentlich hergestellte Berechenbarkeit und Transparenz auch von Staatsapparaten genutzt werden können. Doch gibt es dazu, wenn wir die massenhafte Selbstermächtigung wollen, derzeit keine Alternative. Zugleich hat sich gezeigt, dass wir für die Staatsmacht in vielen Situationen trotzdem unkontrollierbar waren. Wichtig ist uns zweitens die Selbstermächtigung durch die Aktion – und die gegenseitige Verstärkung beider Dimensionen der Selbstermächtigung. Nach unserer Wahrnehmung hatten viele Aktivist_innen während und nach der Aktion zu Recht das Gefühl, handlungsfähig gewesen zu sein, Agierende/r gewesen zu sein – und nicht Opfer von Polizeigewalt und staatlicher Willkür. Viele haben – und sei es nur für einen Moment – die Erfahrung machen können, die eigenen Bedürfnisse und Ziele nicht länger in die Hände anderer gegeben, sondern gemeinsam und solidarisch gekämpft zu haben. Mit diesen Erfahrungen erobern wir kollektive Handlungsfähigkeit zurück und brechen gemeinsam aus Ohnmacht und Vereinzelung aus.

Radikalisierung? Radikalisierung!

Im kollektiven Auftreten (Selbstschutz, praktiziertes Recht auf Anonymität) wie im Niveau der Konfrontation hat die Kampagne Schottern radikalisiert, was hier in der letzten Dekade an Massenaktionen möglich war. Ihr Erfolg erinnert an den der italienischen Tute Bianche, die in den 90er Jahren das Konzept des geschützten zivilen Ungehorsams entwickelt haben. Auch sie haben im gemeinsamen Handeln mit vielen anderen Neues gewagt und gelernt, dass man vor der Polizei nicht immer weg rennen muss, dass es mit den nötigen Vorkehrungen sogar möglich ist, prügelnden Polizisten (und sei es zeitweilig) standzuhalten. Wir haben uns verloren geglaubtes Terrain wiederangeeignet. Unsere Hoffnung, dass diese Erfahrung mittel- und langfristig auf andere Aktionen und andere Akteur_innen ausstrahlt, hat sich schon während der Dresdner Anti-Nazi-Blockaden des Februar 2011 bestätigt: der Spirit ist angekommen. Die Sperrung einer Straße durch Polizeiketten bedeutet eben nicht jedem Fall, dass wir nicht genau da lang gehen können.



Natürlich ist das Konfrontationsniveau der Aktion nur ein Aspekt der umfassenden Radikalisierung, die wir wollen. Unser Ziel ist vielmehr eine radikale Linke, die den Prozess der Transformation immer auch am demokratischen Potenzial der Bewegung vieler, letztlich von Mehrheiten, misst und deshalb immer auch auf Massenradikalität setzt. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, für tausende, für zehntausende Menschen ein partizipatives Angebot selbstbestimmten gemeinsamen Handelns zu schaffen. Daraus resultiert dann u.a. die Notwendigkeit zu verlässlichen Vereinbarungen, zu Transparenz, zur Bereitstellung von Infrastruktur vor und während der Aktion, zu einer Vielzahl von Aktionstrainings und Informationsveranstaltungen und damit zum dazu erforderlichen Organisationsgrad.

Besonders herausheben wollen wir in diesem Kontext die Pressearbeit von Castor Schottern, der es gelungen ist, illegalen Aktionen und Massenmilitanz eine breite Akzeptanz zu schaffen. Dabei haben wir mit den sog. „embedded journalists“ in der GÖhrde überwiegend positive Erfahrungen gesammelt. Natürlich sind wir uns bewusst, dass eine derart erfolgreiche Pressearbeit immer ein Stück weit nach den Regeln der Medien gespielt werden muss und damit problematische Formen von Repräsentation reproduziert. Doch nimmt, wer glaubt, dass so etwas „herrschaftsfrei“ möglich sei, die eigene Analyse der Massenmedien kapitalistischer Herrschaft nicht ernst. Wir selbst können im Vergleich zu Heiligendamm auf eigene Fortschritte verweisen und halten gegen bestimmte Gerüchte ausdrücklich fest, dass es von unserer Seite im Castor-Zusammenhang keine Distanzierung von militanten Aktionen gegeben hat, auch nicht zu denen gegen die Berliner S-Bahn. Punktuelle Infragestellungen der Legitimität des staatlichen Handelns und des Gewaltmonopols des Atomstaats gab es im Wendland auch früher schon. Das Neue der Kampagne Schottern war, dies vorab öffentlich propagiert und deshalb auch gemeinsam und massenhaft umgesetzt zu haben.

Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu klandestinen Kleingruppenkonzepten, die nach ihren Möglichkeiten sinnvoll bleiben: Wir wollen, dass unsere Aktionen, ihr Sinn und ihre Aussagen die Menschen erreichen, emotional und rational nachvollzogen und deshalb als legitim verstanden werden können. Eine radikale Linke, die ihre Ziele und Aktionen auf längere Sicht nicht öffentlich legitimieren kann, wird nicht zur Gegenmacht werden, geschweige denn das Tor zu einer emanzipatorischen Gesellschaft aufstoßen.

Über Massenmilitanz, Sabotage und Zivilen Ungehorsam

Die Verwendung des Begriffs „Ziviler Ungehorsam“ im Zusammenhang mit den Aktionen der Kampagne Castor Schottern ist auf Kritik gestoßen, auch in der IL nicht unumstritten und sicher kein universaler Bezugspunkt. Wir denken dennoch, dass der Begriff sinnvoll ist, sofern er der radikalen Linken besonders dort Anschlüsse öffnet, wo regelüberschreitender Protest im Prinzip bereits anerkannt ist. Der von uns seit der Mobilisierung zu Heiligendamm 2007 und jetzt auch in der Kampagne Schottern benutzte Begriff ist nicht an sich reformistisch, liberal oder gar reaktionär: Entscheidend ist vielmehr, mit welcher Bedeutung, also mit welcher Praxis wir ihn füllen. So gelten in vielen europäischen Ländern massive Formen der Sachbeschädigung militärischer Einrichtungen und Waffen als Ziviler Ungehorsam.

Die Schottern-Kampagne hat den Begriff aus seiner passiven Engführung („nur Hinsetzen ist Ziviler Ungehorsam“) gelöst und auf eine massenmilitante Aktion beziehen können, die öffentlich zur Sabotage atomarer Infrastruktur aufgerufen und dies auch getan hat. Im Übrigen scheint uns die Auseinandersetzung um den Begriff generationsbedingt zu sein: Der Begriff meint seit Heiligendamm nicht mehr dasselbe wie in den Protesten etwa gegen die Raketenstationierungen der 1980er Jahre, von denen sich der Militanzbegriff der autonomen Strömung abzusetzen suchte.

Von der Notwendigkeit, andere Akteur_innen einzubeziehen.

In der Debatte um die Kampagne Castor Schottern war die Beteiligung weiterer Akteur_innen eine zentrale Frage. Für uns war und ist die Breite und Vielfalt des Wendland-Widerstandes und die große Solidarität der anderen Teile der Anti-Atom-Bewegung eine notwendige Bedingung für den qualitativen Sprung in den Aktionsformen. Essenziell war auch die breite Unterstützung, insbesondere die Pufferfunktion, die vor allem durch Abgeordnete der Linkspartei NRW geleistet wurde: Sie waren ein Schild gegen die staatliche Repression, den wir - weiterhin offensiv in der Öffentlichkeit agierend - benötigten. Dass es der Kampagne Castor Schottern gelingen würde, sich breit zu öffnen und über den linksradikalen Kreis hinaus zu wirken, war nicht von vorne herein ausgemacht und hat viel Arbeit und Nerven gekostet. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, dass wie vielen Beteiligten auch uns die Angst im Nacken saß, es würde schon im Vorfeld zu einer breit angelegten Repression

kommen: es sah, wir räumen das ein, eine Zeit lang eher nach Schlottern statt nach Schottern aus. Den bündnispolitischen Kompromiss, der z.B. der Grünen Jugend (GJ) die Unterstützung unserer Kampagne untersagte, respektieren wir, auch wenn wir ihn erst nach langem (weiter fortdauernden) internen Streit zähneknirschend akzeptiert haben. Die Frage nach Akteur_innen ist immer auch eine nach Orten. Wir wissen, dass die temporären Ausbrüche bei Großereignisse und übergreifenden Kampagnen nur ein Zwischenschritt sein können auf dem Weg zur (Wieder-)Aneignung eines politischen Alltags. Aber sie sind wichtige Schritte und wir können sie gehen.

Blick zurück nach vorne

Die IL beteiligte sich bislang und beteiligt sich weiterhin in den Strukturen der Kampagne Castor Schottern, an den Auswertungen der Aktivitäten von 2010 und der Vorbereitung der kommenden Aktivitäten. Dort ist der Ort, über konkrete Details, gemachte Fehler und mögliche Problemlösungen zu reden. Dass sich unter den nach Fukushima eingetretenen Bedingungen neue Möglichkeiten öffnen werden, ist uns bewusst. Wenn wir uns hier zu den folgenden Positionen und Aufgaben verpflichten, tun wir das auch in der Bereitschaft, längst gefüllte Terminkalender kurz entschlossen wegzwerfen und mit allen anderen das zu tun, was bis dahin nicht möglich war:

- Für die IL als Organisation radikaler und militanter Linker bleibt der Kampf gegen den Atomstaat ein wesentliches Moment im Widerstand gegen kapitalistische, rassistische und patriarchale Herrschaft und dem daraus wachsenden, offenen Prozess der revolutionären Transformation, hier, anderswo, überall.

- Auch in der aktuellen Beschleunigung der Krisen und gegenwärtig nicht zu übersehenden Wendungen kommt dem Widerstand gegen die Atomtransporte ins Wendland dabei eine herausragende Rolle zu.



- Wir werden deshalb die Erfahrungen von 2010 nutzen, um unsere wie die gemeinsamen Aktionsformen und die sie tragenden Strukturen zu verbessern, auch um gemeinsam Konzepte zu entwickeln, wie die Aktivist_innen besser geschützt und in Großgruppen schneller handlungsfähig werden können.

- Wir möchten mehr Menschen motivieren, sich nicht „nur“ am Protest, sondern auch an dauerhaften Widerstand gegen Atomtechnologie, Atomstaat und Atomkapital und schließlich am langen Prozess der Transformation der Verhältnisse zu beteiligen, ihn zu ihrem eigenen Prozess zu machen.

- Wir möchten dabei mitwirken, eine Choreografie des Widerstands zu entwickeln, die auf einer solidarischen Vielfalt gründet und ihr zu Sprache und Ausdruck verhilft.

- Wir rufen dazu auf, die Kampagne Castor Schottern 2011 zu unterstützen: Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Für die Enteignung und Vergesellschaftung der Energiekonzerne!

- Wir vergessen nicht, dass gerade heute der Widerstand gegen den imperialen Krieg nicht vernachlässigt werden darf, dass wir in vielfacher Hinsicht zum Widerstand aufgerufen sind.

Ein letztes Wort an die, die uns vorwerfen, die Aktion zum Inhalt zu machen. Nein, das tun wir nicht. Allerdings bestehen wir entschiedener als andere auf ihrem untrennbaren Zusammenhang. In linker und hier insbesondere in linksradikaler Perspektive liegt dieser Zusammenhang zuerst und zuletzt in der Selbstermächtigung, und diese ist zuerst eine solche zur und durch die Aktion. Niemand sagt, dass damit schon alles erreicht ist – doch liegt auf der Hand, dass wir nur so gewinnen können:

Was wir wollen, die Selbstbefreiung aus kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler Herrschaft, das können wir und alle, die das angeht, nur selber tun.

Konkret gewendet: Ein Castor Schottern 2.0 wie die Interventionen, die erst mit der Katastrophe von Fukushima möglich wurden, werden nur Realität, wenn wir jetzt damit beginnen. Dazu gehört, dafür zu sorgen, dass sich mit uns möglichst viele der Aktivist_innen, die beim letzten Mal erst auf den Schienen zu uns gestoßen sind, jetzt schon in die Vorbereitungen einbringen. Schließt euch bestehenden Gruppen an, bildet neue Gruppen, vernetzt euch. Machts nach, machts mit, machts besser!

Interventionistische Linke, April 2011

Wollen wir Facebook-Freunde werden?

Zu Facebook gibt es viel zu sagen und es ist im Moment eh in aller Munde. Trotzdem wollen auch wir hier unseren Senf dazu abgeben. Auslöser dafür ist der um uns herum festzustellende katastrophale Umgang mit Facebook, gerade auch unter Linksradikalen.

Wir nutzen kein Facebook und das aus gutem Grund. Unsere Ablehnung ist nicht reflexhaft, aus einer technophoben Haltung heraus, sondern aus dem Bestreben, einen verantwortungsbewussten Umgang mit neuen Medien zu fördern und von Menschen aus emanzipatorischen Bewegungen auch einzufordern. Grade bei jenen, die es in ihrem täglichen politischen Handeln mit der Legalität nicht so genau nehmen und sich bewusst in die Konfrontation mit Staat und Nazis begeben, ist die zu beobachtende Sorglosigkeit nicht nur überraschend sondern auch gefährlich!

Aber kommen wir zuerst zu Facebook selbst. „Facebook, das nette ‚soziale‘ Netzwerk, lässt George Orwells ‚Big Brother‘ blass vor Neid werden. [...] Facebook will nicht weniger als der zentrale Anlaufpunkt im Netz für

Was ist Facebook?

Facebook ist ein von Mark Zuckerberg gegründetes Unternehmen. Das Unternehmen betreibt eine Internetplattform, über die sich Menschen, Firmen, Initiativen, etc. vernetzen können. Den Ursprung hat das Online-Netzwerk in einer Kommunikationsplattform für die Student_innen der amerikanischen Universität Harvard. Später wurde das Netzwerk auf weitere amerikanische Universitäten ausgedehnt und ist seit 2007 für alle Internetnutzer_innen ab 13 Jahren kostenlos zugänglich. Die Nutzer_innen können sich eigene, personalisierte Profilseiten zulegen und sich darüber mit anderen vernetzen.

möglichst viele Menschen werden und damit die Kommunikation bei sich monopolisieren, kontrollieren und ihr seine Regeln aufzudrücken.“ (Aus der Rede zur Verleihung des „Big Brother Award's“ 2011 an Facebook)

Die Autor_innen der „Laudatio“ auf Facebook haben dabei eine umfangreiche Sammlung an un schönen Details über das Online-Netzwerk zusammengetragen, die wir hier in aller Detailfülle nicht wieder geben werden.

Nur so viel: bei Facebook handelt es sich um eine Firma, deren aktueller Wert auf über absurde 50 Milliarden Euro geschätzt wird. Dieser Wert beruht lediglich auf dem Preis, den Investor_innen bereit sind für die Aktien von Facebook zu zahlen. So ähnlich wie Google sammelt Facebook persönliche Daten der Nutzer_innen im großen Stil: Email-Adressen, Wohnorte, Aufenthaltsorte, Verbindungen, Bilder, Telefonnummern, Texte, besuchte Webseiten und vieles mehr.

Um genau zu sein, eigentlich alles an Daten an die Facebook irgendwie kommen kann. Der Markt für personalisierte Werbung im Internet boomt und der Besitz von persönlichen Daten stellt ein immenses Kapital dar. Was Facebook selbst - abgesehen von personalisierter Werbung - noch für Interesse an solchen Daten haben könnte und in Zukunft haben wird, ist Spekulation und wir haben keine Lust uns angesichts der offensichtlichen Tatsachen hier mit Karten lesen zu beschäftigen. Wir wehren uns schließlich auch gegen die Volkszählung 2011; gerade, weil nicht klar ist was in Zukunft mit diesen Daten alles noch passieren könnte und weil umfassende Datensätze immer die Möglichkeit eines Missbrauchs (oder bei geänderter Rechtslage oder Machtverhältnissen Gebrauchs) zum Nachteil politischer Gruppierungen, ethnischer Minderheiten oder anderen, potentiell unliebsamen Personenkreisen ermöglichen. Es liegt auch auf der Hand, dass zum Beispiel Repressionsorgane ebenfalls

ein immenses Interesse an Netzwerken, Freundschaftsbeziehungen, Tagesgestaltung, Vorlieben, etc., hegen. Das eben diese Organe Anfragen an Facebook zu einzelnen Benutzer_innenprofilen stellen, ist kein Geheimnis und ganz ehrlich, auch wenn sie nicht diesen offiziellen Dienstweg gehen, ist es kein all zu großes Problem, selbst an auf „privat“ gestellte Profile zu gelangen. Wer weiß denn bitte schön wirklich sicher ob der Account der alten Freundin, wirklich der alten Freundin gehört? Alles in allem serviert mensch hier persönliche Daten, Vorlieben und Verbindungen auf einem Silbertablett, ohne dabei wirklich über etwaige Konsequenzen bescheid zu wissen oder sich über die Risiken Gedanken zu machen. Ganz im Gegenteil. Es werden Bedenken einfach beiseite geschoben, zu groß ist die Verlockung, „dazu“ zu gehören.

Von Freunden und Freundinnen von Facebook bekommen wir an dieser Stelle in der Regel zu hören: „Ja ja, das wissen wir doch alles, aber wir sind total vorsichtig, haben gar nicht unseren richtigen Namen angegeben und schreiben auch nichts schlimmes.“ Uns ärgert dieser Umgang gewaltig. Zum einen könnte mensch mit der gleichen Argumentationslinie auch gegen Vermummung auf Demos oder für Kameraüberwachung argumentieren: „Ich mach doch gar nichts schlimmes...“. Nur die Bullen wird das im Zweifelsfall nicht interessieren. Zum anderen bezweifeln wir,

dass Alle immer ganz vorsichtig sind. Persönliche Vorlieben und Aktivitäten werden sich trotz allem anhand des Profils erkennen lassen, ebenso wie Wohnort und Freundeskreis. Wer hierbei auf der Ausrede beharrt, doch gar nicht mit dem realen Namen und Foto angemeldet zu sein, bewegt sich hierbei in einer trügerischen Sicherheit. Wer dabei mit anderen Menschen kommuniziert, deren richtige Identität zu ordnen ist, läuft darüber auch Gefahr, identifiziert zu werden. Und selbst, wenn die Vorbereitungen von Aktionen nicht über Facebook erledigt werden, ist das nur ein schwacher Trost.

Wir müssen nicht erst mit Verfahren nach §129a konfrontiert sein, damit es

Big Brother Award

Der Big Brother Award wird jährlich vom FoeBud e.V. vergeben und zeichnet Unternehmen und staatliche Stellen aus, die sich besonders um die Abschaffung des Datenschutzes verdient gemacht haben. Facebook und Apple wurde in diesem Jahr die „Goldene Datenkrake“ für die größte Datensammelwut verliehen.

(www.bigbrotherawards.de/2011/.comm1)

für die Bullen und VSler interessant wird, mit wem wir wann und wo Kontakt haben. Wenn allerdings eine Ermittlung nach §129a ins Spiel kommt, dann kann ein Facebook-Profil den Bullen genügen, um eine Legitimation für Abhörmaßnahmen gegen

die Facebook-„Freunde“ der Betroffenen und gegen deren „Freunde“ zur Hand zu haben! Zu erinnern ist hier an die Kampagne „Castor Schottern“, die ebenfalls eine Facebook-Seite nutzte. Die Staatsanwaltschaft drohte in diesem Zusammenhang an, gegen alle „Freund_innen“ dieser Seite ein Ermittlungsverfahren wegen Aufruf zu Straftaten einzuleiten. Dies ist vermutlich eher eine hohle Drohgebärde, aber es zeigt, dass Repressionsbehörden Facebook auch als Informationsquelle nutzen. Darüber hinaus kann nicht ausgeschlossen werden, dass Facebook-Profile den Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten Einblicke in Freund_innenkreise und Beziehungen bieten, die es ihnen ermöglichen sich Leute rauszufischen die ihrer Meinung nach als Spitzel in Frage kommen könnten und ihnen so Ansatzpunkte für Anquatschversuche gibt.



Wir rufen dazu auf, die Finger von Facebook zulassen und stattdessen auf überprüfbare Opensource-Kommunikationsmittel wie Jabber (mit OffTheRecord) oder PGP verschlüsselte E-Mail-Kommunikation zurückzugreifen. Diese funktionieren technisch gesehen zwar nicht wie Facebook, bieten aber in ihrer Summe einen absolut gleichwertigen Ersatz einer digitalen Kommunikation, ohne dabei Unternehmen Gewinne zu verschaffen und staatlichen Stellen die Arbeit abzunehmen.

Wir treten lieber direkt mit unseren Freund_innen in Kontakt oder schreiben ihnen E-Mails oder Jabbernachrichten als uns auf eine zentralisierte Kommunikation, eine Technologie die soziale Kontakte und Freundschaften per Mausklick und nicht per direktem Kontakt vortäuscht, zu verlassen. Wir wollen unsere Freund_innen nicht zu Nummern in unserem Facebookprofil oder zu einer Messeinheit unseres eigenen „Wertes“ machen. Kurz wir wollen unsere Beziehungen nicht in eine Warenform pressen lassen.

Einige Autonome unterwegs auf dem Datenhighway des 21. Jahrhunderts

In der Rotenhilfe Zeitung 2.2011 ist eine weitere gute Kritik an Facebook vom EA Bremen

Jabber, Opensource und Co

Computerprogramme lassen sich grundsätzlich in zwei Kategorien einteilen. Auf der einen Seite gibt es kommerzielle Software, bei der in der Regel der Quellcode des jeweiligen Programms nicht veröffentlicht wird, auf der anderen Seite gibt es sogenannte Opensource Software, die oftmals auch einer bestimmten Lizenz unterliegt, die zwar eine kommerzielle Nutzung untersagt, es aber gleichzeitig jedem Menschen erlaubt, den Quellcode des Programms zu analysieren und zu verändern. Auf diesem Wege kann bei Opensource Software schon einmal verifiziert werden, was genau die betreffende Software macht und was für Fehler und Fallstricke sie möglicherweise enthält.

Mit Jabber, einem opensource Online-Kommunikationstool, ist es möglich verschlüsselt mit allen zu kommunizieren die sich einen sogenannten Client installieren und sich einen Account erstellen. Vom Prinzip her funktioniert Jabber also wie die kommerziellen Anbieter_innen wie: ICQ, MSN, Yahoo-Messenger, etc. Die Kommunikation bei Jabber läuft aber über dezentrale Server, die von unterschiedlichen Initiativen, wie etwa dem Chaos Computer Club betrieben werden.

Die CIA-Connection

Das Folgende ist ein gekürztes Zitat aus der Rede zur Verleihung des Big Brother Awards. Es zeigt ziemlich deutlich, dass man kein_e Liebhaber_in von Verschwörungstheorien sein muss, um zu glauben, dass CIA und andere Geheimdienste großes Interesse an Facebook haben:

„Wer steckt eigentlich hinter Facebook? Wer profitiert von dieser Datensammlung? Natürlich Mark Zuckerberg, der ist bekannt. Aber da gibt es zwei andere Leute im Vorstand von Facebook, die genauere Betrachtung verdient haben: Peter Thiel und Jim Breyer. Beide haben sich mit Risikokapital in die Firma eingekauft.

Peter Thiel ist Hedgefonds-Manager und mit der Gründung des Internet-Bezahlungssystems Pay-Pal reich geworden, das er für eineinhalb Milliarden an Ebay verkauft hat. Peter Thiel ging es bei Pay Pal nicht nur um seinen Profit, sondern auch darum, eine von den staatlichen Banken unabhängige Weltwährung zu schaffen und damit die Steuererhebung zu umgehen. Peter Thiel [...] mag Ronald Reagan und Steueroasen und unterstützt die Tea Party Bewegung in den USA. Und er hat eine enge Verbindung zu der rechten Internet-Plattform „The-Vanguard“.

Jim Breyer von der Risikokapital-Firma „Accel Partners“ ist nicht irgendjemand, sondern Vorsitzender des amerikanischen Branchenverbandes der Risikokapitalfirmen, der National Venture Capital Association. Sein Vorgänger in diesem Verband war Gilman Louie, der von dort direkt zum CIA gewechselt hat und die Firma „In-Q-Tel“ gegründet hat. Das ist noch eine relativ schwache Verbindung – doch klar ist, man kennt sich. Der Firmenname kommt übrigens von „In-Tel“ wie „Intelligence“ (das englische Wort für Geheimdienst) und „Q“ wie der geniale Erfinder bei James Bond. In-Q-Tel ist laut eigener Webseite eine Risikokapitalfirma des CIA, eigens gegründet, um Entwicklung von Technologien zu unterstützen, die für Geheimdienste interessant sein könnten.

Interessant für Geheimdienste ist Facebook mit Sicherheit. Denn was könnten sich Agenten Schöneres wünschen, als dass ihnen die Menschen all ihre persönlichen Details, jede Bewegung, private Nachrichten und all ihre persönlichen, beruflichen und politischen Kontakte selbst frei Haus auf einen zentralen Server in den USA liefern?

Doch es geht noch dichter. Der dritte große Facebook-Investor ist die Firma Greylock Partners. Greylocks Senior-Gesellschafter Howard Cox pflegt seit Jahrzehnten beste Kontakte zum Pentagon und – siehe da – ist im Aufsichtsrat von In-Q-Tel.“

Sven, Stefan und Tim müssen noch bis Oktober warten...

Am 3. Mai 2011 fand in Hannover der zweite Prozesstag gegen drei wegen schwerer Körperverletzung angeklagte Antifaschisten aus Hannover statt. Die Richterin verurteilte den Prozess auf den 27.10.2011. Weitere jetzt schon bekannte Termine sind der 3.11., 8.11. und 10.11.2011.

Für weitere Info's checkt:

<http://antifasoli.blogspot.de>

Persönlicher Kurzbericht zum 30.04.2011 in Bremen

Nachdem wir schon am Vorabend angereist waren, um lästige Vorkontrollen zu umgehen und um uns schon mal ein Bild von dem Gebiet der Auseinandersetzung zu machen, starteten wir ausgeruht und nach einem guten Frühstück zur Demo. Auf der Demo tummelten sich zahlreiche Menschen aus den verschiedensten Spektren und für uns war es nicht ganz einfach, uns dem für uns richtigen Block zuzuordnen. Gefühlt waren sehr viel mehr Bürger_innen und „normale Jugendliche“ in Bremen unterwegs, als Menschen aus dem Autonomen oder Linksradiakalen Spektrum. Als der hintere Block, in dessen Nähe wir uns aufhielten, mit dem geplanten Durchbruchversuch begann, gelang es uns, dank entschlossenem und schnellem Handeln an der schlecht besetzten, massiv Pfefferspray versprühenden, Polizeikette vorbei zu fließen. Darüber warum gerade an dieser Stelle eine so dünnbesetzte Bullenkette stand, kann keine klare Aussage getroffen werden.

Die Tatsache, dass sie innerhalb weniger Augenblicke zwei Wasserwerfer und einen Räumpanzer an der Stelle hatten und so auch den Großteil der Durchbrechenden aufhalten konnten, öffnet Raum für verschiedenste Spekulationen.

Wir befanden uns plötzlich mit knapp zehn Leuten hinter dem ersten Absperrgürtel der Bullen. Der Rest des Durchbruchversuchs konnte von den Bullen auf gehalten werden. Ab hier begann das übliche, stundenlange Rumgelatsche auf der Suche nach einer Lücke in der Polizeikette, um es doch noch, trotz martialisch auftretenden BFE-Einheiten, zwischen uns und den Nazis, auf die Route zu schaffen, um mit Mensch und Material diesen Aufmarsch zu verhindern.

Dass dies uns und den vielen Anderen nicht gelungen ist, lag unter anderem an den, in dem recht kleinen Gebiet gut aufgestellten 3000 Bullen und dem fehlenden Plan was zu tun sei wenn der Erste Absperrring der Bullen durchbrochen ist. Alle Versuche im überschaubaren Viertel rund um die Route Chaos zu stiften um die Gefahrenlage hoch zu schrauben oder durch die Ketten des BFE zu brechen, scheiterten an der massiven Polizeipräsenz und der Planlosigkeit vieler Aktionsgruppen im Stadtgebiet. Einem Nazi, der sich in die Parkanlage bei der Uni verirrt hatte, konnte sein Irrtum noch aufgezeigt werden, aber ansonsten ging nicht viel an diesem Tag. Alles in Allem sind wir, erschöpft und unzufrieden mit dem Verlauf des Tages, am späten Nachmittag wieder abgereist.

Skandalschulschiff „Gorch Fock“ zurück im Kieler Hafen

Der „Gorch Fock“ wurde von einigen Antimilitarist_innen ein unfreundlicher Empfang bereitet, als sie am 6.5.2011 in den Kieler Hafen einlief. Es gelang den Leuten vor Ort leider nicht die Begrüßungsfeierlichkeiten vor Ort effektiv zu behindern, aber sie waren in der Lage für Irritationen unter den Festbesucher_innen und Soldaten zu sorgen. Mit einem Transparent mit der Aufschrift „Marine torpedieren – Militarismus versenken“ begrüßten sie das Schiff. Ein Reporter_innen-Team von Mars-TV stellte den Besucher_innen und den Uniformierten unbequeme Fragen auf die diese meist keine Antwort geben konnten.



Direkte Aktionen im Rahmen der Flora-Demo am 30.04.2011

6000 Menschen aus unterschiedlichen Spektren hatten sich in Hamburg eingefunden und dementsprechend viel ist dann auch passiert. Wir wollen hier nur einige, aus unserer Perspektive herausstechende Ereignisse hervorheben. Am Rande der Demo für ein Recht auf Stadt und gegen die angedrohte Räumung der Roten Flora in Hamburg wurde ein PKW der Bundeswehr mit Hilfe eines Feuers abgerüstet. Darüber hinaus wurde ein LIDL-Supermarkt geplündert und die Baustelle des IKEA-Marktes in Hamburg-Altona angegriffen.

Bundeswehrkonzert in Oldenburg massiv gestört

In Gedenken an all jene, die von der nationalsozialistischen Herrschaft in Konzentrationslagern, auf der Straße, in den Kriegsgefangenenlagern oder von der Wehrmacht ermordet worden sind. Kein Vergeben, kein Vergessen! Antimilitarist_innen und Antifaschist_innen aus Oldenburg verhinderten am 8. Mai 2011 eine ungestörte Durchführung eines Konzerts der Bundeswehr. Das große Polizeiaufgebot von vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei, der Hundestaffel und Feldjägern konnte nicht verhindern, dass der vielfältige Widerstand diesen Tag für die Bundeswehr und die anwesenden Militarist_innen zum Desaster machte. Samba-musik, kämpferische Chormusik, Tröten, Gestank, Boote, Sabotageaktionen und Rufe machten das Konzert ungenießbar - viele der 200-300 anwesenden Militarist_innen gingen extrem genervt schon während des Konzerts. Zur gleichen Zeit gab es eine Gegenkundgebung am Pulverturm, die sich im Anschluss in eine ausgelassene Demo mit 150 Leuten verwandelte. Noch zu erwähnen wäre, dass in Oldenburg vor einigen Monaten ein Fresspaketlager der Bundeswehr niedergebrannt wurde, wobei 1,5 Millionen € Sachschaden entstanden sind. Erklärung der vor Ort gegen das Konzert Aktiven:
<http://www.antimil-ol.tk/>

Brandanschlag auf Bundeswehr - 7 Fahrzeuge abgeackelt

Rostock 3. Mai 2011
Sieben Fahrzeuge der Bundeswehr sind in der Nacht zum Dienstag in Rostock auf einem Abstellplatz der Sachverständigenorganisation Dekra in Brand gesetzt worden.
Entnommen von
<https://directactionde.ucrony.net/>

Changing Realities – Kongress für autonome Politik 2011

17. - 19. Juni 2011
im Autonomen Zentrum Köln
(Wiersbergstr. 44, Köln - Kalk)

Gesellschaftliche Zustände verändern sich, wir verändern uns, und wir wollen gesellschaftliche Zustände verändern: Seit dem Kongress für autonome Politik, der 2009 in Hamburg stattgefunden hat, hat das Bedürfnis nach gemeinsamer Verständigung und Vernetzung für viele von uns stetig zugenommen. Das liegt - aus Sicht der Vorbereitenden des diesjährigen Kongresses - zum einen an den sich rasant zuspitzenden und in zunehmenden Maße gewaltförmigen Verhältnissen in der Welt. Zum anderen merken wir, dass es eines Abgleichs unserer persönlichen Lebensverhältnisse und unserer häufig als unzureichend empfundenen politischen Denkmuster und Auseinandersetzungsformen mit eben diesen Verhältnissen bedarf. Zugleich werden - für viele von uns überraschend - immer wieder neue Ansätze von Widerspruch und Ablehnung spürbar, auf die wir häufig nicht angemessen zu reagieren in der Lage sind.

Deshalb laden wir Euch ein, am diesjährigen Kongress für autonome Politik in Köln teilzunehmen, um gemeinsam Fragen zu stellen und uns auf die Suche nach - vorläufigen - Antworten zu machen. Es soll darum gehen, neue und mutmachende Perspektiven zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, aber auch autonomer Politikansätze anzudenken und unsere Handlungsspielräume zu erweitern.

Wir schlagen vor, unsere Fragen anhand der folgenden Themenkomplexe zu entwickeln und zu diskutieren:

1. Momentane Zustände - Braucht autonome Politik Analyse?

Die aktuelle Umsetzung von Herrschaftspolitik ist ein umfassender sozialer Angriff, der die Gesellschaft und damit auch die Bedingungen, unter denen wir seit längerem politisch agieren und unser eigenes Leben organisieren müssen, bis in die kleinsten Ecken nachhaltig verändert. Der zunehmend aktionistisch-alarmistische Politikstil wirkt faktisch herrschaftsstabilisierend, da sein stärkstes und permanent wiederholtes Argument die Alternativlosigkeit der getroffenen Maßnahmen ist. Wo hegemoniale Diskurse von oben durchgesetzt werden, wird einer antidemokratischen, autoritären Entwicklung der Weg gebahnt. Diese Tendenz verengt sowohl praktisch als auch ideologisch die Spielräume

linksradikaler Eingriffe in die bestehende Ordnung. Eine Ordnung, die sich angesichts immer neuer behaupteter oder tatsächlicher Krisen und Bedrohungen so offen wie seit langem nicht, nach Kriterien von Freund und Feind formiert.

2. Die Zustände in Bewegung bringen

- Braucht autonome Politik Strategien? sind „die Autonomen“ heute nur eine Reproduktion von Bildern. Streben wir nach wie vor an, die Gesellschaft, auch uns selber zu verändern, oder haben wir uns arrangiert und verharren in unseren selbst geschaffenen, aber begrenzten Freiräumen? Wollen wir den Laden zum Erliegen bringen? Oder will mensch den geschäftsmäßigen Ablauf des Ladens nur (hinnehmbar) stören? Wie veränderungswillig sind wir? Müssen sich die Ansätze autonomer Politik verändern? Ist eine Veränderung der Politik der ersten Person notwendig, nicht insofern, dass nicht mehr die Politik der ersten Person sein sollte, sondern, dass sie sich auf die veränderten Bedingungen beziehen muss? Welche Perspektiven sehen wir? Welche Strategien können wir entwickeln?

3. Wir stehen dazu - Militanz

Wir wünschen uns die Wiedererlangung einer militanten Selbstverständlichkeit - im alltäglichen Widerstand und auch in unseren Diskussionen. Eine selbstbewusste Normalisierung und verbreiterte Einübung und Ausübung von emanzipativer Militanz - das Zurückerlangen einer militanten Haltung, die ebenfalls in der Lage ist sich selbstbewusst zu vermitteln und zu hinterfragen. Wir werfen einige Fragen auf zum Wechselspiel militanter und nicht-militanter Aktionsformen, zu Militanz und Militarismus und zur Verantwortlichkeit und Zielgenauigkeit militanter Aktivitäten.

4. Mehr als nur zusehen -

Die aktuellen Aufstände und die Frage der Solidarität

Praktische Interventionen zugunsten von Kämpfen außerhalb Europas gibt es derzeit kaum. Wollen wir unsere Zuschauerrolle verlassen, werden wir Kontakt aufnehmen müssen und können dabei Möglichkeiten praktischer Solidarität erkunden. Die Aufstände z.B. im Maghreb weisen insofern auch auf eine essenzielle Leerstelle unserer politischen Praxis hin. Insbesondere zum Krieg in Libyen gibt es eher verstörende Reaktionen vieler Linksradikaler. Auch wenn der Krieg noch nicht entschieden ist, die Militärintervention wird „pro-westliche“ Kräfte stärken, die Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Teilhabe, die zu Beginn der Aufstandsbewegung laut wurde, wird auf der Strecke bleiben. „Die Militarisierung des Bürgerkriegs

bedeutet das Scheitern des Aufstands“, schreibt das unsichtbare Komitee.

Als Handreichung - die wir keinesfalls als Setzung verstehen wollen - stellen wir einige Papiere und damit Thesen zur Verfügung, die aus den Diskussionen der Vorbereitenden entstanden sind, ohne dabei deren Konsens widerzuspiegeln. Diese sind in einem Reader zum Kongress zusammengefasst, den Ihr im Vorfeld des Kongresses in Infoläden, sozialen Zentren und ähnlichen Orten erhalten oder auf der Kongress-Seite online unter <http://autonomepolitik.blogspot.de/> einsehen könnt. Die vorgestellten Papiere sollen zur Vorbereitung unserer gemeinsamen Suche dienen und uns den Einstieg in die gemeinsame Diskussion erleichtern. Wir freuen uns auf Euch!

Zum Programm:

Freitag, 17.06.

Anreise und Vokü ab 18.00 Uhr

19.00 Uhr: Auftaktveranstaltung

Samstag, 18.06.

10.00 - 19.00 Uhr: (mit Pausen) Themenblöcke (I)

ab 20.00 Uhr: Raum für eigene Veranstaltungen/Projektvorstellungen

ab 22.00 Uhr: Party

Sonntag, 19.06.

10.00h - 15.00 Uhr: (mit Pausen) Themenblöcke (II)

Falls Ihr Übernachtungsmöglichkeiten braucht, könnt Ihr diese bei der Schlafplatzbörse autonome-perspektive@nadir.org unter dem Betreff „Schlafen“ anmelden.

Solltet Ihr eigene Beiträge zu den vorgestellten Themen haben, könnt Ihr diese bis zum 2. Juni unter dem Betreff „Beitrag“ an autonome-perspektive@nadir.org senden.

Und falls Ihr über die vorgeschlagenen Themen hinausgehende Vorschläge und Projekte habt, die Ihr auf dem Kongress vorstellen wollt, bitten wir Euch, uns schon im Vorfeld unter obiger Mailadresse zu kontaktieren, damit wir Zeit haben, diese mit dem Programm und den Räumlichkeiten zu koordinieren.

<http://autonomepolitik.blogspot.de/>



Region Hannover – Krieg beginnt hier

Hannover, die friedlichste Stadt der Welt? Mitnichten. Die bekannte 1. Panzerdivision hat hier ihren Sitz, die Stadt unterhält eine Partnerschaft mit ihr, organisiert ihr Sommerfest mit, der lokale Fußballclub unterstützt die Mördertruppe – und in Wunstorf, nicht weit von Hannover, entwickelt sich der Militärflughafen zu einem wichtigen Zentrum der deutschen Militärfliegerei.

Aus diesem Anlass folgt ein Überblick über die dortigen Planungen und Umbauten von Hubert Brieden vom AK Regionalgeschichte.

Fliegerhorst Wunstorf: Drehscheibe für internationale Kriege

Im November 2004 entschied das Bundesverteidigungsministerium, den Großraumtransporter Airbus A 400 M auf dem Flugplatz Wunstorf zu stationieren.¹ Begründung: Einerseits sei der Wunstorfer Horst wegen der zweiten Start- und Landebahn besonders sicher. Andererseits liege Wunstorf „strategisch günstig – zentral in der Bundesrepublik Deutschland“ – und könne „daher im Einsatzfall von allen Flugplätzen der Bundeswehr und der NATO erreicht werden“.

Die Hauptstart- und -landebahn wird zur Zeit von 1 877 m auf 2 499 m verlängert. Eigentlich sollte bereits ab 2010 auf dem Fliegerhorst Wunstorf als erstem Flugplatz der Bundeswehr das neue Großraumtransportflugzeug stationiert werden. Wegen technischer Schwierigkeiten bei der Produktion der Maschine wird sich die Stationierung voraussichtlich bis 2014 verzögern und der Preis für die Flugzeuge erheblich steigen.

Der neue Großtransporter, von dem Deutschland sechzig Stück bestellt hatte – die Hälfte davon sollte nach Wunstorf –, ermöglicht weltweit schnelle und umfangreiche Truppenverlegungen und den Transport von schwerem Material.² Für die kommenden Einsätze von Bundeswehr und NATO hat dieses Flugzeug strategische Bedeutung. Später sollte – so sahen es die ursprünglichen Planungen vor – auch der Fliegerhorst Hohn in Schleswig Holstein zum Stützpunkt für den A 400 M ausgebaut werden. Doch der Wunstorfer Flugplatz sollte von Anfang an eine besondere Rolle spielen. In den Bauplanungsunterlagen der Ober-

¹ Archiv Arbeitskreis Regionalgeschichte, Schreiben der Oberfinanzdirektion Hannover an die Wehrbereichsverwaltung Nord v. 19.4.2007, S. 1

² Archiv Arbeitskreis Regionalgeschichte, Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 12.12.2009



**LETS BRING THE WAR
HOME**

finanzdirektion Hannover ist zu lesen: „Darüber hinaus wurde entschieden, in Wunstorf ein neues Präzisionsanflugsystem zu installieren. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass das neue Transportflugzeug Airbus A 400 M durch seine Bordausrüstung die Möglichkeit bietet, auch bei widrigen Wetterlagen und schlechten Sichtbedingungen (zum Beispiel Nebel mit geringen Sichtweiten) zu landen. Damit die Luftwaffe die im Flugzeug vorhandene Technik für den internationalen Einsatzbetrieb nutzen kann, muss einer der beiden Flugplätze Wunstorf oder Hohn mit einem neuen Präzisionsleitsystem nach der Betriebsstufe CAT II/III ausgerüstet werden.“⁴ Da die räumlichen Bedingungen für die Installation dieses Systems in Wunstorf besonders günstig seien, werde dieser Flugplatz entsprechend ausgestattet. Außerdem sollen dort gegebenenfalls auch Kampfflugzeuge starten und landen können.⁵ Wegen der enormen Verteuerung der Riesentransporter kann die deutsche Luftwaffe nach dem derzeitigen Stand der Dinge statt mit sechzig aber nur noch mit etwa 40 Maschinen rechnen. Deshalb wird darüber nachgedacht, ob man den zweiten geplanten Flugplatz in Schleswig Holstein überhaupt noch braucht, und ob man nicht die gesamte Flotte auf dem ohnehin technisch besser ausgestatteten Wunstorfer Horst stationieren soll. Wie auch immer: Der Fliegerhorst Wunstorf wird zu einem zentralen Flugplatz für die internationalen Einsätze von Bundeswehr und Nato und die Region Hannover

⁴ Archiv Arbeitskreis Regionalgeschichte, Schreiben der Oberfinanzdirektion Hannover an die Wehrbereichsverwaltung Nord v. 19.4.2007, S. 13

⁵ ebd. S. 11

entwickelt sich zur Drehscheibe zukünftiger Kriege. Die Bauarbeiten laufen seit Monaten auf Hochtouren. Tag und Nacht rollen LKWs vor allem der Firma Papenburg durch das Gebiet der Stadt Neustadt, um die notwendigen Baumaterialien heranzuschaffen. Der Ostteil der neuen Start- und Landebahn im Bereich Neustadt-Poggenhagen ist weitgehend fertig gestellt, so dass der Ausbau auf der Westseite bei Klein-Heidorn in Angriff genommen werden konnte. Ab Mai 2011 werden die Abstellflächen der Flugzeuge komplett erneuert, die bislang nur für die etwa fünfzig Tonnen schweren Transall-Flugzeuge ausgelegt waren, was für die 138 Tonnen schweren A 400 M-Giganten bei weitem nicht mehr ausreicht.⁶ Selbstverständlich werden auch neue Abfertigungs- und Wartungsgebäude benötigt und ein neues Logistikzentrum war auch schon im Gespräch. Das alles ist natürlich nicht ganz billig, zumal die veranschlagten Kosten ständig nach oben korrigiert werden müssen: Ging man im April 2006 noch von rund 119 Millionen Euro Baukosten aus, sollen es nach dem derzeitigen Stand der Planungen bereits 315 Millionen Euro sein.⁷ Dass es dabei bleiben wird, ist kaum anzunehmen. Obwohl zunächst vor allem in Neustadt-Poggenhagen Bedenken gegen die Startbahnverlängerung und die Stationierung des A 400 M geäußert wurde – viele BürgerInnen befürchteten zusätzlichen Fluglärm und den Wertverfall ihrer Eigenheime – unterstützen Bürgermeister und die Mehrheit der Ortsräte aus Wunstorf und Neustadt das Aufrüstungsprojekt, weil sie sich Arbeitsplätze und Aufträge für die regionale Wirtschaft versprechen. Mit Aufrüstung und Krieg ließ sich rund um den Fliegerhorst Wunstorf immer schon reichlich Geld verdienen. Dieser Tradition möchten die örtlichen Politiker offensichtlich treu bleiben. Gleichzeitig pflegt man auf diesem High-Tech-Militärflugplatz nicht zuletzt in der Ju-52-Halle immer noch ein Geschichtsbild, in dem die Verbrechen der Luftwaffe weitgehend ausgeblendet bleiben und die NS-Diktatur auf diese Weise verharmlost wird.⁸

Hubert Brieden

Infos: www.ak-regionalgeschichte.de

⁶ Archiv Arbeitskreis Regionalgeschichte, Neustädter Zeitung v. 9.4.2011, Leine-Zeitung 7.4.2011

⁷ Archiv Arbeitskreis Regionalgeschichte, Stadt Neustadt a. Rbge. Informationsdrucksache Nr. 087/06, „Umrüstung des Militärflugplatzes Wunstorf auf das Waffensystem Airbus 400 M, Informationen zum Anhörungsverfahren, S. 7. Neustädter Zeitung v. 9.4.2011

⁸ vgl.: Brieden, Hubert / Rademacher, Tim: Luftwaffe, Judenvernichtung, totaler Krieg – Guernica, Łomża, Warschau, Coventry ... – deutsche Geschichtspolitik, Traditionspflege in der Garnisonsstadt Wunstorf, „Vergessene“ Geschichte in Hannover-Langenhagen, Neustadt 2010; siehe Kasten Buchempfehlung

Buchempfehlung: Luftwaffe, Judenvernichtung, totaler Krieg

Guernica, Łomża, Warschau, Coventry ...

Deutsche Geschichtspolitik, Traditionspflege in der Garnisonsstadt Wunstorf, „Vergessene“ Geschichte in Hannover-Langenhagen

„Bombenlöcher auf Straßen noch zu sehen, einfach toll.“ schrieb Wolfram Freiherr von Richthofen am 30. April 1937 in sein Tagebuch. Zuvor hatte er die Bombenschäden in der baskischen Kleinstadt Guernica begutachtet. Für die verantwortlichen Offiziere der Legion Condor war der Angriff, der vier Tage zuvor stattgefunden hatte, ein voller Erfolg. Die internationale Öffentlichkeit dagegen war schockiert angesichts der Rücksichtslosigkeit, mit der die Zivilbevölkerung von deutschen Luftstreitkräften attackiert worden war. Diese hielten sich illegal in Spanien auf, um einen Militärputsch unter Führung des Generals Franco zu unterstützen. Erschüttert von den verheerenden Auswirkungen des Bombardements, schuf Pablo Picasso sein wohl bekanntestes Gemälde und nannte es einfach „Guernica“. Dadurch wurde der Name der baskischen Stadt zum Symbol für faschistischen Terror und die Brutalität des Luftkrieges. Ein Teil der verantwortlichen Bomberbesatzungen war auf den Fliegerhorst Wunstorf, Hannover-Langenhagen und Delmenhorst im Kampfgeschwader Boelcke ausgebildet worden.

Bombenflugzeuge dieses Traditionsgeschwaders starteten am 1. September 1939 zum Kampfeinsatz gegen Polen. Neben militärischen Zielen wurden auch Wohnviertel angegriffen. Besonders intensiv wurden jüdische Stadtviertel bombardiert.

Teile des Boelcke-Geschwaders bombardierten z.B. die Kleinstadt Łomża, welche von NS-Bevölkerungswissenschaftlern zuvor als „Judenstadt“ bezeichnet worden war. Andere Luftwaffeneinheiten attackierten das jüdische Viertel in Warschau vor allem mit Brandbomben, so dass ganze Straßenzüge in Flammen standen. Bald darauf wurde das gesamte Zentrum der polnischen Hauptstadt flächendeckend bombardiert – Angriffe, bei denen Ju 52-Flugzeuge ebenso wie bereits in Guernica eine verhängnisvolle Rolle spielten. Auch im Krieg gegen Frankreich und England wurden Wohnviertel angegriffen und zerstört. Weltweites Aufsehen erregte die Vernichtung der britischen Stadt Coventry, an der wieder das Boelcke-Geschwader beteiligt war.

In der Geschichtsschreibung der Garnisonsstadt Wunstorf (Region Hannover), aber auch in Hannover-Langenhagen werden diese Einsätze bis heute verschwiegen. Auf dem Fliegerhorst Wunstorf, der zu einem der wichtigsten Flugplätze der Bundeswehr für internationale Militäreinsätze ausgebaut wird, pflegt man militärische Traditionen und das Andenken an die legendäre Ju 52. Verschwiegen wird dabei, dass diesem Flugzeug bei den Bombardements von Guernica und Warschau zahllose Menschen zum Opfer fielen. Es geht im Buch nicht nur um die Rekonstruktion dieser Verbrechen, sondern auch um die lange Geschichte ihrer Vertuschung und um deutsche Geschichtspolitik. Brieden und Rademacher, 339 Seiten, 16,50 €, ISBN: 978-3-930726-15-8

„Geheime Infos aus dem BKA“ – „Ach was!“

Enthüllungsjournalismus im „Autonomen Blättchen“? Nun ja, noch ist es nicht wirklich so weit. Aber eines schönen Tages wurde uns eine CD zugespielt, dessen Inhalt die Kennzeichnung „Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch“ trägt. So etwas lässt man nicht in der Schublade vergammeln, oder?

Was da unter Verschluss bleiben sollte, wurde von Wikileaks ins Netz gespült – und verschwand dort alsbald wieder. Keine der bürgerlichen Medien hatte, nach unserem Kenntnisstand, die vorliegende interne Studie des Bundeskriminalamtes ins Licht der Öffentlichkeit gezerzt. Wirklich Spektakuläres enthält dieses 163 Seiten lange Geschöpf namens AGNES nicht. Aber einige Hinweise, die uns nützlich sein können, konnten wir ihm entlocken. AGNES heißt „Auswirkungen gesetzlicher Neuregelungen auf die Ermittlungspraxis der Strafverfolgungsbehörden“. Es handelt sich um den Abschlussbericht einer Studie des BKA. AGNES ist im Rahmen von RETASAST entstanden. Das ist das Aufgabenfeld der Sammlung und Auswertung von Rechtstatistiken im Fachbereich KI 15 des BKA. Stand des Abschlussberichtes ist April 2008. Also ist auch die Betrachtung rechtlicher Handhabungen auf dem Stand von 2008. Wir wissen nicht (und haben es auch nicht überprüft), was sich juristisch seitdem verändert hat!!!! Das bliebe Aufgabe von Leuten die juristisch bewandeter sind, als wir.

Aber worum geht es in AGNES?

Die Untersuchung beschäftigt sich mit der Umsetzung neuer Gesetzgebung auf die polizeiliche Ermittlungsarbeit. Es geht um das Aufzeigen der Schwierigkeiten und die Erarbeitung von praktischen Tipps und sich ergebender politischer Forderungen zur Erleichterung der Polizeiarbeit.

Grundlage des Berichts ist eine Datenerhebung bei den Polizeien der Länder und des Bundes (Bundespolizei, BKA und ZKA (Zollkriminalamt)). Diese wurden dann von sog. Experten diskutiert und ausgewertet.

Konkret geht es um akustische Wohnraumüberwachung, „Bildung terroristischer Vereinigungen“ und die Ermittlungspraxis im Zusammenhang mit der Nutzung moderner Kommunikationsmittel. Alle Zitate sind aus dem AGNES Abschlussbericht.

Wohnraumüberwachung

Das BKA hat nach einer Anfrage 16 Antwortbögen zum Thema Wohnraumüberwachung bekommen. Damit wurden alle Verfahren erfasst, in denen eine akustische Wohnraumüberwachung von 2004 bis August 2007 stattgefunden hat. Es ist nicht benannt, um was für Verfahren es sich genau handelt. Explizit politische Hintergründe werden nicht erwähnt.

Das Problem, mit dem sich das BKA in Bezug auf das Abhören von Wohnungen beschäftigt, ist der Umgang mit einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes von 2005. Darin wird definiert, dass der „Kernbereich privater Lebensgestaltung“ besonders geschützt ist – und deswegen auch nicht einfach

so abgehört werden darf. Zumindest nicht willentlich. Aber das ist eine etwas knifflige Sache. Wann ist genau ein privater Kernbereich betroffen? Wann schert das die Bullen und wann nicht?

Das praktische Problem der Bullen ist, dass sie zum Abhören einen richterlichen Beschluss brauchen. Um diesen zu erlangen, müssen sie eine sogenannte negative Kernbereichsprognose vorlegen. Das heißt, sie müssen vor dem Ab-

hören erklären, warum nichts wirklich Privates abgehört werden kann, wenn eine Wohnung überwacht wird. Nicht nur die werte LeserIn fragt sich, wie das denn gehen soll.

Auch die Bullen haben so ihre Schwierigkeiten.

Unter den geschützten „Kernbereich privater Lebensgestaltung“ fallen „innere Vorgänge wie Empfindungen und Gefühle sowie Überlegungen, Ansichten und Erlebnisse höchstpersönlicher Art.“ Auch „Äußerungen des unbewussten Erlebens sowie Ausdrucksformen der Sexualität“ sind davon erfasst.

Selbstgespräche fallen selbst dann darunter, wenn sie tatrelevantes Wissen preisgeben. Gebete nur, wenn sie keine Selbstgespräche sind. Tja, mit wem Betende reden bleibt ja ohnehin ein ungelöstes Rätsel.

Man darf aber jetzt nicht denken, dass es ausreichte, nur recht heftig akustisch Sex zu simulieren und dabei schnell die heimlichen Infos dazwischen zu streuen. Auf den Trick sind die Bullen auch schon gekommen. Um das auszuschließen, müssen sie halt doch alle paar Sekunden rein hören beim Sex. Das machen sie auch.



Gespräche zwischen engen Verwandten und Freundinnen gelten auch als schutzwürdig. Aber das gilt nicht, wenn über Straftaten gesprochen wird. Wie bekommt man das heraus? Indem man trotzdem mithört! Nur darf halt nicht alles aufgezeichnet werden. Aber dazu später mehr.

Zunächst muss klargestellt werden, dass das Abhören von Wohnungen keine polizeiliche Alltagspraxis ist. Darauf verweist schon die geringe Anzahl der Abhörungen. Abgehört wird meistens erst, wenn alle anderen Ermittlungsansätze nicht zum Ziel führen. Aber zum Einen ist die akustische Überwachung im Zweifelsfall der entscheidende Ermittlungsansatz zum Ertappen von kriminellen oder politischen Aktivisten innen und zum Anderen gibt es ja noch die zahlreichen Geheimdienste, über deren Praxis die BKA-Studie keine Auskunft gibt. Deswegen gilt es, auch weiterhin wachsam zu sein und keine brisanten Sachen in bekannten Wohnungen, Häuschen und Zentren zu besprechen.

Die Richter, die über eine Abhörmaßnahme entscheiden, neigen scheinbar nicht sonderlich zu übergroßer Neutralität. Das ist nicht verwunderlich. Schon eher, dass in drei Jahren nur ein Antrag auf Wohnraumüberwachung von diesen abgelehnt wurde. Alle anderen Anträge der Bullen wurden genehmigt. In welchen Räumlichkeiten kann der private Kernbereich vom Lauschangriff betroffen sein, selbst wenn er grundsätzlich als schutzwürdig gilt? Natürlich in Privatwohnungen. Dazu zählen Wohnräume, auch Zweitwohnungen, Untermietwohnungen, Wochenendhäuser, Miethäuser, Altersheime, Studentenwohnheime, einschließlich der Nebenräume, aber auch Hausboote, Zelte oder Krankenzimmer. Keller, Hof und Garten fallen auch darunter, wenn sie in direktem Zusammenhang zum Wohnraum stehen.

Arbeits- Betriebs- und Geschäftsräume sind dann eventuell „schutzwürdig“, wenn sie gerade nicht öffentlich zugänglich sind. Das gilt auch für Kirchen, Höfe, Schlafwagenabteile, Hotelzimmer, Vereinsheime und ähnliches. Besucherräume in Untersuchungsgefängnissen, Haftzellen, Unterkünfte für Soldaten und Polizeibeamtinnen, sowie PKWs fallen nicht darunter, können also immer abgehört werden.

Von 15 Überwachungen fanden 11 in Privatwohnungen statt. Trotz des Rechtes auf Wohnraumschutz! Meistens waren die Mieterinnen oder Besitzerinnen von Wohnungen betroffen.

Aus AGNES ergibt sich, dass das Abhören von Wohnungen nichts ist, was mal eben auf die Schnelle durchgeführt wird. Die Vorbereitungszeit betrug in der Regel zwischen sieben Tagen und

vier Wochen. Die Experten sagen, dass ein oder zwei Tage nicht ausreichen dürften. Denn bevor abgehört werden kann, muss einiges getan werden, damit der Versuch nicht scheitert. So muss nicht nur eine negative Kernbereichsprognose erstellt werden, sondern auch technische Schwierigkeiten und Entdeckungsrisiken müssen überwunden werden. Deswegen wird die frühzeitige Einbindung operativer Einheiten (z.B. MEK) empfohlen.

Zur Vorbereitung des Abhörens muss das jeweilige Objekt betreten werden, um die Technik einzubauen. Das hat sich des Öfteren als problematisch erwiesen. Schließlich will die Polizei unentdeckt bleiben. Auch gut gesicherte Türen erschweren das unauffällige Betreten von Räumen.

Das größere Problem stellt die Kernbereichsprognose dar. Denn um diese zu erstellen, müssen die Bullen schon vor dem Abhören einiges an Überwachung auffahren. So wird das Objekt vorher beobachtet und auch betreten, um die Nutzung der Räume zu erfahren. Die Eingänge werden videoüberwacht, um herauszubekommen, wer das Gebäude betritt. Es darf nur abgehört werden, wenn „bestimmte Personen“ im Objekt anwesend sind. Schwierigkeiten machen den Bütteln dunkle Hauseingänge! Aber es ist auch nicht immer einfach, unauffällig Kameras zu installieren. Wir können jedoch davon ausgehen, dass der technische Fortschritt der letzten Jahre das Problem behoben hat, so klein, wie die Dinger mittlerweile sind.

Um mit zu bekommen, wann in den Gesprächen Kernbereichsrelevantes besprochen wird, haben die Bullen meistens live mitgehört. Das ist sehr aufwendig, weil nicht nur im Schichtbetrieb mitgehört werden muss, sondern das Gehörte durch einen Sachbearbeiter, der auf dem aktuellen Stand zu sein hat, auch bewertet werden muss. Zudem muss im Zweifelsfall ein Richter entscheiden, wann nicht mehr mitgehört werden darf. Das Live-Mithören ist anstrengend, weil die Sprachverständlichkeit oft schlecht ist, Hintergrundgeräusche und andere Sprachen nerven, die Sprechenden schwer identifiziert werden können, das Konzentrationsvermögen der Beamten sehr strapaziert wird, technische Störungen hin und wieder auftreten und Übersetzungen Zeit kosten.

Der Personalaufwand ist sehr hoch. Beim Abhören werden 12 Personen gebraucht. Vier pro Schicht. „In der Regel sind pro Schicht ein Techniker ein Ermittlungsführer und zwei Sachbearbeiter erforderlich.“ Eventuell muss ein Dolmetscher übersetzen.

Da es schwer zu handhaben sei, das Abhören gegebenenfalls zu unterbrechen,

wenn Schutzwürdiges besprochen wird, was Praxis ist, empfiehlt das BKA, entweder einen Richter beim Abhören dabei zu haben oder diesem ein zusätzliches Band (sog. Richterband) aufzunehmen. Er kann dann später sagen, was nicht verwertet werden darf. Pech nur, dass trotzdem die ganze Zeit alles Gesagte mitgehört und aufgezeichnet wird. Damit wird der Schutz der Privatsphäre endgültig ausgehebelt. Das Abgehörte kann auch insgesamt aufgezeichnet und später per Personal oder maschinell ausgewertet werden. Eine Stunde Aufnahme erfordert aber zwischen zwei und zehn Stunden Auswertung. Nun, das ist allerdings ein Grund zum Jammern.

Am liebsten würde das BKA Kameras in den Wohnungen aufhängen. Das würde die Identifikation der Sprechenden erleichtern. Bisher ist dieses Vorgehen, zum großen Bedauern der Kripo verboten. Auch das Filmen von Hausfluren ist verboten. Großes Gejammer darüber! Das würde so Vieles einfacher machen! Ein anderes Problem ist, dass nicht alle Unbeteiligten immer mitspielen. Das sind zum Beispiel Nachbar_innen, Wohnungsbesitzer_innen und Telekommunikationsdienstleister (über die Telefonleitung können Wohnungen auch abgehört werden). Kein Dritter kann nach dem Stand der Studie zum Mitmachen gezwungen werden. Diesen sollten also nicht allzu viele Infos gegeben werden. Sonst rennt Frau Müller noch rüber zu Herrn Meyer und petzt, dass die Kripo im Hause ist. Hier sieht das BKA dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Das Abhören ist zeitlich begrenzt und dauerte im Durchschnitt bis zu vier Wochen. In einzelnen Fällen aber auch über ein dreiviertel Jahr. Zwar sollen standardmäßig die Betroffenen einer Abhörung hinterher über diese informiert werden, in Wirklichkeit haben die Bullen aber viele Möglichkeiten das zu umgehen. Zugenommen hat die akustische Überwachung außerhalb von Gebäuden (!!!) und die Überwachung von Fahrzeugen, weil die technischen Mittel sich rasant weiterentwickelt haben.

Ihr könnt, soviel wird deutlich, davon ausgehen, dass jede „Wohnraumüberwachung“ nur die Spitze der Maßnahmen ist, die Bullen ergreifen. Im Vor- und Umfeld einer Abhörung sind mit Sicherheit schon Observationen gelaufen, Telefone abgehört, Autos mit Peilsendern versehen, vielleicht Verdeckte Ermittler_innen und Informant_innen auf euch angesetzt und Fotos gemacht worden. „Nach Einschätzung der betroffenen Dienststellen ist die Wohnraumüberwachung im linksextremistischen Bereich regelmäßig der einzige Erfolg ver-

sprechende Ermittlungsansatz, da die üblichen verdeckten Ermittlungsmaßnahmen TKÜ [Telekommunikationsüberwachung] und Observation nur Bewegungsbilder bzw. Informationen zu Kontaktpersonen liefern, nicht jedoch Hinweise, die zur Überführung von Tatverdächtigen geeignet sind.“ Das BKA fordert entgegen des Trends eine Ausweitung der Wohnraumüberwachung. Zwar würde diese wegen des hohen Aufwandes nie zu einer Standardmaßnahme, aber dennoch sei der Erkenntnisgewinn hoch. Abschließend wird der Gesetzgeber aufgefordert, das Richterband einzuführen, einen zweistufigen Kernbereichsschutz für fremdsprachige Gespräche und eine Videoüberwachung im Nahbereich von Wohnungen (Hausflur) zuzulassen, das Gebot des unverzüglichen Löschs von Informationen zu relativieren und eine Mitwirkungspflicht Dritter zu ermöglichen.



Bildung terroristischer Vereinigung

Der zweite Themenkomplex von AGNES umfasst den Umgang mit dem § 129a, in dem es um die Gründung einer „terroristischen Vereinigung“ geht. Im Jahr 2003 wurde der Paragraph überarbeitet. Seitdem müssen die Taten der Vereinigung „objektiv geeignet sein, einen Staat oder eine internationale Organisation ernsthaft zu schädigen“ und es bedarf der subjektive Absicht, das zu tun; also „eine bestimmte politisch motivierte Zielsetzung“.

Es wurden 25 Fragebögen zu ebenso vielen Ermittlungsverfahren ausgewertet. Die Bullen haben nie Probleme gehabt, einen Anfangsverdacht zu begründen. Das ist deswegen wichtig, weil dieser einen erheblichen Eingriff in die Privatsphäre der Betroffenen nach sich zieht. Es darf abgehört und überwacht werden, was das Zeug hält. Der 129a ist deswegen auch ein brisantes Mittel bei der Verfolgung politischer Gegner_innen.

Das BKA unterteilt bei der Beurteilung nach politisch rechts motivierten, links motivierten und islamistisch motivierten Vereinigungen. Und wen wundert's? 21 von 25 Fälle waren „politisch links motiviert“. In die Auswertung ist nur ein Fall eingegangen, in dem Rechte der Repression unterworfen waren. Uns interessiert die Auswertung der Bullen natürlich in Hinsicht auf die Repression gegen Linke. Die linken „Vereinigungen“ wurden den Bullen jeweils durch Bekennungsschreiben nach Aktionen bekannt. Nicht jedoch deren Mitglieder.

Komisch, die hatten gar nicht mit ihrem vollen Namen unterschrieben. Die Rechten hatten erst gar nichts geschrieben.

„Der Tatbeitrag der Tatverdächtigen bei politisch links motivierten Vereinigungen bestand in der Gründung bzw. Organisation einer terroristischen Vereinigung sowie in der Teilnahme an Brandanschlägen.“

In jedem der Fälle begann die Ermittlung nach § 129a gegen Unbekannt. So konnte von vornherein aus dem Vollen geschöpft werden.

Die Bullen konnten über die Anzahl der Mitglieder nur spekulieren. Sie gingen aber von bis zu sechs Leuten aus.

Die Vereinigungen sollen angeblich alle mindestens anderthalb Jahre existiert haben. Weswegen das Kriterium der hinreichenden Dauer den Behörden erfüllt schien. Denn eine „terroristische Vereinigung“ muss auf Dauer angelegt sein. Aber da die Taten dazu geeignet sein müssen, erheblichen Schaden anzurichten, bekamen die Schnüffler_innen ein Problem, obwohl allein die Beabsichtigung des Schadens ausreichend für massive Verfolgung ist. „Folglich genügt die realistische Möglichkeit, dass der Schaden nach den Umständen der Tatbegehung eintreten kann.“

Bei zwei Dritteln der Ermittlungen gegen Linke wurde das durch die Vielzahl und Art der Ausführung der Anschläge, sowie den Inhalt der Schreiben „belegt“.

Als zentraler Ermittlungsansatz diente immer das Bekenntungsschreiben. In drei Fällen wurde zum Umsturz der Verhältnisse aufgerufen, was selbstverständlich verboten ist und zum 129a-Verfahren führte. Auch wer die Zerstörung großer Anlagen international tätiger Unternehmen propagiere, sei geeignet „den Staat Deutschland zu schädigen“. Einer der betrachteten Fälle ist das mg-Verfahren. Dort wurde im Laufenden Verfahren durch eine Haftbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass einfache Brandanschläge auf

Gebäude und Fahrzeuge nicht für die Fortsetzung des Verfahrens nach 129a ausreichend sind. Das heißt jedoch nicht, dass Gewalt gegen Sachen grundsätzlich nicht in der Lage ist, zum Verfahren nach 129a zu führen. Es kommt auf die Wirkung des Anschlages an. In einem anderen Fall wurde vom BGH entschieden, dass auch nicht die Gesamtsumme des durch eine Reihe von Anschlägen verursachten Schadens ausschlaggebend für eine bis zum Schluss durchzuziehende Verfolgung nach 129a ist. 2,6 Millionen Euro Sachschaden seien keine erhebliche Schädigung des Staates. „Die Straftaten, zwölf Brandanschläge auf Kraftfahrzeuge mehrerer Wirtschaftsunternehmen und deren Repräsentanten sowie eines Staatssekretärs und Sachbeschädigungen an Gebäuden (...) seien solche der mittleren Kriminalität.“

Das BKA schließt daraus, dass der Verlust einzelner Autos noch keine Gefährdung des Staates darstellt.

Schade.

Um aber ein 129a zum Abschluss, also zur Verurteilung zu bringen, muss immer wieder das Vorliegen der rechtlichen Kriterien nachgewiesen werden. Dabei müssen die Anhaltspunkte für die Gefährdung des Staates immer konkreter werden. Das allerdings bereitet den Bullen Probleme. So bleibt der §129a in erster Linie ein fieser Ermittlungsparagraph. Denn es reicht bereits, den „Umsturz des aktuellen politischen Systems“ herbeiführen zu wollen, um ein Verfahren zu bekommen – also z.B. (tatsächlich) wenn man den Kommunismus anstrebt.

Achtung: Schon der eigentlich straflose Versuch oder die straflose Vorbereitung reichen bei entsprechendem Zielvorhaben für ein Verfahren nach 129a aus.

Das BKA sieht insgesamt wenig Probleme bei der Nutzung des §129a als Ermittlungsparagraph und schlägt lediglich geschickte Formulierungen vor, mit denen die Bullen ihre Interessen gegenüber Richter_innen leichter durchsetzen können.

Das moderne Kommunikationsmittel

Was mag das wohl sein? Modern... modern... Ach, der Computer natürlich. Zeitlos modern seit 20 Jahren. Darum geht's. Und um die „Problematik des Schritthalten der Polizei mit dem „Gegenüber““. Das größte Problem für die Bullen sind verschlüsselt gespeicherte Kommunikation und die Sicherung dieser Daten nach der Entschlüsselung. Dazu gehören auch das verdeckte kommunizieren über Entwurfsordner von E-Mail-Konten, verschlüsselte Festplatten und das ausspionieren von Passwörtern.



Gerne hätte das BKA das Recht auf umfassende Online-Durchsuchungen. Denn ihnen bereitet das Finden von USB-Sticks bei Durchsuchungen Schwierigkeiten. Wenn die Daten nur dort gespeichert würden, nutze auch die Beschlagnahme von Computern wenig. Besser sei aber durch verdeckte Ermittlungen herauszubekommen, wie die verdächtige Person ihren Computer nutzt – dann verliefen Durchsuchungen erfolgreicher.

„Sinnvoll ist dieses Ermittlungsinstrument [Online-Durchsuchung] aber in allen Bereichen des Terrorismus/Extremismus, in denen durch die Tatverdächtigen Textdateien, z.B. in Form von Selbstbeichtigungsschreiben verfasst werden. Der linksextremistische Bereich ist extrem konspirativ. Hier agieren zum Teil äußerst intelligente Tatverdächtige, die genaue Kenntnis von den Grenzen und Möglichkeiten polizeilichen Handelns bei TKÜ-Maßnahmen, klassischen Beschlagnahmen und E-Mail-Überwachung haben, so dass solche Maßnahmen hier nicht weiterhelfen.“ Hoffentlich!

Da Online-Durchsuchungen zur Zeit nicht legal sind, dürfen die Bullen sie nicht im klassischen Sinne nutzen. Darüber jammern sie ausführlich. Es sei aber daran erinnert, dass das Vorgehen von Geheimdiensten geheim ist. Man sollte davon ausgehen, dass diese die Online-Durchsuchung ausgiebig nutzen.

Die Polizeien versuchen im wesentlichen, an die Rechner ihrer Opfer zu gelangen, um dort Spionagesoftware aufzuspielen. Das kann per Einbruch zu Hause sein, oder wenn du deinen Rechner zur Reparatur gibst.

Kernbereich des Interesses ist die sogenannte Quellen-TKÜ. Das bedeutet, dass versucht wird, an die Dateien zu kommen, bevor sie verschlüsselt oder nachdem sie entschlüsselt werden. Das gilt vor allem für verschlüsselte Telefonate (z.B. Skype), pgp-verschlüsselte E-Mails und Chats. Die Datenübertragung selbst ist hier verschlüsselt. Du selbst sprichst und schreibst aber Klartext. Wenn die pics also vor der Verschlüsselung an die Daten kommen, nützt aller Aufwand nichts.

Die Quellen-TKÜ ist nicht verboten, weil keine im Kommunikationsvorgang befindlichen Daten erfasst werden. In Niedersachsen ist sie sogar präventiv möglich.

Falls die Telefonate nicht verschlüsselt übertragen werden, wird bei den Anbietern „ausgeleitet“. Im anderen Fall bekommen die Bullen zunächst nur E-Mail- und IP-Adresse, gebührenpflichtige Nutzungen des vorausgegangenen Jahres und „Anschlussinhaberdaten“ heraus. In verschlüsselte Chats kommen die

Bullen durch Überwachung des Servers oder eine Anmeldung im Chat. Nun muss man dafür ein Passwort haben. Mit der Quellen-TKÜ kriegen sie das anscheinend hin. Beim Chatten haben die Bösewichter oft leichte Schwierigkeiten, sich millieugerecht zu verhalten. Sobald genug Infos gesammelt wurden, „erfolgen üblicherweise eine Durchsuchung, eine Sicherstellung von E-Mails sowie die Sicherstellung von PC und deren Auswertung.“

Es gebe relativ wenig Erkenntnisse aus Chatteilnahmen, weil die gleichen Infos auch aus der DSL-Überwachung zu bekommen seien.

Alle Internetplattformen auf denen nicht verschlüsselt kommuniziert wird, sind ohne Probleme überwachbar.

Um Zugriff auf zwischengespeicherte Daten zu bekommen, (E-Mails bei denen ein Zugriff weder beim Empfänger noch beim Absender erfolgt, Speichermöglichkeiten im Internet (Webpace oder Nethostung, oder Daten im Entwurfs-Ordner eines E-Mail-Postfaches, für das mehrere Personen zugangsberechtigt sind), wird die Mitwirkung von Providern erwartet. Dass es da ein paar renitente Verweigerer gibt, ärgert das BKA. Bis zum April 2008 (Stand der Studie) war noch unklar, inwieweit offen auf E-Mail-Konten zugegriffen werden darf. Das BKA argumentiert explizit, dass ein solches Vorgehen legal sei. Dass es Praxis ist, kann man demnach beunruhigt annehmen.

Nochmal zusammengefasst: Das BKA fordert dringend die Normierung der „repressiven Online-Durchsuchung“. Das gelte insbesondere angesichts der zunehmenden Verschlüsselung von Daten. In diesem Rahmen wird auch ein umfassendes Recht gefordert, zum Installieren von Software Wohnräume betreten zu dürfen.

Die Quellen-TKÜ bleibt das Mittel der Wahl. Es wird nicht daran gezweifelt, dass das Auslesen von zwischengespeicherten Daten rechtlich zulässig ist. Soweit dazu.



Augen auf!

Informiert euch im Infoladen eures Vertrauens über die aktuellen Überwachungstechniken der Bullen. Dort gibt es sicher entsprechende Lektüre. Und dran denken: Niemals mit Rechnern ins Internet, auf denen Brisantes gespeichert ist oder war. Im Netz ist nichts sicher, überlegt sorgfältig, was ihr wo besprecht und: auch Bullen machen Fehler. Was allerdings das Vorgehen der Geheimdienste angeht, fehlen uns leider noch ein paar Enthüllungen und „vertrauliche“ Papiere. Niemand sollte sich also in falscher Sicherheit wiegen, nicht wahr?

Nachtisch:

Seit 2009 nutzt das BKA neue Befugnisse zur „Gefahrenabwehr“. Welche das sind, können wir gerade nicht sagen. Aber in Bezug auf die aktuelle Festnahme von islamistischen Aktivisten brüstet es sich, diese hätten zum „Fahndungserfolg“ beigetragen. Öffentlich ist geworden, dass neben den Hinweisen eines Informanten (der von der CIA (unter Folter?) verhört wurde) insbesondere der massive Einsatz von Wanzen und eine umfassende halbjährliche Observation zur Verhaftung geführt haben. Auch die Computer seien „verwanzt“ worden. Damit ist wohl die Quellen-TKÜ gemeint. Aufgefallen soll der Versuch sein, Chemikalien zu kaufen. Das wird mittlerweile standardmäßig überwacht.

Dass eine so lange Observation nicht aufgefallen ist, zeigt, zu was die Bullen fähig sind. Schließlich handelt es sich bei einem der Festgenommenen um ein auch in konspirativem Verhalten geschultes Al-Qaida-Mitglied (wenn man dem BKA glauben mag).

**Seid aktiv und vorsichtig,
euer Sherlock Holmes Kollektiv**



Der Krieg den alle lieben

Wenn man in diesen Tagen Tagesschau guckt, Zeitungen oder indymedia liest, kann man sich schon wundern. Da fangen einige westliche Staaten an, ein Land an der Grenze Europas zu bombardieren und (fast) alle scheinen es super zu finden. Da übernimmt die NATO den Oberbefehl und das einzige Problem scheint zu sein, dass Deutschland nicht auch noch diesen Krieg führt. Ein Krieg den alle lieben?

Aufstand, Revolution, Bürgerkrieg, NATO-Krieg?!

Wir wollen hier gar keinen Hehl daraus machen, dass auch wir relativ wenig über die Geschichte und die aktuelle Situation Libyens wissen. Es mussten erst Aufstände und Revolutionen in vielen arabischen Staaten losbrechen, in Libyen ein Bürgerkrieg wüten und eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der NATO das Land bombardieren damit wir uns mit der Lage in den arabischen Ländern beschäftigen – bzw. vor allem mit der ratlosen Positionierung der radikalen Linken dazu. Es wäre schon schlimm genug, wenn sie nicht in der Lage wäre, Antworten auf drängende Fragen zu geben. Sie stellt aber noch nicht einmal die notwendigen Fragen.

Umso mehr verwundert die Bereitschaft einiger, die eigene Positionslosigkeit durch ein unkritisches Übernehmen der, von der „Koalition der Willigen“ und nahezu allen bürgerlichen Medien betriebenen, Kriegstreiberei zu überdecken.

Wir fühlen uns den Aufständischen in den arabischen Ländern verbunden aber auch unserer radikalen Kritik an der, seit dem Kolonialismus anhaltenden und immer schon kriegerisch verteidigten, Dominanz Europas und der USA, verpflichtet.

In Libyen stellt sich die Situation anders dar, als in Tunesien oder Ägypten. Kein geordneter Wandel unter einer dem früheren Herrschaftssystem verbundenen Übergangsregierung oder der Armee. Stattdessen ein Bürgerkrieg, den die Rebellen mit Unterstützung der NATO wohl früher oder später gewinnen werden.

Libyen – Was war eigentlich vor dem 17. Februar 2011?

Bereits 1911 besetzte Italien weite Teile Libyens. Allerdings gab es noch Jahrzehnte lang erbitterten Widerstand gegen die Kolonialisierung. Die Faschisten unter Mussolini erklärten es zu ihrer historischen Aufgabe, die italienische Niederlage gegen die äthiopische Armee von 1896 wieder gutzumachen und (Nord-)Afrika unter italienische, weiße Kontrolle zu bringen.

Deshalb wurde Libyen bis zur Niederlage der Italiener im 2. Weltkrieg mit einem blutigen Kolonialkrieg überzogen.

Anschließend stand das Land unter UN-Kontrolle und wurde 1951 offiziell unabhängig.

Mit freundlichen Unterstützung der Briten und der US-Amerikaner kam König Idris an die Macht, begann staatliche Strukturen aufzubauen und verkaufte ab 1959 Erdöl.

Zehn Jahre später putschte eine Gruppe Generäle, schaffte die Monarchie ab, schmiss die westlichen Armeen und Konzerne aus dem Land, verstaatlichte z.B. das Erdöl und orientierte sich zunächst am arabischen Sozialismus Nassers aus Ägypten.

Diese antikolonialen Bestrebungen, machten den nun herrschenden Gaddafi jahrzehntelang zu einem Feind der westlichen Staaten. Die Unterstützung von - je nach Lesart - nationalen Befreiungsbewegungen und anti-imperialistischen Gruppen - oder eben terroristischen Gruppen - steigerten die Feindschaft. Doch selbst die Bombardierung Tripolis durch die USA in den 1980ern konnte Gaddafi nicht stürzen. Erst die jahrelange politische und wirtschaftliche Isolation Libyens führte zu einer Änderung der außenpolitischen Leitlinien des Gaddafi-Clans hin zu einem Verfechter der Afrikanischen Union (nach europäischem Vorbild) und schließlich zum islamischen Panarabismus.

In den vergangenen 10 Jahren wurde Libyen schließlich von der Liste der sog. Terrorstaaten gestrichen und die wirtschaftliche Sanktionen wurden aufgehoben. Von nun an galt Gaddafi als geläutert und pflegte enge Freundschaften mit der EU und einzelnen Staatschefs und Politikern (z.B. Berlusconi, Sarkozy!, Haider). Der Diktator hatte, was die EU wollte - nämlich Öl und Gas. Die EU sieht Nordafrika als zukünftig wichtigsten Energielieferanten neben Russland. Außerdem konnte er Flüchtlinge zurückhalten oder Abgeschobene aufnehmen und sie skrupellos der Wüste überlassen. Er wurde zu einem der wichtigsten Verbündeten der EU im Maghreb, lieferte Öl und bewachte die Grenzen. Dafür bekam er Milliarden von Euros, Waffen und Know-How.

Selbstverständlich nutzte er Geld und Waffen vor allem um seine Herrschaft nach Innen polizeistaatlich und militärisch abzusichern. Denn obwohl Libyen formal eine Basisdemokratie und Gaddafi ohne Amt im Staate ist, herrschte er seit langem diktatorisch, ließ Oppositionelle massenhaft töten und einkerkern und sicherte seine Herrschaft vor allem durch eine

geschickte Stammespolitik und die Verteilung der Macht an seine Kinder. Die gesellschaftlichen Errungenschaften der ersten Jahre (ein funktionierendes Gesundheitswesen, formale Gleichberechtigung der Frauen, Ausbau des Bildungssystems und relative ökonomische Sicherheit) erstickten unter der selbstverliebten Machtsucht des Herrschers und seines Clans.

Aber Libyen war einer dieser arabischen Staaten und Gaddafi einer dieser zuverlässigen Herrscher. Eine Diktatur ist halt eine Diktatur. Eine Diktatur, die der EU nützt, ist eine nützliche Diktatur - kein Grund zur Aufregung, solange Stabilität garantiert wird.

In Deutschland und den anderen EU-Staaten interessierte sich eigentlich niemand außer den Geopolitikern innen und Energiekonzernen für Libyen, wie auch für die restlichen arabischen Diktaturen. Okay der Iran, der war irgendwie schon immer böse, aber schließlich handelt es sich doch wohl um eine vollkommen irre Mullahdiktatur und nicht um eine zivilisierte, pro-westliche Diktatur.

Auch in der (radikalen) Linken in der BRD wurde die Situation in den arabischen Ländern oder speziell die in Libyen nicht thematisiert. Ausgenommen ein paar Antira-Gruppen in deren Publikationen Libyen erwähnt wurde, aber da ging es dann meist um Verträge mit der EU zur Flüchtlingsrücknahme und Kooperation mit der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Die Situation der libyschen Bevölkerung oder gar die Unterstützung einer möglichen Opposition gegen die Diktatur war in der radikalen Linken nie ein Thema.

Und plötzlich ändern sich die erzeugten Bilder

Es ist aufschlussreich zu beobachten, wie schnell ein und den selben Menschen und ein und der selben Handlung, je nach Kontext und Interessenlage, andere Rollen und Wertungen zugeschrieben werden.

Während die Menschen in Ägypten und Tunesien bis vor kurzem vor allem als



gute Gastgeber bzw. Touristenführer wahrgenommen wurden, aber nicht als Opfer jahrzehntelanger diktatorischer Unterdrückung, sie also auch keiner Befreiung bedurften, sind sie nun Akteur_innen einer Demokratiebewegung. Der Sprung gelingt scheinbar ohne Mühe und Irritation.

Die Iraker und Afghaninnen brauchten dagegen schon lange dringend die Befreiung durch den Westen. Dass es eventuell politische Positionen geben könnte, die sich weder für die (pro-westliche) Diktatur, noch für politischen Islamismus, noch für Demokratie nach westlichem Vorbild aussprechen, können sich Viele anscheinend gar nicht vorstellen.

Die westlichen Regierungen wissen jedoch um die politische Heterogenität der nordafrikanischen Staaten und bekommen nun Angst die Kontrolle zu verlieren.

Also müssen die diversen politischen, ethnischen und religiösen Strömungen, die in den verschiedenen arabischen Ländern zudem noch sehr unterschiedlich geprägt sind, schnell zu einer Demokratiebewegung umgedeutet werden. Selbst bürgerliche Medien merken an, dass in Bezug auf die Frage, ob bewaffnete Aufständische als Zivilisten gelten können, von der NATO nur ausweichende Antworten zu bekommen sind. Denn nur zu deren „Schutz“ hat die UN das Mandat Nr. 1973 geschaffen. Während Leute, die Polizeiwachen anzünden, Waffenlager plündern, zunächst mit Kalaschnikovs und später auch mit schweren Waffen die staatliche Ordnung und ihre Hüter angreifen, nun also in Libyen zu einer schutzbedürftigen, friedlichen und zivilen Bewegung für Demokratie uminterpretiert werden, sind Leute, die das Selbe in Afghanistan oder dem Irak tun, Terroristen. In demokratischen Staaten würden Proteste übrigens niemals unterdrückt werden. In Deutschland können wir, vollkommen unbehelligt vom Staat, Polizeiwachen anzünden und Bundeswehrdepots plündern. Auch in der Türkei/Kurdistan kämpft eine Bewegung friedlich für Demokratie und niemand würde auf die Idee kommen, sie militärisch zu bekämpfen.



Versteht uns nicht falsch. Es ist zweifellos richtig, die Diktatur Gaddafis zu stürzen. Auch wir sind schockiert von den Bildern und Meldungen über die brutalen Versuche, die Aufstände in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Barhain und vielen anderen Staaten niederzuschlagen.

Wir fühlen uns mit den Aufständischen in Libyen verbunden, weil es richtig ist, eine Diktatur zu stürzen und es legitim ist, dazu Waffen in die Hand zu nehmen.

Ebenso wäre es z.B. richtig, die grausame Diktatur in Saudi-Arabien zu bekämpfen. Das bliebe aber richtiger Weise Aufgabe emanzipatorischer Bewegungen - die NATO-Staaten haben ohnehin kein Interesse daran. Auch ist es richtig, Widerstand gegen die Besetzung in Afghanistan zu organisieren. Ebenso ist es legitim, dass Somalis, deren Existenzsicherung wesentlich

von der EU zerstört wurde, Waffen in die Hand nehmen, um Piraterie zu betreiben.

Alleine aus dieser kleinen, noch lange fortzusetzenden Aufzählung wird deutlich, dass existierende (bewaffnete) Kämpfe und Widerstand immer wieder sowohl unsere Solidarität beanspruchen, als auch kritisch hinterfragt werden müssen.

Falls es noch klargestellt werden muss: die Frage der Legitimität von (bewaffnetem) Widerstand bemisst sich für uns nicht nach dem Maß der Legalität oder internationaler Kräfteverhältnisse.

Wir warnen davor, auf die Propaganda der/einiger NATO-Staaten hereinzufallen. Ängste vor den Islamisten und politischer und ökonomischer Instabilität, die bezeichnender Weise nur in Bezug auf Ägypten und Tunesien von westlichen Regierungen und den meisten Medien geschürt wurden, teilen wir nicht, denn ihr Vorbringen ist vor allem ein Ausdruck der Verschleierung hegemonialer Bestrebungen. Der Sturz einer Diktatur kann gar nicht schnell genug gehen. Wenn dabei Einfluss von EU- und NATO-Staaten verloren geht, umso besser. Nachdem in Bezug auf Tunesien und Ägypten die Notwendigkeit eines langsamen und geordneten Wandels beschworen wurde, wird nun also mal

wieder die alte Leier der Rettung der Zivilbevölkerung durch westliches Militär bemüht, um den eigenen Einfluss in der Region zu retten und einen neuen Krieg um EU-Sicherheit und Rohstoffe zu legitimieren. Eine Theateraufführung, die uns eigentlich spätestens seit 1999 bekannt sein dürfte.

Umso beschissener, dass auch Teile der Linken nach wie vor in ideologisiertem und bipolarem Denken verfangen sind. Wer gegen Gaddafi ist, ist für Demokratie.

Wer gegen die Intervention der NATO ist, ist für Gaddafi und Massenmord. Wer die Interventionen der NATO in einen kolonialen Kontext setzt, ist ein verkürzender Antiimp.

Wer gegen einen verkürzten Antiimperialismus ist, ist antideutsch.

Genau dieses schwarz-weiß Denken ist kompatibel mit einer militarisierten Weltsicht.

So wird weder ein historischer Kontext einbezogen, noch nach anderen als militärischen Lösungen gesucht. Es wird auch nicht die Frage gestellt, wessen Aufgabe es ist eine Lösung zu finden, wen es konkret zu unterstützen gilt und welcher politischen Strömung unsere Solidarität gilt – und wem wir hier in den Rücken fallen müssen, damit es eine größere Hoffnung auf eine demilitarisierte Befreiung von diktatorischen Regimes geben kann.

Gegen die Kapitulation vor der Komplexität der Dinge

Wir weigern uns, zu Gunsten der Aufständischen eine Intervention der NATO gut zu heißen.

Stellungnahmen innerhalb dieser konstruierten, bipolaren Logik sind mit Vorsicht zu genießen, doch selbst die Linkspartei meint: Wenn die EU Gaddafi in den letzten Jahren nicht

einen Haufen Waffen und Geld gegeben hätte und jetzt ein Erdölembargo durchsetzen würde, wäre die Intervention gar nicht nötig. Ja nun ist das Kind aber in den Brunnen gefallen. Hat der Diktator doch tatsächlich die ihm gelieferten Waffen benutzt um Menschen zu töten. Damit hätte nun wirklich niemand rechnen können!

Bewaffnete Widerstandskämpfer und Zivilist_innen wurden ermordet, angeblich mit Kampfflugzeugen. Das Selbe tut die NATO zwar seit über zehn Jahren z.B. in Afghanistan und schon jetzt hat es auch abseits libyscher Propaganda zig tote Zivilisten bei NATO-Bombardements gegeben, doch ist es bestimmt auch für die libysche Zivilbevölkerung total gut, nun von der NATO gerettet zu werden. Diese militaristische Logik ist einfach nur zum Kotzen!

In Syrien hat das Bath-Regime schon weit über hundert Menschen bei Protesten massakriert, in Barhain sind saudische Truppen zur Unterbindung der Proteste einmarschiert, im Sudan droht, nach der, vom Westen geförderten, Teilung des Landes, ein erneuter Bürgerkrieg und in der Elfenbeinküste hat er bereits begonnen und Millionen! sind auf der Flucht. Um nur einige Beispiele von Bürgerkrieg und Massenmord, aus nur einem kleinen Teil der Erde, zu nennen. Meint eigentlich irgendwer ernsthaft, dass irgendein (NATO-) Staat interveniert, um Menschenleben und eine „Demokratiebewegung“ zu retten?

Es ist ja wohl kein Geheimnis, dass das Interesse von Staaten immer ihr jeweiliger Einfluss ist. Die Intervention in Libyen ist selbstverständlich rein interessengeleitet. Der moralische Überbau ist nicht mehr als medial in Szene gesetzte Heuchelei. Wenn eine Übergangsregierung aner-



kannt wird, dann weil sie erneut sichere EU-Grenzen, Flüchtlingsabwehr und Zugang zu Öl und Märkten garantieren soll. Wenn an Aufständische Waffen geliefert werden, dann an diejenigen, die den Zugriff der EU im Falle ihres Sieges garantieren. Wenn sich die NATO zunächst zur Luftwaffe der Aufständischen und bald vielleicht auch auf

dem Boden zur Kriegspartei macht, dann um die Kontrolle über ein strategisch und wirtschaftlich wichtiges Land an der Grenze der EU herzustellen. Die Zurückhaltung der Bundesregierung ist ebenso wie die Kritik aus den eigenen Reihen und der der SPD und Grünen, Ausdruck eines Bestrebens deutsche Interessen durchzusetzen.

Nur gibt es eben unterschiedliche Einschätzung, wie diese am besten zur Geltung kommen.

Wenn die BRD dem UN-Mandat zugestimmt hätte, wären Forderungen nach militärischer Beteiligung unvermeidlich gewesen. Denn Deutschland ist, außer den USA, der einzige NATO-Staat, der über die militärischen Fähigkeiten verfügt eine Flugverbotszone durchzusetzen - dank AWAKS-Besatzungen und Aufklärungstornados, die in der Lage sind, das feindliche Radar umgehend auszuschalten. In Libyen gibt es im Gegensatz zu Ägypten oder Tunesien allerdings gar keine Ansätze von Zivilgesellschaft nach westlichem Muster, mit Parteien, Gewerkschaften usw. Auch gibt es in Libyen keine deutschen Stiftungen, Entwicklungshilfeprojekte o.ä., was die Einschätzung der Situation, im Vergleich zum Beispiel zu Ägypten, erschwerte. Die Bundesregierung war sich also einfach nicht sicher, auf welches Pferd sie setzten sollte, was welche Gruppierung eigentlich will und wer wohl letztendlich den Sieg davon tragen wird. Während sie daraus den Schluss gezogen hat, sich lieber herauszuhalten - man will es sich ja mit niemanden verscherzen - sehen z.B. die Grünen und die SPD ihr Projekt des dauerhaften Sitzes im Weltsicherheitsrat gefährdet. In der hohen NATO-Kommandoebene und der „humanitären Hilfe“ ist Deutschland trotzdem dabei und eine Beteiligung an einer Seeblockade Libyens wird auch nicht mehr ausgeschlossen.

Doch vor allem Frankreich hat sich mit der frühzeitigen Anerkennung der Rebellenregierung festgelegt. Nun musste die „Koalition der Willigen“ auch dafür sorgen, dass der Gaul auf den sie gesetzt hatte, gewinnt. Wie schnell diese Rechnung aufgehen wird, lässt sich zur Zeit nicht sagen.

Doch dass die Intervention offensichtlich der Durchsetzung der Interessen westlicher Staaten dient, ist nur der eine Aspekt, weshalb der kriegerischen Intervention aufs schärfste widersprochen werden muss. Der zweite Punkt ist eine grundlegende Kritik an der Militarisierung der Verhältnisse.

Was heißt denn Krieg? Was heißt es denn, die Situation in Libyen weiter zu militarisieren?

Ein Bombenkrieg aus der Luft bedeutet immer sehr viele zivile Tote. Die hätte es bei der eventuellen Nieder-

schlagung der Revolte durch Gaddafi wahrscheinlich auch gegeben. Doch zunächst eine Diktatur massiv aufzurüsten, um dann den Widerstand gegen dieselbe zu bewaffnen, bedeutet die totale Militarisierung der Gesellschaft.

Im Kern der Niederschlagung der alten Diktatur wird eine erneute Gewaltherrschaft schon angelegt.



Afghanistan ist nicht Libyen, trotzdem lassen sich grundlegende Strategien vergleichen. Um Einfluss zu gewinnen, sind die EU und auch die NATO darauf angewiesen, sich mit lokalen Herrschaftsstrukturen zu verbünden. Selbst mit hunderttausenden Soldaten und dem modernsten Kriegsgerät ist ein Land sonst nicht zu kontrollieren. Die lokalen Machthaber, mit denen sich Verbündet wird, sind selbstverständlich welche, die als Gegenleistung für die Absicherung ihrer Macht, Einfluss garantieren. In Afghanistan fordert die linke und feministische Opposition, die Strafverfolgung von weiten Teilen der Verbündeten der NATO und der Regierung Karsai. Die Kriegsverbrecher der Nordallianz und einige Warlords, die sich auch mit den Taliban ganz gut arrangiert hatten, sind jedoch die Garanten der relativen Stabilität in Afghanistan und eine Stütze der NATO. Auch in Libyen werden jetzt diejenigen Herrschaftsstrukturen unterstützt, die sich vom alten Regime losgesagt haben und trotzdem eine Zusammenarbeit mit dem Westen garantieren. Größtenteils wird unter der Fahne der 1969 gestürzten Monarchie gekämpft. Die totale Kontrolle des Regimes wird durch die verschiedener bewaffneter Gruppen und „Stämme“ ersetzt. Die Wahrscheinlichkeit, dass emanzipatorische

Kräfte eine größere Rolle in dem Konflikt spielen, sinkt, je weiter er militarisiert wird. Während die libysche Revolte am Anfang durchaus spontan war und vielfach von jungen Menschen, die einfach die Schnauze voll hatten, getragen wurde, übernehmen jetzt immer mehr Funktionäre des alten Regimes und übergelaufene Generäle das Sagen. Denn einerseits macht ein Konflikt der zum Krieg wird militärische, also antie-manzipatorische Organisationsformen und Befehlsketten notwendig, andererseits können und wollen emanzipatorische Gruppen keine dauerhafte Zusammenarbeit mit EU und NATO garantieren, und bekommen dementsprechend gar keine Unterstützung.

Dem gegenüber steht die Förderung bewaffneter Männerhorden einem emanzipativen Prozess grundlegend entgegen. Gewaltförmig ausgetragene Konflikte verschärfen immer auch patriarchale Zustände. Einerseits wird in Kriegen massiv sexualisierte Gewalt ausgeübt, andererseits wird männliche Gewalt in Form von soldatischen Tugenden verherrlicht. Nicht zufällig fordern feministische afghanische Organisationen als erstes den Abzug der NATO, um eine Entmilitarisierung der Verhältnisse zu ermöglichen.

Für einen radikalen Antimilitarismus

Eine Linke, die den herrschenden Verhältnissen eine radikale Kritik und Praxis entgegenstellen will, muss klar Position gegen jeden Krieg beziehen. Wer dies nicht tut, bleibt in geschichtslosen und paternalistischen Weltbildern verhängen.

Wenn von der BRD und EU hofierte Diktaturen erst dann zum Thema werden, wenn es bereits massenhaft Aufstände und in einem Land einen NATO-Krieg gibt, läuft grundsätzlich etwas verkehrt.

Wenn große Teile der Linken sich nicht und einige sogar kriegsbefürwortend positionieren, ist dies auch eine Verweigerung die eigenen Privilegien kritisch zu reflektieren und sich auf die Seite der Habenichtse zu stellen. Die Meisten weißen BRD-Pass-Inhaber_innen profitieren doch von der kolonialen Vergangenheit, der Absicherung des Wohlstands, der Außengrenzen und der Handelswege und den billigen Waren. Es gilt, nicht erst gegen Diktatur zu sein, wenn die NATO dies propagiert. Sowohl die Unterstützung von EU und NATO für die Diktaturen dieser Welt, als auch der nun geführte Krieg gegen eine, sind Ausdruck der Durchsetzung eigener Interessen und einer neokolonialen Politik.

Flüchtlinge abschieben, Diktatoren unterstützen, Grenzen bewachen, Waffen liefern, geheim operieren, verschleppen, foltern, Polizisten ausbilden, Bomben werfen, Drohnen steuern, Piraten jagen, Länder besetzen, Kriege führen.

All das ist doch Teil eines globalen Krisenmanagements, das Privilegien, die seit dem Kolonialismus bestehen, verteidigen und Einfluss ausbauen soll.

Dies gilt es anzugreifen – immer. Dabei sind antikoloniale Kämpfe des letzten Jahrhunderts genau wie auch aktuelle Kämpfe um Befreiung und Teilhabe am Wohlstand, wichtige Bezugspunkte.

Wer deutsche Kriegsbeteiligungen befürwortet, stellt darüber hinaus nur einmal mehr die Geschichtslosigkeit der deutschen Linken heraus. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! war einmal die Losung linker und kommunistischer KZ-Überlebender. Wer für eine Kriegsbeteiligung Deutschlands ist, stellt sich auch in eine Linie mit einer deutschen Geschichtsbewältigung, die seit 1999 wegen und nicht trotz Auschwitz Krieg führen will. Die Verbrechen der Deutschen werden verharmlost und die Konsequenzen verdreht. Die Geschichte antifaschistischer und antikolonialer Kämpfe ist unsere. Um die Wiederaneignung einer solchen Perspektive auf Geschichte muss es uns gehen. Und darum, Positionen zu beziehen, die sowohl dieser Geschichte als auch der Komplexität der Verhältnisse gerechter werden.

Es sind Positionen zu entwickeln, die Kämpfe zusammen denken und daraus eine Praxis abzuleiten, die den dauerhaften Kriegszustand angreift und sabotiert. Doch das Märchen vom Ende der Geschichte, das Bedürfnis nach Sicherheit und die Individualisierung haben sich anscheinend tief in die Köpfe eingebrannt.

In mitten zahlreicher, dauerhaft, krisenhafter Entwicklungen und einem Auseinanderfliegen vieler alter Vorstellungen, Sicherheiten und Machtverhältnisse, sitzt die radikale Linke und scheint an die Stabilität der Verhältnisse zu glauben. Wenn wir nicht bald anfangen die Krisentendenzen und die militärische Absicherung der Herrschaft um uns herum ernstzunehmen,



werden wir weiteren Zuspitzungen sowohl als Individuen als auch als radikale Linke nichts entgegensetzen können.

Wir wollen die Instabilität, denn sie beinhaltet die Perspektive der Veränderung.

Doch damit sie uns nicht zermalmt, müssen wir endlich wieder Fragen stellen anstatt Phrasen zu dreschen. Die Krise ist überall und sie wird es uns nicht mehr ewig gestatten, dass wir uns in unsere Nischen verkriechen und Teilbereichskämpfe führen.

Also verabschieden wir uns von der Vorstellung jemals Rente zu kriegen und positionieren wir uns als aktive Kämpfer_innen in globalen Auseinandersetzungen.

Nachschlag:

1. Wir wissen um das Dilemma, dass objektiv Aufständische in Libyen durch die NATO-Bombardements davor geschützt werden, massakriert zu werden.

Wenn wir uns trotzdem gegen jede Intervention aussprechen, dann nicht weil wir dies auf die leichte Schulter nehmen, sondern weil wir die Geschichte und die Interessen der westlichen Staaten kennen. Die Position eines Staates kann niemals eine emanzipatorische sein. Wir können nur eine politische und keine praktische Antwort geben. (s.o.) Diesen Widerspruch gilt es auszuhalten und wenn möglich mit emanzipatorischen Kräften aus der Region zu diskutieren.

2. Der Unterstrich, wie bei Antimilitarist_in, soll deutlich machen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Aus Soldaten, Soldat_innen zu machen würde aber nicht nur die männliche Dominanz sondern vor allem die Notwendigkeit zweigeschlechtlicher und heterosexistischer Konstruktionen für das Militär, verdecken. Es kann keine Soldaten geben, die sich außerhalb dessen verorten. Deshalb verwenden wir an einigen Stellen einen Unterstrich an einigen aber auch nicht – das ist keine optimale Lösung, wenn jemanden eine bessere einfällt her damit.

einige Autonome, BRD 30.03.2011

Crashkurs

Anmerkungen zur Entwicklung der Finanzkrise

Weder im bürgerlichen noch im linken historischen Bewusstsein spielt der 9. August 2007 eine Rolle. An diesem Tag brach, beginnend in den USA, der sogenannte Interbankenmarkt zusammen. Die Banken hörten schlagartig auf, sich untereinander Geld zu leihen. Grund war das Umschlagen des Immobilien- und Hypothekenbooms in den USA in ein allgemeines Misstrauen, ob die jeweiligen Finanzinstitute bei einem möglichen Ausfall eines Teils ihrer Schuldner selbst überleben würden. Über Nacht sprang die staatliche amerikanische Notenbank ein und versorgte von da an selbst die Banken mit der notwendigen Liquidität, damit diese ihre Geschäfte fortsetzen konnten. Von diesem Zeitpunkt an gab es beim Hegemon des globalen Kapitalismus und auch über die USA hinaus keinen privaten Finanzmarkt mehr. Die bürgerliche Politik und Öffentlichkeit – einschließlich Finanzpresse und -wissenschaft – nahm die Krise erst im September 2008 mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehmann Brothers in den USA in aller Schärfe wahr. Dies war der Endpunkt der Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse, ob diejenigen Segmente des Finanzsektors, die sich verspekuliert hatten, auch den Preis der Marktlogik dafür zu zahlen hätten, nämlich pleite zu gehen. Nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers fürchteten die OECD Regierungen weitere Pleiten sogenannter systemrelevanter Banken. Um Zusammenbrüche weiterer Banken (die sich alle untereinander Geld geliehen bzw. sich wechselseitig an Spekulationsvehikeln beteiligt hatten) zu vermeiden, wurde kurzerhand der Markt durch den Staat ersetzt. Weitere Bankenpleiten hätten global zu einem Run auf die Spareinlagen geführt, die von den Banken, wenn alle Sparer_innen ihre Ansprüche gleichzeitig geltend

gemacht hätten, nicht hätten bedient werden können, da sich die Banken mit ihren weltweiten spekulativen Investments überwiegend mittel- bis langfristig gebunden hatten.



In der Konsequenz wäre innerhalb weniger Tage der gesamte Bankensektor zusammengebrochen. Damit wäre auch der allgemeine Geldkreislauf außer Funktion gesetzt worden (Geldautomaten, Bankschalter, Girokonten wären blank gewesen) und die Metropolengesellschaften wären von einem auf den anderen Moment in eine einfache Tauschwirtschaft zurückgefallen. Damals wurde zurecht von einer finanziellen Kernschmelze gesprochen.

Auf dem Höhepunkt der Krise, im Oktober 2008, versprachen deshalb Kanzlerin Merkel und der damalige Bundesfinanzminister Steinbrück die unbegrenzte Garantie aller Sparguthaben. Allerdings hätten auch die öffentlichen Haushalte – selbst bei vielfachter Schuldenaufnahme – diese Finanzierungskraft nicht gehabt (außen vorgelassen, wer in einer solchen Situation überhaupt noch öffentliche Schuldtitel gekauft hätte). Wenn es zu einem Run auf die Banken gekommen wäre, wäre

der Staat bei diesem Garantieverprechen mit in den Abgrund gerissen worden. Es war nicht mehr als ein gehöriger Pokerbluff der deutschen Regierung, selbst mehr auf der Hand zu haben als die anderen. Die Panik war den politischen Akteuren damals jedoch ins Gesicht geschrieben. Sie wussten genau, dass wenn der Geldverkehr zusammenbrechen würde, auch im gesellschaftspolitisch ruhigen Deutschland die Möglichkeit von Unruhen und Aufständen bestand. Schon deshalb, weil keiner mehr gewusst hätte, wie die Milch im Supermarktregal bezahlt werden kann.

Das Beispiel HSH Nordbank

Am Beispiel der Bemühungen um den Erhalt der HSH Nordbank (hamburgisch-schleswig-holsteinische Regionalbank, die aus der Fusion der Hamburgischen Landesbank mit der Landesbank Schleswig-Holstein entstanden ist) lässt sich exemplarisch zeigen, wie hilflos die bürgerliche Politik vor, während und unmittelbar nach der Krise agierte. Der damalige Hamburger Finanzsenator Freytag (CDU) erklärte noch im Februar 2009, dass die staatliche Landesbank HSH Nordbank im Kern gesund sei. Die HSH hatte damals eine Bilanzsumme von 250 bis 300 Mrd. Euro, bei einer Eigenkapitalquote von 5 bis 7%. Um die dahinter stehenden Dimensionen zu verdeutlichen: Der Hamburger Haushalt hat eine Größe von 10 Mrd. Euro, wobei alle öffentlichen Haushalte zusammen (u.a. einschließlich der gesetzlichen Krankenkassen und Rentenversicherungen) ca. die Hälfte des Bruttosozialproduktes, d.h. der Wirtschaftskraft eines Landes, ausmachen. Das heißt, Hamburg hatte sich zusammen mit Schleswig Holstein eine Staatsbank

geleistet, die mit einem zwanzigfachen Kredithebel (mit Bezug auf die Eigenkapitalquote von 5% wurde für jeden eigenen Euro das Zwanzigfache Kapital zur Spekulation aufgenommen), auf das Dreißigfache des Staatshaushaltes bzw. das Fünfzehnfache der lokalen Wirtschaftskraft spekulierte. In den Jahren vor dem Ausbruch der Finanzkrise ermöglichte dies, direkt und indirekt bis zu dreistellige Millionenbeträge als Gewinn an den Hamburger Haushalt abzuführen. Man träumte auch davon, die Bank profitträchtig an der Börse verkaufen zu können. Finanzsenator Freytag – der sich bis dato in der Öffentlichkeit gerne als gelernter Investmentbanker bezeichnete – und seine Vorgänger von CDU und SPD im Aufsichtsrat der HSH Nordbank hatten nie nach den operativen oder gar systemischen Risiken gefragt, die ihnen über Jahre einen warmen Geldsegen bescherten. Dabei gehört es zum Einmaleins der Kaufmannslehre, dass es keinen Profit ohne Risiko gibt.



Es kam, wie es kommen musste. In der ersten Hälfte des Jahres 2009 musste die HSH Nordbank durch die beiden Eigentümerländer mit frischem Eigenkapital in Höhe von je 3 Mrd. Euro ausgestattet werden und Hamburg eine Bürgschaft auf eingegangene Risiken der Bank in Höhe von 22 Mrd. aussprechen. Sonst wäre die Bank pleite gewesen und hätte die beiden Staatshaushalte sofort und endgültig ruiniert und die regionale Wirtschaft (z.B. Reedereien) wegen der Kreditverflechtungen mit in den Abgrund gerissen. Der Hamburger Eigenkapitalzuschuss und die Bürgschaft belaufen sich zusammen auf eine höhere Summe als die insgesamt in 65 Jahren angehäuften Hamburger Staatschulden in Höhe von ca. 21 Mrd. Euro. Durch die sinkenden Steuereinnahmen und gesunkenen Werte der Unternehmensbeteiligungen im Zuge der Wirtschaftskrise hat Hamburg, das als relativ reiches Bundesland gilt, im Jahr 2009 sein Eigenkapital aufgebraucht und sich somit endgültig überschuldet. Der Stadtstaat Hamburg gönnt sich seit einigen Jahren eine kaufmännische Bilanz seiner Vermögenswerte (z.B. Grundstücke, Unternehmensbeteiligungen) und Schulden (u.a. ausgegebene

Staatsanleihen, Pensionsverpflichtungen). So lassen sich die städtischen Finanzen wie bei einem Privatunternehmen betrachten. Die Stadt als Privatunternehmen hätte auch unabhängig von der Entwicklung der HSH Nordbank schon im Jahr 2008 ein Insolvenzverfahren stellen müssen. Durch eine Pleite der HSH Nordbank könnte sich der Hamburger Schuldenberg nahezu verdoppeln. Neue Staatsschulden müssten mit einer Zinshöhe erkauft werden, die keine Aussicht mehr auf Rückzahlung der Kredite hätte. Die Staatspleite wäre final. Die soziale und kulturelle Infrastruktur müsste weitestgehend eingespart werden, Löhne/Altersversorgungen im öffentlichen Dienst massiv reduziert oder ausgesetzt werden, die Sozialhilfe als kommunale Aufgabe könnte nicht mehr bedient werden. Für die Kosten könnte nur der Bund als Ganzes aufkommen. Auch zwei Jahre später hoffen die Verantwortlichen noch, dass dieser Fall nicht eintreten möge und die Bank in Teilen wieder profitabel wird, damit die entstandenen Verluste zumindest teilweise wett gemacht werden können. Die Risiken, die weiterhin in der Bank stecken, können bis heute nicht abschließend bewertet werden.

Das Beispiel der HSH Nordbank macht eines ganz deutlich: Es war nicht nur das private, sondern gleichermaßen das staatliche Kapital, das die Spekulationsblase so lange genährt hat, bis sie geplatzt ist.

Geld heckt neues Geld

Welche Entwicklung war der Finanzkrise vorausgegangen, was hat sie ermöglicht? Mit dem Übergang zum Postfordismus Ende der siebziger Jahre etablierte sich ein neues Produktions- und Akkumulationsregime. Die Arbeitsprozesse wurden flexibilisiert und zunehmend international zusammengesetzt. Deshalb kann Arbeit zunehmend international in Konkurrenz gesetzt werden. In der Folge ging ab den achtziger Jahren und beschleunigt in den neunziger Jahren die Lohnquote am gesamtgesellschaftlichen Einkommen immer weiter zurück, während die Profitmargen auch auf der Grundlage von sinkender Unternehmensbesteuerung stiegen. Dies hatte zwei Konsequenzen: Weil die Masseneinkommen sanken, ging auch der Konsum zurück, so dass sich in verbrauchsnahe Wirtschaftssektoren weniger Investitionsmöglichkeiten boten. Diejenigen Kapitalanteile, die zur Erhöhung der Profitrate nicht in die Ausdehnung der jeweiligen Produktion oder Dienstleistung reinvestiert werden konnten, wurden deshalb überwiegend auf den Finanzmärkten angelegt, damit, um mit Karl Marx zu sprechen, „Geld neues Geld heckt“.

Diese Entwicklung wurde durch staatliche Interventionen noch verstärkt: Die Finanzmärkte wurden seit den achtziger Jahren zunehmend dereguliert, um Kapital an die jeweiligen nationalen Börsen zu locken. Internationale Kapitalverkehrskontrollen, insbesondere von Devisen, Investitionsmitteln und Profiten, wurden aufgegeben. Banken, Hedgefonds (Finanzvehikel, die jede mögliche Spekulationsform einsetzen, um überdurchschnittlichen Profit zu erzielen) und Private Equity Fonds (nicht an den Börsen gelistete Unternehmensverwaltungen) wurden kaum noch reguliert.

Insbesondere die Zentralbank der USA ging ab Ende der achtziger Jahre dazu über, auf jeden Konjunkturabschwung mit einer Ausdehnung der Geldmenge durch eine Absenkung der Zentralbankzinsen zu reagieren. Die über die Jahre im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung überproportional ausgedehnte Geldmenge führte bisher nicht zu einer Inflation, also einer massiven Geldentwertung, begünstigte aber die Herausbildung von Spekulations- bzw. Preisblasen bei Finanzanlagen. Denn, wie oben schon geschildert, standen für die kontinuierlich ausgedehnte Geldmenge keine ausreichenden realen Investitionsmöglichkeiten mehr zur Verfügung. Dies hatte insgesamt zur Konsequenz, dass im Finanzsektor nahezu ungebremt Kredite aufgenommen werden konnten, um den Geschäftsrahmen, aber auch das jeweilige Risiko enorm aufzublähen. Im Gegenzug wurde die gesamtgesellschaftliche Steuerung des Angebotes von Arbeit und Kapital durch staatliche Interventionen (wie in Deutschland noch unter der Schmidt-Regierung u.a. durch die Stützung der Nachfrageseite auf der Basis von Reallohnsteigerungen) gänzlich aufgegeben. In diesem Sog wurden auch die Lohnarbeiter_innen durch die zunehmende Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme (Rente, Krankenkasse)



gezwungen, über entsprechende private Versicherungen, die u.a. in Aktien angelegt wurden, ebenfalls die Finanzmärkte zu befeuern.

Im letzten Boomzyklus ab 2001 wurde die Finanzbranche größtenteils wahnwitzig. Die führenden Investmentbanken (d.h. Banken, deren wesentliches Geschäftsfeld der Eigenhandel mit Finanzprodukten ist, die sich also wie überdimensionierte Hedgefonds verhalten) setzten sich das Ziel, dauerhaft Gewinnmargen bzw. Eigenkapitalrenditen von 25% zu erreichen. Diese wurde von den Großen und Erfolgreichen der Branche, wie etwa der Deutschen Bank, auch einige Jahre lang erreicht. Solche Profitraten stellen jedoch gerade auch unter einem kapitalistischen Blickwinkel eine absolute Abnormalität dar. Die langfristige Profitrate des Kapitalismus lag in der letzten 150 Jahre inflationsbereinigt bei durchschnittlich 6%. Die zwischenzeitlich hohen Profitmargen von Teilen des Finanzkapitals kamen nur auf Kosten weltweit sinkender Reallöhne und einer zerfallenden sozialen Infrastruktur auf Grundlage stark gesunkener Steuereinkünfte zustande. Die exorbitanten Gewinne waren auch Ausdruck eines globalen spekulativen Schneeballsystems, mit dem kurzfristig Gewinne maximiert und Verluste potenziert in die Zukunft verschoben wurden.

Die nächste Finanzkrise kommt bestimmt

Mit der weitgehenden Verstaatlichung bzw. Absicherung der Privat- und Staatsbanken der OECD-Länder während der Finanzkrise wurden die vorangegangenen Gewinne auch für die Zukunft legalisiert, indem die Eigner_innen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Gleichzeitig wurden durch die staatliche Absicherung die Verluste der letzten drei Jahre und die noch zu erwartenden Verluste der kommenden Jahre sozialisiert. Die westlichen Staaten dehnten ihre Schuldenaufnahme erheblich aus und hoben insbesondere die Verbrauchssteuern, denen alle Bürger_innen unabhängig von ihrer Einkommenshöhe unterworfen sind, an, um die Bankenrettungen überhaupt finanzieren zu können. Diese Aktivitäten verhinderten nicht, dass Island in die Pleite rutschte und Ungarn, Griechenland, Irland und Portugal zur Zeit nur durch finanzielle Interventionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU vor der sofortigen Pleite bewahrt werden konnten.



Spanien gilt aufgrund der aktuellen Entwicklung in Portugal ebenfalls als bedroht, auch

wenn es noch keine internationalen Stützungsmaßnahmen in Anspruch nehmen muss.

2009 schien es noch so, als ob die westlichen Regierungsapparate und Teile des Kapitals deshalb eine Regulierung des Finanzsektors durchsetzen wollten. So sollten die Eigenkapitalanforderungen erhöht (was die mögliche Profitrate verringert hätte), die absolute Größe der Banken verringert und begrenzt, die Finanzaufsicht internationalisiert und massiv ausgedehnt, Hedgefonds verboten sowie Investmentbanken vom Privatkundengeschäft getrennt werden. Mit letzterem wären Spareinlagen etwas besser geschützt worden, da ein Zusammenbruch von Investmentbanken dann nicht unmittelbar das Risiko in sich trägt, den Geldverkehr zu unterbrechen.

Diese kapitalkonformen Reformideen wurden jedoch nicht einmal ansatzweise umgesetzt und es ist auch nicht absehbar, ob dies zukünftig geschieht. Die aggressive Finanzkapitalfraktion hat wieder Oberwasser: Die Profite zugunsten der kleinen Klasse der Vermögenseigner_innen sollen wieder steigen und die bürgerlichen Regierungen lassen sich offensichtlich mit dem Argument erpressen, dass Regulierungen des Finanzkapitals dessen kurzfristige Stabilität gefährden würden.

Die Finanzkrise ist deshalb aber nicht ausgestanden, im Gegenteil.

Mit der fortgesetzten Ausdehnung der Geldmenge durch die US-Notenbank versucht diese, den derzeitigen Konjunkturabschwung in den USA zu bekämpfen. Die stark überschüssige Liquidität wird jedoch auch die Bildung von Vermögensblasen beschleunigen, weil ein Großteil des Geldes nicht in der Realwirtschaft, sondern wiederum in Finanzvehikeln investiert wird.

Dies macht einen erneuten und noch größeren Zusammenbruch erst der Aktienwerte und dann der Realwirtschaft wahrscheinlich. Dieses Risiko wird noch erhöht, indem Staaten wie Irland und Griechenland, trotz der Stützungsmaßnahmen, als Folge der Bankenkrise auf den Staatsbankrott zusteuern. Die Notkredite der EU und des IWF wurden mit so hohen Zinssätzen versehen, dass diese dauerhaft nicht bedient werden können, ohne dass die Staatsverschuldung weiter ansteigt. Gleichzeitig wurde den Ländern unter dem Diktat von IWF und EU massive Sparauflagen verordnet, wodurch deren Wirtschaftsabschwung verstärkt wird. In der Folge sinken das Bruttosozialprodukt und die Steuereinnahmen. Parallel schwindende Einnahmen und massiv steigende Ausgaben durch die Zinsdienste haben eine Schuldenspirale in Gang gesetzt, die absehbar in den Staatsbankrott führt. Diese Entwicklung findet ihren realen

Ausdruck an den Finanzmärkten, wo die schon ausgegebenen Staatsanleihen der vom Staatsbankrott bedrohten Länder massiv an Wert verloren haben. Neue Staatsanleihen wurden nicht mehr aus gegeben, weil die dafür notwendigen Zinsaufschläge als Risikopuffer bis zum Doppelten über den Strafzinsen der EU liegen. Gegenläufig profitierte davon zeitweilig die Bundesrepublik Deutschland, weil das Anlegerkapital vermehrt Bundesanleihen nachfragte, so dass deren Zinssätze auf historische Tiefs fielen.

Wirtschaftspolitische Erwägungen der Bundesregierung

Was motiviert jedoch die bundesdeutsche Regierung, die ein Drittel der Wirtschaftsmacht des Euro stellt und damit auch über entsprechenden politischen Einfluss im IWF und der EU verfügt, eine solche innereuropäische Politik zu forcieren? Die deutsche Wirtschaft ist extrem auf den Export ausgerichtet. Deutschland hat im internationalen Vergleich in den letzten Jahren die meisten Waren ausgeführt und vergleichsweise wenig Waren eingeführt. Diese Exporterfolge sind nicht nur auf die historisch gewachsene Spezialisierung deutscher Industrien (u.a. auf hochwertige Konsumgüter wie Autos, Waffenproduktion oder den Maschinen- und Anlagenbau, der von dem industriellen Aufschwung in den Schwellenländern profitiert) zurückzuführen, sondern auch auf Reallohnverluste der bundesdeutschen Arbeiter_innen in den letzten 15 Jahren. Die Gewerkschaften waren, von Ausnahmen abgesehen, nicht mehr in der Lage, Reallohnsteigerungen durchzusetzen. Zusammen mit der weiterhin steigenden Produktivität sind deshalb die Lohnstückkosten gefallen. Dies hat im internationalen Wettbewerb dazu geführt, dass Produkte „Made in Germany“ nicht nur als qualitativ hochwertig, sondern auch als relativ preiswert gelten. Die Exportüberschüsse haben zur Folge, dass sich andere Länder zulasten der Bundesrepublik verschulden, um deutsche Waren kaufen zu können. Dies gilt beispielsweise für die USA, aber auch für die meisten Staaten der EU. Auf dem europäischen Binnenmarkt wird das relativ starke deutsche Produktions- und Dienstleistungskapital weder durch Handelsschranken noch durch Währungsschwankungen behindert. In absoluten Werten hat deshalb in den letzten 15 Jahren kein Land so sehr von der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu Lasten anderer Mitgliedsstaaten profitiert wie das bundesdeutsche Kapital (nur einige kleinere Länder wie die Niederlande haben einen noch höheren Exportanteil, fallen jedoch

nicht so sehr ins Gewicht). Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist deshalb zur Zeit von drei Erwägungen geleitet:

Stützungsaktionen gegenüber Griechenland und Irland sollen die deutschen Privatbanken schützen, die im hohen zweistelligen

Milliardenbereich griechische und irische Staatsanleihen und Schulden von deren Finanzinstituten in den eigenen Büchern halten. Sollten diese Schuldner_innen ausfallen, wären nicht nur die schon teilverstaatlichte Commerzbank, sondern auch die bisher noch nicht staatlich gestützte Deutsche Bank massiv betroffen.

Zweitens wollen die bundesdeutschen Eliten eine sogenannte Transferunion verhindern. Damit ist gemeint, dass die überdurchschnittlich konkurrenzfähige deutsche Industrie zwar vom Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung profitieren soll (vielfach mussten die Konkurrenten in anderen Ländern aufgeben, dort vertieften sich Deindustrialisierungsprozesse), ein dann fälliger sozialer Ausgleich jedoch vermieden werden soll. Das Paradebeispiel dafür ist die ökonomische Annexion der ehemaligen DDR. Deren Industrien wurden durch die westdeutsche Konkurrenz zerstört. Als Ausgleich bzw. Almosen gab es den Solidaritätsbeitrag für lokale Infrastrukturprojekte und als mangelhafte Grundversorgung Sozialhilfe bzw. Hartz IV-Zahlungen. Eine ähnliche Kompensationspolitik, die innerhalb der Bundesrepublik als nationale Aufgabe verbrämt wurde, soll nun im europäischen Maßstab vermieden werden, obwohl die negativen ökonomischen und sozialen Folgen der Expansion des deutschen Kapitals vergleichbar sind.

Und drittens sind sich die ökonomischen und politischen Eliten in Kern Europa (Frankreich, Deutschland, Österreich, Benelux-Staaten) noch nicht einig, was die Staatspleite, sprich Umschuldung einzelner Länder der EU für die weltweite Position des Euros bedeuten würde.

Grundsätzlich wird das Projekt verfolgt, innerhalb einer Generation zur globalen Leitwährung US-Dollar aufzuschließen und sich dem Aufstieg



des chinesischen Renminbi entgegenzustellen.

Die Expansion des Euro hätte u.a. den Vorteil, dass sich der Kreditrahmen der Währung ausweiten würde (weil in der Folge mehr Euro-Anleihen gezeichnet würden) und Rohstoffe frei von Währungsschwankungen in der eigenen Währung bezogen werden könnten. Die internationale Währungsposition des Euro hängt aber nicht nur von der unmittelbaren ökonomischen Macht ab, also dem Ausmaß des internationalen Handelsvolumens, das in Euro getätigt wird. Sie ist auch davon bestimmt, welche Entwicklungsperspektive dem Euro zugeschrieben wird, ob er im Vergleich zum Wert anderer Währungen steigt, weil die Inflationsrate dauerhaft gering bleibt und auch zukünftig davon ausgegangen werden kann, dass Schulden von Eurostaaten in jedem Fall beglichen werden können.

Unter Weltmarktvoraussetzungen macht es, das zeigen die Beispiele von Island und Argentinien, für überschuldete Länder am meisten Sinn, einen Staatsbankrott zu erklären und mit den Gläubiger_innen - wie sonst in Insolvenzverfahren - auszuhandeln, mit welchen Teilrückzahlungen diese auf der Grundlage der wirtschaftlichen Leistungskraft eines Landes rechnen können. In einem solchen Modell wird davon ausgegangen, dass ein wirtschaftlicher Neustart auch für die Gläubiger_innen besser ist, weil nur dieser überhaupt Rückzahlungen ermöglicht. Die EU, geführt durch die Bundesregierung, geht jedoch gegenwärtig den entgegengesetzten Weg. Sie zwingt die betroffenen europäischen Länder zu härtesten, auch sozialen, Einsparungen. Die Folge wird voraussichtlich die ökonomische Strangulierung sein, weil der private Konsum und staatliche Investitionen massiv zurückgehen. Eine solche Strategie, das Ansehen des Euro ohne Leistungen der Kernländer und auf Kosten der hochverschuldeten Peripherieländer retten zu wollen, ist nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch



Von der Finanzkrise zur sozialen Hörigkeit

Aus der so geschaffenen ökonomischen Situation sind für die hochverschuldeten EU-Mitgliedsstaaten und damit für die gesamte EU drei mögliche Szenarien denkbar:

1. Die hohen Zinsen werden durch ein starkes Wirtschaftswachstum und hohe Steuereinnahmen finanziert. Diese müssten höher sein als der zu leistende Schuldzins, um nicht nur die Kredite zu bedienen, sondern langfristig zu entschulden, wie es ja auch gefordert wird. Dieses Szenario ist eher unwahrscheinlich, auch wenn einzelne Mitgliedsstaaten, allen voran die BRD, ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen haben. Gerade die stark verschuldeten Volkswirtschaften sind durch die strengen Auflagen zu einer extremen Sparpolitik genötigt, die, weil sie am härtesten bei den kleinen und mittleren Einkommensschichten zulangt, die Binnenkaufkraft stark schwächt. Deren Kompensation über den Export ist nur wenigen Ländern möglich. Die einzige Option, auf dem Exportmarkt stark zuzulegen, ist, die exportierten Güter konkurrenzfähiger, also günstiger zu machen. Dies hieße aber stärkere Reallohnsenkungen, die die Binnennachfrage sinken lassen, so dass das System kollabiert.

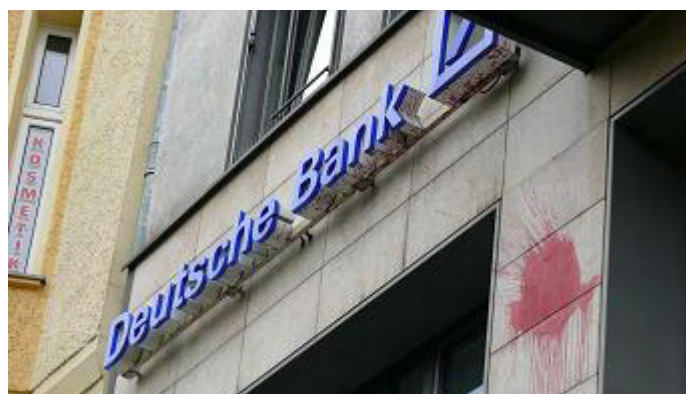
2. Die hohen Schuldzinsen werden finanziert, indem die Währung entwertet wird, also eine Inflation stattfindet. Diese Strategie würde zudem Exportgüter vergünstigen. Eine hohe Inflation trifft am stärksten die unteren Einkommensschichten, all jene also, die keine wertstabilen Güter wie Immobilien, Grundeigentum oder Betriebsvermögen besitzen, da sich die Lebenshaltung verteuert und kleinere Geld- und Sparvermögen entwertet werden. Eine hohe Inflation hat immer auch Reallohnsenkungen zur Folge, da die Anhebung der Löhne, Gehälter und auch Renten nicht in dem Maße der Inflationsrate erkämpft werden kann.



3. Die hohen Schuldzinsen können von den jeweiligen Staaten nicht bedient werden. Wenn Verhandlungen über einen Teilschuldenerlass nicht zum Ziel führen, können die Staaten nur noch Staatsbankrott anmelden. Im Falle der betroffenen Mitgliedsstaaten der EU würde dies wahrscheinlich den Ausstieg dieser Volkswirtschaften aus der Währungsunion bedeuten. Sie würden wieder eine eigene Währung erhalten, deren Tauschwert neu und niedriger definiert wird. Der Euro würde zusammenbrechen. Die reicheren Länder würden versuchen, ihre Stabilität zu retten, dabei jedoch den Wirtschaftsraum EU und damit auch einen Großteil ihres Exportmarktes verlieren. Wahrscheinlich ist, dass ein Zusammenbruch des Euro in allen beteiligten Mitgliedsstaaten starke wirtschaftliche Erschütterungen zur Folge hätte.

Jedes dieser Szenarien zeigt, dass die Folgen der sogenannten Bankenkrise noch nicht absehbar sind und dass die weitere Krisenentwicklung in mehr oder weniger bedrohlichen Bahnen verlaufen kann. Für den Fall einer weiteren Verschärfung der Krise sehen wir die gesamtgesellschaftliche Entwicklung eher pessimistisch. Schon jetzt wird diese Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in weiten Teilen der Kern-EU (wie auch in den USA) von einem gesellschaftlichen Diskurs flankiert, der deutlich nationalchauvinistischen Töne anschlägt. In Deutschland sind beispielhaft die „Sarrazindebatte“ oder Pressestimmen zur Griechenlandkrise zu nennen (... erst fahren sie ihren Karren in den Dreck und dann stopfen sie die Löcher mit unserem Geld). Es steht zu befürchten, dass im Falle eines ökonomischen Zusammenbruchs, bei dem große Teile der Geringverdiener, aber auch der unten Mittelstand ihre auch jetzt schon wacklige Lebensgrundlage verlieren (z.B. durch Arbeitslosigkeit, starke Einkommensverluste oder Abwertung der Renten), eine Verschärfung dieses Diskurses stattfindet und autoritäre, repressive und nationalchauvinistische Tendenzen verstärkt wirksam werden.

gruppe commode im April 2011
www.gruppe-commode.org



Diese/r Text/Petition wurde uns zugeschiedt. Gefangene haben in der Schweiz und überall kaum Möglichkeiten sich Gehör zu verschaffen und wir begrüßen es sehr, dass sie sich zusammengeschlossen haben um für ihre Interessen einzutreten. Deshalb drucken wir ihre Petition ab, auch wenn uns der Bezug auf Bundesverfassung und Strafgesetzbuch nicht passt.

Solidarität mit dem Kampf der Gefangenen in Pöschwies

Die Gefangenen aus dem Normalvollzug der grössten Schweizer Strafanstalt Pöschwies/Regensdorf ZH haben diesen Februar eine Petition an die zuständigen Behörden verfasst. Darin verlangen sie eine Abkehr vom herrschenden Sparkurs, der seit einigen Jahren die Lebensbedingungen im Knast erheblich erschwert. Die wichtigsten Forderungen: Erhöhung des „Pekuliums“, also des mageren Arbeitslohns der Gefangenen, da dieser seit 15 Jahren nicht mehr an die Teuerung angepasst wurde. Zur Erinnerung: in Schweizer Knästen herrscht Arbeitszwang, acht Stunden pro Tag. In Pöschwies zu einem realen Stundenlohn von Fr. 1.50; weitere Fr. 1.50 gehen auf ein Sperrkonto.

* Zugang zu Kommunikations-, Bildungs- und Unterhaltungsmitteln wie Computer und mp3-Player.

* Verbesserung der Bedingungen für Sport und Bildung. Die Gefangenen bemängeln den Zustand der Sportgeräte und der Bibliothek, die völlig veraltet ist.

Als 2006 unter SP-Regierungsrat Notter ein rigoroses Sparprogramm auf dem Buckel der Gefangenen durchgesetzt wurde, versuchten diese, sich mit einer Petition zu wehren. Sie blieb - von minimalen Anpassungen abgesehen - ohne Erfolg. Das Anliegen der Gefangenen wurde im arroganten Ton vom Tisch gefegt.

Die neue Petition wurde am 24. Februar 2011 von 164 Mitunterzeichnern eingereicht. Bis heute schweigen Behörden und Medien dazu.

Wir unterstützen den Kampf der Gefangenen als sozialen Kampf, der Teil ist der weltweiten Auseinandersetzungen um die Sparwut auf dem Buckel jener, die eh schon am wenigsten haben. Der Kampf der Gefangenen um ihre Lebensbedingungen, um ein Minimum an Selbstbestimmung und Würde geht uns alle an. Sie sind der Gewalt des Staates und den Angriffen von oben direkt ausgesetzt. Sie brauchen unsere Solidarität.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Freund/innen und Unterstützer/innen
 von Marco Camenisch, März 2011

Petition der Insassen der JVA Pöschwies

- * Aufhebung der Pekuliumsreduzierung auf 10 Prozent für alle Insassen der JVA Pöschwies. Das Pekulium soll für alle Insassen der JVA Pöschwies um 5 Prozent angehoben werden, da seit 15 Jahren kein Teuerungsausgleich stattgefunden hat.
- * Taschengelderhöhung um 300.- Fr. pro Monat, da die Raucherwaren und Lebensmittel in den letzten Jahren überdurchschnittlich hoch angestiegen sind. Kaufkraftverlust und Kosten sparen durch die JVA Pöschwies bei den Mahlzeiten der Gefangenen, nicht genügend gesundes Essen. Kochen auf der Zelle, wie in anderen Strafanstalten der Schweiz. Zum Beispiel vergleichbar mit den geschlossenen Strafanstalten Bostadel und Lenzburg.
- * Billiger Telefonanbieter suchen und die Telefongespräche ins Ausland verlängern pro Einheit. Keine Begrenzung der Telefonzeit, nur nach Kontostand.
- * Verbot von willkürlichen - ideologisch-schikanösen - Hausordnungs-Reglementen:
 - Aufhebung der Kollektivstrafe in der Hausordnung vom 1. März 2009, dem Verbot der Verwendung von Privat-Computern (PC) in der JVA Pöschwies. Wiedereinführung des alten PC-Reglements vom 2.3.2003.
 - Erlauben von Hardware und Software: Eine Zentraleinheit mit max. 1 Festplatte, 1 Maus, 1 Tastatur, 1 LED-Monitor (max. 22"), 1 CD/DVD-Laufwerk mit Brenner, 1 Joystick, 1 Kopfhörer, 1 Drucker und 1 externe Harddisk für die Systemsicherheit. Limitierte Stückzahl original-gebrannter DVD-Filme ab 16 Jahren und Software für PC ab 16 Jahren, Grafik- und Gestaltungsprogramme.
 - Miet-PC mit CD/DVD-Laufwerk mit Brenner und Drucker für Insassen, die keinen Privat-PC wollen, zu einer vernünftigen Miete von 20.- Fr.
 - Bewilligung von MP3-Playern, wie zum Beispiel iPod-Shuffle mit Sport-Kopfhörern, ohne Mikrofon und Kamera. Einkauf über den Kiosk, für die Freizeit: Spazierhof und Sport.
- * Monatliche AHV-Raten vom Sperrkonto abziehen, wie in den anderen Schweizer Strafanstalten üblich ist.
- * Öffnung des Fussballplatzes während der Spazierzeiten unter der Woche für Jogger und Fussballer wegen der Verletzungsgefahr beim Spielen auf dem Asphalt. Überdachung des offenen Kraftsport-Platzes wegen der Gefahr von Unfällen bei schlechter Witterung. Rostfreie Hanteln und Stangen fürs

Trainieren. Es ist ja im Interesse der JVA Pöschwies, dass sich die Insassen bewegen!

* Die Bibliothek ist völlig veraltet und in keiner Weise auf dem neusten Stand, zum Beispiel Rechtsliteratur. Zugang zum Plädoyer-Archiv, zu Rechtsbüchern ab 2007, zu Lese-CDs oder Geschichts- und Wissenschafts-DVDs. In den geschlossenen Strafanstalten Bostadel oder Lenzburg sind diese Sachen erlaubt. Nur in der JVA Pöschwies nicht mehr. Um dem Zeitgeist der populistischen Propaganda über den Kuschel-Strafvollzug und der kollektiven medialen Repressionen und Schwingungen zu gefallen; und der Justizminister des Kantons Zürich muss ja wiedergewählt werden; und aus ideologischen weltanschaulichen Gründen, kommt es zur schleichenden Übernahme des Normalvollzuges durch den PPD (Psychiatrisch-Psychologischer Dienst des Kanton Zürichs). Dadurch werden wir Insassen der JVA Pöschwies seit 2007 in unseren Grundrechten immer mehr eingeschränkt und ideologisch zwangsgeknchtet. Der eingeschlagene Weg führt wieder ins Mittelalter zurück! Eine Resozialisierung findet hier kaum noch statt, Verletzungen der Grundrechte und des Strafgesetzbuches durch die JVA Pöschwies sind alltäglich.

Art. 8 Bundesverfassung (BV)
Rechtsgleichheit: Niemand darf diskriminiert werden.

Art. 10 BV
Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.

Art. 74 Strafgesetzbuch (StGB)
Die Menschenwürde des Gefangenen oder des Eingewiesenen ist zu achten. Seine Rechte dürfen nur so weit beschränkt werden, als der Freiheitsentzug und das Zusammenleben in der Vollzugseinrichtung es erfordern.

Art. 75 StGB
Der Strafvollzug hat den allgemeinen Lebensverhältnissen so weit als möglich zu entsprechen, die Betreuung des Gefangenen zu gewährleisten, schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs entgegenzuwirken.

Wir, die Insassen, fordern ein gleichartiges Vollzugsreglement wie die geschlossenen Strafanstalten Bostadel und Lenzburg!

Eingereicht am 24. Februar 2011 von
164 Unterzeichnenden.

PM zu Nazischmierereien in Wunstorf

Soeben haben wir erfahren, dass Neonazis in Wunstorf auf ihre Weise mit Farbschmierereien an die Zerstörung Dresdens erinnerten. Bei der Bombardierung Dresdens habe es sich um Völkermord gehandelt, behaupten die Nazis. Auf diese Weise soll – wie üblich – von der Verantwortung des NS-Regimes für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, vom Mord an den europäischen Juden und von weiteren Massenverbrechen abgelenkt werden. Deutsche sollen ausschließlich zu Opfern der Alliierten stilisiert werden. Dass ausgerechnet in Wunstorf versucht wird, mit der Erinnerung an Dresden, deutsche Verbrechen zu relativieren, demonstriert deutlich die Geschichtsvergessenheit und Demagogie der Neonazis. Denn aus Wunstorf kamen Bomberbesatzungen, die zuvor Guernica, Coventry und andere Städte in Schutt und Asche gebombt, die sich ohne Skrupel am Angriffskrieg gegen europäische Nachbarländer beteiligt hatten. Gerade in Wunstorf dürfte es schwierig sein, einen deutschen Opferkult zu inszenieren. Warum passiert es dennoch? Unserer Meinung nach tragen sowohl die Stadt Wunstorf als auch das auf dem Fliegerhorst Wunstorf stationierte Lufttransportgeschwader der Bundeswehr Mitverantwortung für diese Geschichtsvergessenheit. Bereits in den 1980er Jahren wurden eine Städtepartnerschaft mit Guernica und die Umbenennung der Boelckestraße in Guernicastraße verhindert. In der JU 52-Halle und in den durch die Stadt gesponserten Chroniken zur Geschichte des Fliegerhorstes bleiben die verheerenden Einsätze der Wunstorfer Bombereinheiten während des Zweiten Weltkrieges bis heute unerwähnt. Wer jahrelang eine Geschichtspolitik betreibt, in der die Verbrechen der deutschen Luftwaffe vertuscht werden, sollte sich über das, was jetzt passiert ist, nicht wundern.

www.ak-regionalgeschichte.de

Deutschland totalverweigern!

Pünktlich zur Abschaffung der Wehpflicht in der BRD, gibt die Kampagne Deutschland Totalverweigern ihre Auflösung bekannt. Sie hatte mehrere Totalverweigerer unterstützt. Statt einer eigenen Zusammenfassung gibts zum Abschluss noch einmal zwei Publikationen.

- *...aber hat nicht gedient. Junge Menschen verweigern den Krieg – Audio Show mit Interview mit Jan-Patrick – Dokumentation totaler Kriegsdienstverweigerung seit 2007 Reader mit einer Zusammenfassung der Totalverweigerung Jan-Patricks*

Beides ist bei Black Mosquito bestellbar. www.black-mosquito.org

Dokumentation: Frauenkampftag – Scheiben an der Uni kaputt

„Anlässlich des internationalen Frauenkampftages am 8. März, haben wir Glas-scheiben, die für Baumaßnahmen an der Universität Hannover vorgesehen waren, zerstört.

Nicht nur, weil die Uni, zumindest in den Führungsgremien von Männern dominiert ist, sondern auch weil die Uni Hannover sich mit der Abschaffung des Studienganges „Gender Studies“ von einer kritischen Auseinandersetzung mit dem herrschenden Geschlechterverhältnis verabschiedet.

Die Abschaffung dieses Studienganges ist aber auch die Konsequenz einer, immer mehr auf Verwertung ausgerichteten, Forschung und Lehre.

Statt einer Kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Machtstrukturen, geht es im Unibetrieb immer mehr um Herrschaftsabsicherung und Kriegsvorbereitung.

Ein Beispiel dafür ist die sogenannte Sicherheitsforschung, mit einem Etat von jährlich über 6 Mio Euro. Mit der Summe könnte das Fortbestehen kritischer Wissenschaften über Jahre gesichert werden!

Insgesamt wirds wohl auch noch für neue Scheiben reichen. Insofern ändert unsere Aktion nichts. Sie ist aber Ausdruck einer Wut die zu Unsicherheitsfaktor wird...Wir fordern nichts von der Uni, sondern kündigen an das unsere Wut nicht kleiner wird, wenn wir als Studentinnen, Arbeiterinnen, Prekäre, Hartz4 Empfängerinnen, Migrantinnen nur noch potenziell verwertbare Faktoren sind.

Für einen militanten Feminismus!“



Hannover 96 vereinnahmt Fans für die Bundeswehr

Am Rande des Fußballspieles von Hannover 96 gegen Borussia Mönchengladbach in der AWD Arena verteilte Klubchef Martin Kind sogenannte „Gelbe Schleifen“ an Angehörige von Bundeswehrsoldaten. Das Symbol wird als Zeichen propagiert, das für Solidarität mit sich im Kriegseinsatz befindenden Bundeswehrsoldaten werben soll. Mit dieser Übergabe, nimmt sich Kind heraus, im Namen aller Fans von Hannover 96 zu sprechen, einer Vereinnahmung, der energisch widersprochen werden muss. Bundesweit lehnen über 70% der Bevölkerung Einsätze der Bundeswehr ab, das dürfte auch unter den Fans des Bundesligisten nicht anders sein. Hier werden für den Versuch, Militäreinsätze zum Normalzustand zu erklären, alle Fans vereinnahmt. Darüber hinaus ist es nicht zu verstehen, warum ein Sportverein, sich so an die Bundeswehr anbieten muss. Weltweit ist die Bundeswehr an Kriegseinsätzen beteiligt, der Krieg in Afghanistan, mit dem Massaker in Kunduz, angeordnet durch Oberst Klein, verdienen keine Solidarität. Gerade Sport als verbindendem friedlichem Element, sollte im Gegensatz zur militärischen Konfliktlösung der Vorrang gegeben werden. Hannover 96 muss sich fragen, warum er als Sportverein, dem entgegengesetzt agiert. Dass die Schleifen mit dem Spruch: „Für ein friedliches Miteinander“ überreicht wurden, erscheint im Rahmen eines militärischen Einsatzes zumindest zynisch. Wir fordern den Verein auf, sich von dieser Aktion zu distanzieren und die Vereinnahmung der Fans für politische Zwecke zu unterlassen. Militär raus aus den Stadien!

PM DFG-VK und
Friedensbüro
Hannover

Viel Lärm um nichts?!

Erstes Strafverfahren gegen Berliner Buchhändler eingestellt!

Nach Durchsuchungen im Buchladen mit großem Polizeiaufgebot und der Anwendung verschärfter Sicherheitsmaßnahmen im Gerichtsverfahren auf die Prozessbesucher, wurde das erste Strafverfahren gegen den Geschäftsführer des Kreuzberger Buchladens oh21 am zweiten Verhandlungstag sang- und klanglos eingestellt. Selbst die Berliner Staatsanwaltschaft musste einsehen, dass die Beweisaufnahme keine Anhaltspunkte für die Anklage lieferte. Die Anklageschrift gegen den Geschäftsführer lautete auf ‚Beihilfe zu Anleitung zu Straftaten‘ und ‚Verstoß gegen das Waffengesetz‘. Hintergrund der Gerichtsverhandlung ist eine Reihe von Ermittlungsverfahren gegen drei Berliner Buchhandlungen und Infoläden, die seit 2009 mehrfach von polizeilichen Durchsuchungen betroffen waren. Die Berliner Staatsanwaltschaft strebt mit den Verfahren an, die Buchhändler für die Inhalte von Flugblättern und Zeitschriften verantwortlich zu machen, die in ihren Läden ausliegen. Sollte sich die Staatsanwaltschaft mit dieser Position durchsetzen, könnten in Zukunft alle Buchhändler, Kneipenbesitzer oder Ladenbetreiber für die bei ihnen ausliegenden Flyer, Aufrufe und Zeitschriften haftbar gemacht werden. Man würde von ihnen verlangen, sich zur vorgeschalteten Zensursinstanz staatlicher Behörden zu machen. Der Ausgang des ersten Verfahrens hat nun gezeigt, dass die Staatsanwaltschaft mit diesem Anliegen nicht so einfach durchkommt. Die nun erfolgte Einstellung könnte auch richtungsweisend für die weiteren Verfahren sein. Über die Gründe könnten wir nur spekulieren. Die anderen Verfahren gegen die Buchläden Schwarze Risse und den Infoladen M99 befinden sich weiterhin in der Schwebe. Über die Zulassung der Anklagen wurde bisher nicht entschieden.

Wo es jedoch noch viel Bewegung gibt, ist die vielfältige Solidarität und Unterstützung, die wir erfahren. Vielen Dank dafür!

Für die Prozesskosten sind die Buchläden auf Spenden angewiesen:
Empfänger: Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Kontonr.: 74 038 870 18
BLZ: 100 900 00
Verwendungszweck (wichtig!): Stichwort unzensiert-lesen





**WAR STARTS HERE
KAMPAGNE GEGEN DIE KRIEGERISCHE NORMALITÄT**

MARKIEREN, BLOCKIEREN UND SABOTIEREN

Wir rufen auf, aktiv einzugreifen in die kriegerische Normalität und die zahllosen zivil-militärischen Verflechtungen. Der Fokus unserer Kampagne liegt auf der erweiterten Infrastruktur und der ideologischen Legitimierung von militärischer Gewalt. Wir wollen die verschiedenen Facetten dieser Herrschaftssicherung sichtbar machen, stören und angreifen. Das Vorbereiten, Üben und Koordinieren von Krieg, das Produzieren, Transportieren, Forschen, Werben und Rekrutieren für den Krieg findet direkt vor unseren Augen statt.

Doch es geht uns um mehr als direkt militärisch erkennbare Rüstungsindustrien, Bundeswehreinrichtungen und -geräte, Truppenübungs- und Umschlagplätze. Patriarchale und neokoloniale Ideologien und Denkmuster müssen in den eigenen Köpfen als Teil von Militarisierung und Kriegsführung erkennbar gemacht werden. Wir wollen auch zivile Orte und Institutionen – Schulen, Arbeitsagenturen, Universitäten, Berufsmessen – als Orte markieren, in die militärische Formierung und Rekrutierung tagtäglich eindringt. Öffentliche Auftritte der Bun-

deswehr, bei Stadtfesten, Konzerten der Militärmusikkorps, Reservistenveranstaltungen inmitten der „Zivilgesellschaft“ sowie das „hilfstätige“ Unterwandern und Koordinieren von ziviler Infrastruktur in Krankenhäusern und beim Katastrophenschutz, können verhindert werden.

Das militärische Führen und Kontrollieren von Konflikten wird in immer mehr Situationen offensiv als alternativlos propagiert. Krieg wird weiter normalisiert, ob humanitär etikettiert, mit der Doktrin der „responsibility to protect“ (Verantwortung zu schützen) oder offen ökonomisch begründet zur Durchsetzung von „freien Rohstoff- und Handelsströmen“. Der Kriegseinsatz der Nato gegen Libyen zum „Schutz der Zivilbevölkerung“ und das gleichzeitige Inkaufnehmen des Ertrinkungstodes hundert flüchtender Menschen im Mittelmeer durch die repressive Abschottung der EU, macht den menschenverachtenden Zynismus dieser Politik deutlich.

Die Sicherung von staatlicher Herrschaft und die Durchsetzung ökonomischer Interessen machen den Kriegszustand allgegenwärtig. „Ob völkerrechtlicher Angriff oder innerstaatliches Verbrechen, ob Kombattant oder Krimineller, ob Krieg oder Frieden: Die überkommenen Begriffe verlieren ihre Trennschärfe und damit ihre Relevanz“ (Schäuble, Jan 2007). Unterschiede zwischen Innen und Außen, militärisch und zivil, Polizei und Militär, Krieg und Frieden verlieren ihre Konturen.

Gleichzeitig bereiten _ Diskurse zur Flüchtlings- und Migrantenabwehr und zur sozialen Ausgrenzung sog. Leistungsunwilliger, den Weg für moderne patriarchale, neokoloniale und rassistische Weltbilder. Wir sollen uns an den permanenten Kriegszustand nach außen und den militarisierten Normalzustand im Inneren gewöhnen. Soldaten und Soldatinnen „helfen“ beim Castor, jagen Piraten, und bil-

den Polizisten und Polizistinnen in Afghanistan aus. Entwicklungshelferminister Niebel fordert (nicht nur) im Kontext des zehnjährigen Krieges in Afghanistan von allen „zivilen“ Hilfs- und Wiederaufbauorganisationen militärischen Gehorsam. Popstars stärken der Bundeswehr an der Front den Rücken. Nicht erst seit der diesjährigen Aussetzung der Wehrpflicht versucht eine immense Rekrutierungs- und Werbeoffensive, eine militärische Durchdringung des „Zivilen“ und den gesellschaftlichen Rückhalt der „Heimatfront“ abzusichern.

VON DER „ABLEHNUNG“ DES KRIEGES ...

In einem von *wikileaks* veröffentlichten Report zum Krieg in Afghanistan warnt die CIA davor, dass „[...] eine in Frankreich und Deutschland vorhandene passive Ablehnung der Kriegsbeteiligung in eine aktive und politisch bedeutsame Feindschaft umschlagen könnte“.

Die hier vorgeschlagene Kampagne ist Teil von europaweiten antimilitaristischen Aktivitäten. Wir wollen dazu beitragen, diese „passive Ablehnung“ eines Großteils der Bevölkerung in sichtbar „aktives Handeln“ gegen Krieg und Militarisierung zu verwandeln. Dazu halten wir es für nötig, das Krieg(s)-Treiben in all seinen Facetten hier vor Ort sichtbar und angreifbar zu machen. Die Kampagne ist offen für alle, die ihre Aktivitäten in diesen Kontext stellen wollen.

... ZUR SABOTAGE DER „HEIMATFRONT“

Es geht nicht nur darum, das Gesicht des Krieges mit all seinen zerstörerischen und tödlichen Konsequenzen offen zu legen, sondern vor allem darum deutlich zu machen: Krieg beginnt hier – war starts here – und ist hier aufzuhalten.

Kriegstreiberei und Militarisierung markieren, blockieren, sabotieren!

Vom versauten Fest zum feierlichen Desaster



8. Juli Sommerbiwak in Hannover angreifen!

AB 17 UHR HCC INFOS: ANTIMILITARISMUS.BLOGSPORT.DE